

Heft 159

Ausgabe 7 | 2007
ISSN 0170-461
K 5361
5,00 Euro

spw



Torsten Feltes, Marc Paysen
**Soziale Lage, Schulerfolg
und die Wirkung
von Bildungsstandards**

Aufstieg durch Bildung?

Interview mit Rainer Domisch
Kein Kind wird zurückgelassen

Franziska Drohsel
**Unsere Richtung: links!
Juso-Bundeskongress 2007**

Gabriele Hiller-Ohm
Kinderarmut bekämpfen



Kurzum | von Horst Peter

» Wieder geht ein Gespenst um in Europa: Das der Übernahme! Im globalen Finanzkapitalismus nichts Neues, erfasst es jetzt auch die politischen Parteien. „Sarkozy plündert Frankreichs Linke!“ titelte die FR nach den Wahlen in Frankreich: nicht nur Programmatik, sogar Personen wurden übernommen. Ein Sozialist wird Außenminister, ein anderer wird auf Vorschlag von Sarkozy Präsident des IWF. Das Gespenst erfasst auch die deutschen Parteien. Die „soziale Marktwirtschaft“ wird zur Kapitelüberschrift im SPD-Programmtext, Heiner Geißler reklamiert für die CDU die „ökologische und soziale Marktwirtschaft“ als Antwort auf den Turbokapitalismus. Die Partei „Die Linke“ übernimmt von der SPD Versatzstücke des Sozialstaatsmodells. Die Grünen beschwerten sich, dass die SPD ihnen die ökologische Frage abgekupfert habe. Und Schäuble gibt sich alle Mühe zu verhindern, dass sich die NPD der deutschen Angstthemen bemächtigt. Nur von der FDP bleibt als Logo das der Steuersenkungspartei, das ihr keine Partei mehr streitig macht.

Kurzum: Die politische Landschaft wird unübersichtlich und die Wähler haben Schwierigkeiten, sich zu entscheiden.

» Da lese ich am 19.10.2007 ein Interview mit Anthony Giddens, dem geistigen Urheber des Schröder-Blair-Papiers. Auf die Frage „Interessant ist, wie sehr sich die Führung der britischen Konservativen, der Tories, neuerdings sozialer und grüner Anliegen annehmen. Auch CDU-Politiker überraschen mit geradezu sozialdemokratischen Ideen“, erwidert er: „Das scheint eine universelle Entwicklung. Plötzlich hat man Parteien der rechten Mitte, die weiter links stehen als Parteien der linken Mitte. Das hat, denke ich, mit verschwundenen Utopien zu tun.“ Seine Schlussfolgerung: angesichts der wachsenden Ungleichheit zwischen Wohlstand und Armut fragt er: „Wie viel sollen die Großverdiener der City von ihrem Wohlstand abgeben? Wie viel sollen die Superreichen die Superarmen unterstützen?“ Die Fragen zu lösen ist für ihn der Grund für ein neues Zusammen-



↳ Horst Peter, spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.
Foto: privat

gehen der Linken. „Vielleicht ließe sich hier die Kluft zwischen der traditionellen und der reformistischen Linken überbrücken.“

Kurzum: Wenn schon der Vordenker der Agenda 2010 Lockerungsübungen betreiben, wieso soll die Sozialdemokratie in Deutschland so unbeirrt an den Ergebnissen dieses Denkens aus ihrer neo-liberalen Phase festhalten?

» Eine der Zukunft verpflichteten Linke muss Giddens Fragestellungen ökologisch erweitern. In Zeiten der Globalisierung und des Klimawandels sind die Fragen erstens weltweit und zweitens für die jetzt junge und alle weiteren Generationen zu beantworten. Gerechtigkeit und Fortschritt sind nicht mehr nur sozial, sondern auch immer ökologisch zu definieren. Der SPD-Programmtext leistet mit seiner Verknüpfung des Prinzips der Nachhaltigkeit mit dem Primat der Politik einen wichtigen Schritt zur Weiterentwicklung des Demokratischen Sozialismus, indem es den Fortschritt des 21. Jahrhunderts an soziale, ökologische und ökonomische Verantwortung bindet.

Kurzum: Ein crossover der Linken und konkrete Politik bieten die Chance aus der Unübersichtlichkeit der aktuellen Politik heraus zu finden und eine neue linke Hegemonie zu gewinnen. ■

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Herausgeberinnen:

Niels Annen (Hamburg)
 Jutta Blankau (Hamburg)
 Klaus Dörre (Jena)
 Iris Gleicke (Schleusingen)
 Michael Guggemos (Berlin)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Lärcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Berlin)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 Florian Pronold (Deggendorf)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 René Röspele (Hagen)
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Claudia Bogedan
 Björn Böhning
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Bettina Kohlrausch
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Inken Wiese

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
 Reinhold Rünker

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 spw-verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
 Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 39,-
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)
 Auslandsabonnement Euro 42,-
 Abbestellungen mit einer Frist von drei
 Monaten zum Jahresende.
 ISSN 0170-461 - K 5361
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2007.
 Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,
 Düsseldorf

Titelfoto:

Christian Kiel

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-3. Tausend, November 2007

■ Meinung

Bildung ist keine Ware Ernst Dieter Rossmann	4
Die Masse zahlt, die Elite profitiert Florian Hillebrand	5
Pflegeversicherung: Ein Schritt in die richtige Richtung Hilde Mattheis	6
Stammzellenkompromiss von 2001 fortentwickeln René Röspele	7
Auf dem Abstellgleis Jens Klocksin	8
Wirtschaftswunder? Michael Schlecht	9
„Mut zum eigenen Profil“ Interview mit Björn Böhning zum SPD-Bundesparteitag 2007	10

■ ■ Im Fokus: Aufstieg durch Bildung?

Einleitung zum Schwerpunkt Götz Godowski, Oliver Kaczmarek	12
Soziale Lage, Schulerfolg und die Wirkung von Bildungsstandards Torsten Feltes, Marc Paysen	14
... sie bewegt sich doch. Neues Schulgesetz in SH Hans Müller	20
Lehrerbildung in Finnland und Deutschland Liisa Kukko-Leinius, Klaus Moegling	24
Privilegiensicherung blockiert den Fortschritt Oliver Kaczmarek	27
Die verkehrte Schule in der verkehrten Gesellschaft Hans-Peter Waldrich	31
Kopfnoten – ein tragfähiger Baustein in einer modernen Schule? Rolf Stock	34
Kein Kind wird zurückgelassen! Interview mit Rainer Domisch	37
Literaturschau Götz Godowski	40

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus Gesa Rünker	41
Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Der Kölner Prozess Arne Heise	42
Unsere Richtung: links! Juso-Bundeskongress 2007 Franziska Drohsel	44
Kinderarmut bekämpfen Gabriele Hiller-Ohm	48
Nicht den Kakao, durch den man gezogen wird, auch noch trinken! Jörg Deml	52

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Forum DL21 Dortmund: Wir brauchen mehr Ehrlichkeit in Sprache und Inhalt	54
Meldungen	56
5 Fragen an ... Florence Guesnet-Brosch	58

Bildung ist keine Ware

von Ernst Dieter Rossmann ■ ■

» Gute Bildung für alle: Es ist kein Zufall, dass dieses Kernziel bei Kurt Becks umfassender Parteitage-rede bewusst als Höhepunkt ans Ende gesetzt war – der Beifall zeigte, dass er hier das Herz der Delegierten mehr als mit jedem anderen Thema erreichen konnte. Dies zeigt, dass damit der spannungsreiche Bogen geschlagen werden kann zum sozialdemokratischen Menschenbild wie ganzheitlichen Lebensideal, zu den Voraussetzungen einer nachhaltigen innovativen Technologie wie Ökonomie und zu den Anforderungen einer gerechten und offenen Gesellschaft.

Die SPD der Programme von Leipzig (1866) und Eisenach (1867) kämpfte und lebte in dem Bewusstsein, dass Bildung frei macht und jeder Mensch ein elementares Recht auf Bildung hat. Die SPD des Hamburger Programms (2007) agiert als linke Gestaltungspartei in der Erkenntnis, dass lebenslanges Lernen für alle im persönlichen wie gesellschaftlichen und ökonomischen Interesse liegt und jeder Mensch hierbei möglichst gut gefördert werden muss. „Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht, dem zu dienen der Staat verpflichtet ist.“ Dieser, wie in Stein gemeißelte Satz aus dem Hamburger Grundsatzprogramm, markiert die entscheidende Differenz von sozialdemokratischer zu rechts-elitärer oder liberal-marktradikaler Bildungspolitik.

Der Hamburger Parteitag hat diese Eckpfeiler von Bildung als Menschenrecht, öffentlicher Gut und Gegenstand staatlicher Verpflichtung konsequent durchbuchstabiert.

a) Die SPD will Bildung für alle. Aufstieg durch Bildung und Solidarität muss für alle möglich werden. Konkret: Das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von der Krippe bis zur Hochschule. Eine Kultur der zweiten und dritten Chance mit

dem gebührenfreien Nachholen von schulischen und beruflichen Abschlüssen. Wiederbelebung auch des Schüler-Bafög für sozial Schwache.

b) Die SPD will Bildung in öffentlicher Verantwortung und mit besserer Ausstattung. Konkret: Mit dem Leitbild der demokratischer Schule. Und einheitlichen Kernstandards in Deutschland. Mit Sicherung der Hochschul-Finanzierung durch den Staat. Und öffentlicher Verantwortung für die Weiterbildung.

c) Die SPD will Strukturen für mehr Bildungschancen und mehr Qualität. Konkret: Mit dem Ausbau der Kindertagesstätten zur Bildungshäusern und Eltern-Kind-Zentren. Mit der gemeinsamen Schule bis zur zehnten Klasse. Mit einem Dualismus von betrieblicher und qualitativ hochwertiger öffentlicher Ausbildung. Mit einem offenen Zugang zur Hochschule und mit Weiterbildung als Kern des lebenslangen Lernens.

» Konkrete Bildungspolitik in diesem Sinne löst dann auch die widersinnige Scheinalternative von vorsorgendem oder nachsorgendem Sozialstaat auf. Sinnfällig wird dieses in dem von links durchgesetzten Auftrag des Programms, die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung mit dem Recht auf Weiterbildung weiter zu entwickeln. Nach dem Erfolg im Grundsätzlichen wird es nach Hamburg jetzt darum gehen, linke Lust am Detail und Beharrlichkeit in der Sache auch bei der Umsetzung produktiv einzubringen. ■



↳ Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB (SPD), Sprecher der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion und spw-Mitherausgeber, er lebt in Elmshorn.

Foto: www.spdfraktion.de

Die Masse zahlt, die Elite profitiert

Stipendien sind keine Studienfinanzierung!

von Florian Hillebrand ■ ■

Stipendien sind nur für einen sehr geringen Teil der Studierenden zugänglich und lassen den Großteil der Studierenden im Regen stehen. Momentan bekommen rund 0,7 % der Studierenden ein öffentliches Stipendium von einem anerkannten Förderwerk, das sich in der Förderhöhe an den BAföG-Sätzen orientiert. Geschätzte 1,3 % der Studierenden erhalten eine andere Form von Stipendien (dazu gehören beispielsweise Stipendien von privaten Geldgebern oder Hochschulen direkt), über deren Ausgestaltung und Höhe wenig bekannt ist. Klar ist jedoch, dass der Großteil der Studierenden (1,96 von 2 Mio Studierenden) niemals in den Genuss eines solchen Stipendiums kommen wird.

□ Neu im Trend: Stipendien aus Studiengebühren

Im Zuge der Einführung von Studiengebühren wurde stets zur angeblichen sozialen Abfederung der Belastung für Studierende ein breit angelegtes Stipendiensystem versprochen. Es ist bis heute nicht in Sicht! Frau Schavan möchte zwar die Quote der Studierenden, die ein öffentliches Stipendium erhalten, von 0,7% auf 1% der Studierenden erhöhen, jedoch ist das bei weitem kein sozialer Ausgleich für die Erhebung von Studiengebühren. Es kann keine sozial verträglichen Studiengebühren geben, auch nicht wenn ein paar wenige Studierende ein Stipendium erhalten. Stattdessen sind jetzt einige Hochschulen auf die Idee gekommen, Gelder aus Studiengebühren für die Gründung von Stiftungen zu verwenden, die zur Vergabe

von Stipendien an Studierende genutzt werden sollen. Diese Entwicklung muss mit großer Sorge betrachtet werden, da hier das Geld der Studierenden auf erschreckende Weise im Kreis gedreht wird: Alle Studierenden zahlen Studiengebühren unter anderem dafür, dass ein kleiner – nach fragwürdigen Kriterien ausgewählter – Bruchteil der Studierenden ein Stipendium erhält. Damit wird schleichend die dringend erforderliche staatliche Studienfinanzierung ersetzt. Eine solche Entwicklung darf nicht weiter vollzogen werden, denn wir brauchen ein System der Studienfinanzierung, das allen jungen Menschen den Weg zur Hochschule öffnet und nicht nur einen kleinen Teil von „Hochbegabten“ mit den notwendigen Finanzmitteln ausstattet und sozial schwächere Studierende außen vorlässt.

□ Stipendien fördern die soziale Schiefelage an Hochschulen

Stipendien erhöhen nicht etwa die Chancengerechtigkeit, sondern sorgen für ein größeres Ungleichgewicht an den Hochschulen: Frauen erhalten weniger Stipendien als Männer; Kinder aus Arbeiterfamilien erhalten weniger als Akademikerkinder. Durch eine größere Anzahl an Stipendienprogrammen erhöht sich also die Gerechtigkeit des Systems keineswegs. Daher bleibt die einzige richtige Forderung, das BAföG zu einer staatlich-finanzierten, bedarfsdeckenden, elternunabhängigen Studienfinanzierung weiterzuentwickeln und somit allen jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihr Studium zu finanzieren. ■



☞ Florian Hillebrand, ist aktiv bei den Juso-Hochschulgruppen und Vorstandsmitglied im freien Zusammenschluss der studentInnenschaften (fzs), er lebt in Aachen.

Foto: privat

Ein Schritt in die richtige Richtung

Die Eckpunkte zur Reform der Pflegeversicherung

von Hilde Mattheis



Es ist gut, dass die Reform der Pflegeversicherung für Pflegebedürftige und deren Angehörige Leistungsverbesserungen bringt und Strukturen effizient ausbauen wird. Endlich werden die seit 1995 unveränderten ambulanten und stationären Sachleistungsbeträge, sowie das Pflegegeld angehoben. Menschen, die z.B. an Demenz erkrankt sind, haben einen Anspruch auf einen zusätzlichen Betrag von bis zu 2.400 Euro pro Jahr.

In den Kommunen werden mit der Errichtung von Pflegestützpunkten wohnortnahe Beratungs- und Anlaufstellen für Pflegebedürftige und deren Angehörige geschaffen. Die Pflegestützpunkte werden die Vernetzung unterschiedlicher Angebote wie z.B. Essen auf Rädern, ehrenamtliche Besuchsdienste, ambulante Pflege, Haushaltsdienste leisten. Hierfür stellt der Bund eine Anschubunterstützung in Höhe von insgesamt 60 Mio. Euro zur Verfügung.

Mehr Transparenz wird für mehr Qualität sorgen. Der Qualitätsbericht des MDK wird in Zukunft in allgemein verständlicher Sprache der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Hierzu gehören dann auch die Punkte, die jetzt erst wieder für negative Schlagzeilen gesorgt haben: Die Ernährungs- und insbesondere die Flüssigkeitsversorgung, aber auch die Dekubitusprophylaxe und Inkontinenzversorgung.

Pflegende Angehörige werden ein Anrecht auf eine 6monatige Pflegezeit haben, die auf die Rente angerechnet wird und in der, falls keine Familienmitversicherung besteht, der Krankenkassenbeitrag übernommen wird. Die CDU/CSU hat verhindert, dass Angehörige für akut eintretende Pflegefälle auch ein Anrecht von bis zu 10 Tagen bezahlte Freistellung haben, um in dieser neuen Situation Behördengänge usw. erledigen zu können. Diese Verweigerung ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar, denn was im Krankheitsfall von Kindern gilt muss auch gelten, wenn Pflegebedürftigkeit eintritt. Diese Unterstützung von Angehörigen bleibt weiterhin unser Ziel.

Ebenso weiter auf der Reformagenda bleibt für uns die Weiterentwicklung des Pflegebegriffs. Hierfür wurde ein Beirat eingesetzt, der eine Neudefinition des Pflegebegriffs vorschlagen soll, der von dem bislang rein körperbezogenen Pflegebedarf den Teilhabebedarf des zu Pflegenden erfasst und damit auch den Bedarf an sozialer Betreuung aufnimmt. Für den jetzigen Reformschritt wird der Beitragssatz um 0,25 % erhöht werden, damit stehen ca. 2,5 Mrd. mehr zur Verfügung. Damit können unter Wahrung der Rest-Parität (Aufgabe Feiertag) die Verbesserungen finanziert werden können. Unser derzeitiger Koalitionspartner CDU/CSU hat immer wieder gefordert, auch bei der Pflege die individuelle Absicherung des Pflegerisikos zu stärken und damit die Solidarität zu unterhöhlen. Das konnte abgewehrt werden. Wir wollen den solidarischen Ausgleich von Privatversicherungen an die gesetzliche Pflegeversicherung erreichen und die Bürgerversicherung Pflege umsetzen. ■



↳ Hilde Mattheis, MdB (SPD), Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion zur Pflegeversicherung. Sie ist Mitglied im DL21-Bundesvorstand und lebt in Ulm.

Foto: www.spdfraktion.de

Stammzellenkom- promiss von 2001 fortentwickeln

**Gruppenantrag soll Stammzellgesetz
ändern und an neue Rahmenbe-
dingungen anpassen**

von René Röspel ■ ■

» 2002 erlebten wir eine bemerkenswerte Grundsatzdebatte über die Grenzen der Forschung mit Stammzellen aus Embryonen. Der damalige Streit war ein grundsätzlicher und eine Lösung auf theoretischer Ebene nicht möglich, da sich unterschiedliche Konzepte zu Beginn und Verfügbarkeit menschlichen Lebens gegenüberstanden. Mit dem Inkrafttreten des Stammzellgesetzes (StZG) am 1. Juli 2002, nach dem nur Stammzelllinien für die deutsche Forschung verwendet werden dürfen, die vor dem 1. Januar 2002 hergestellt wurden, fand diese Debatte ein – vorläufiges – Ende.

Ein in der Vergangenheit liegender Stichtag stellt sicher, dass nicht im Ausland auf Veranlassung aus Deutschland Embryonen zerstört werden, um aus ihnen Stammzellen zu gewinnen. Die Tür zur embryonalen Stammzellforschung wurde einen Spalt weit geöffnet. Eine Mehrheit des Bundestages hat sich damals für diesen Regelungsansatz ausgesprochen und damit die Debatte befriedet.

» Seit der Vorstellung der Stellungnahme der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zum Stand der Stammzellforschung in Deutschland im November 2006 wird erneut über dieses ethisch wie politisch umstrittene Thema diskutiert. Die DFG forderte eine weit reichende Liberalisierung des Umgangs mit embry-

onalen Stammzellen, die katholische Kirche und andere Gruppen lehnten hingegen umgehend jede Liberalisierung strikt ab.

Zwischen 2002 und 2007 haben sich die Rahmenbedingungen für die Stammzellforschung verändert. Zum Zeitpunkt der Bundestagsentscheidung existierten weltweit rund 80 Linien, die vor dem Stichtag 1. Januar 2002 hergestellt wurden. Inzwischen ist die Zahl der verwendbaren Zelllinien auf unter 20 gesunken. Es wird nicht mehr lange dauern, bis die Forschung nicht mehr mit stichtagskonformen Zelllinien arbeiten kann. Ohne eine Veränderung des Gesetzes würde die Politik also den gesellschaftlichen (und politischen) Kompromiss des Stammzellgesetzes faktisch aufkündigen.

» Die embryonale Stammzellforschung ist ein Symbolthema mit ethischer Tragweite. Bei realistischer Bewertung wird die Forschung mit embryonalen Zellen zwar als wichtiger Teil der Grundlagenforschung gesehen, therapeutische Fortschritte werden aber – wenn überhaupt – nur mit adulten Zellen zu erzielen sein. Für diese Zwecke sind jedoch nach Auffassung vieler Forscherinnen und Forscher auch Erkenntnisse aus der Analyse embryonaler Stammzelllinien erforderlich. Zum jetzigen Zeitpunkt sollte die Politik ihren Teil des Kompromisses von 2002 erfüllen und mit einer einmaligen Stichtagsverschiebung auf den 1. Mai 2007 die Möglichkeit zur Forschung offenhalten. Ziel ist und bleibt aber, durch Fortschritte mit adulten Zellen die Nutzung embryonaler Zellen langfristig überflüssig zu machen. ■



↳ René Röspel, MdB, u.a. stellv. Sprecher der SPD-AG Bildung und Forschung sowie Mitglied im Parlamentarischer Beirat zu Fragen der Ethik insbes. in den Lebenswissenschaften, spw-Mitherausgeber und lebt in Hagen.

Foto: www.spdfraktion.de

Auf dem Abstellgleis

Der SPD-Parteitagsbeschluss zur Bahnprivatisierung

von Jens Klocksinn



» Nah bei den Menschen sein, ohne ihnen nach dem Munde zu reden – diesen Anspruch hat der Hamburger Parteitag bei der Diskussion der Zukunft der Bahn geradezu beispielhaft eingelöst! Versucht man die Stimmung im Saal und die Redebeiträge zu gewichten, so hätten wohl gut zwei Drittel der Delegierten gegen die Kapitalprivatisierung der DB AG gestimmt. Damit hätte man ganz nah an allen einschlägigen Umfrageergebnissen gelegen, ganz unabhängig von der parteipolitischen Präferenz.

Die kontroverse öffentliche Diskussion hält seit Monaten an, die Aufstellung der gesellschaftlichen und politischen Gruppen ist – wenn auch häufig sehr unterschiedlich motiviert – hinlänglich bekannt. Ebenso bekannt war das innerparteiliche Meinungsbild: Eine klare Ablehnung der Kapitalprivatisierung und die immer wieder vortragene Sorge vor der renditorientierten Einflussnahme Dritter, von Blackstone bis Gazprom.

In einer solchen Situation Kompromisse herzustellen, fällt schwer. Der Vorschlag der stimmrechtlosen Vorzugsaktie als Volksaktie stellt ja nicht das „ob“ der Privatisierung in Frage, sondern will lediglich das „wie“ gestalten. Und klar war, so stand es im Initiativantrag des Parteivorstandes, dass nur die Volksaktie die geeignete Form, und damit die einzige Form einer Privatisierung sein kann. Diese Festlegung stellte das maximale Zugeständnis für diejenigen dar, die einer Privatisierung skeptisch bis ablehnend gegenüber standen. Die Frage nach der Praktikabilität eines solchen Modells blieb bis heute ebenso offen wie die nach der Durchsetzbarkeit gegenüber der Union. Was aber passiert, wenn

die Union den innersozialdemokratischen Konsens nicht mit trägt? Würde dann der Börsengang abgesagt? Oder würde es doch zur ursprünglich geplanten Form der Privatisierung kommen, mit der befürchteten Einflussnahme Dritter auf Unternehmenspolitik, Betrieb und Netz? Die Festlegungen des PV-Antrages schlossen eine andere Lösung als die Volksaktie bereits aus. Und so ist es eher ein Zeichen für die beschädigte Vertrauensbasis, dass ein Initiativantrag entsprechende Konditionierungen festlegen wollte: Ohne Volksaktie eben keine Privatisierung!

Kurt Beck hat die Grundstimmung erkannt und ihr Rechnung getragen. Sein Vorschlag zur Einbeziehung der Parteigremien und Fachpolitiker bei der Meinungsbildung und zur Übertragung einer Entscheidung auf den nächsten Parteitag wies einen akzeptablen Weg. Die Partei behält dadurch ihre politische Handlungsfähigkeit, und keiner der Beteiligten wird geschädigt.

» Wir dürfen gespannt sein, ob sich die Union ernsthaft mit der Volksaktie auseinandersetzt. Dazu müsste sie ihre inneren Widersprüche sowie die starken Kräfte überwinden, die die Trennung von Netz und Betrieb bevorzugen. In jedem Fall aber dürfte der Zeitplan zum Börsengang Makulatur sein. Und in der SPD würde mit der Ablehnung einer Volksaktie die grundsätzliche Diskussion über Sinn und Unsinn einer Privatisierung der DB AG neu aufleben, mit aus heutiger Sicht vorhersehbarem Ergebnis. Das Projekt Börsengang steht auf dem Abstellgleis. ■



☞ Dr. Jens Klocksinn, MdL (SPD), stellvertr. Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Raumordnung des Landtags Brandenburg, Bundesvorstandsmitglied im Forum DL21, lebt in Kleinmachnow.

Foto: privat

Wirtschaftswunder? | von Michael Schlecht

Alle reden vom Aufschwung. Außenminister Steinmeier beschreibt die Lage geradezu euphorisch: „Wir erleben gerade ein neues Wirtschaftswunder.“ Dafür habe die rot-grüne Agenda-Politik die Basis gelegt. „Die SPD kann stolz darauf sein.“ Ein „Wunder“ gibt es bestenfalls für einen ganz kleinen Kreis von Reichen. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung spürt vom Aufschwung wenig bis nichts. Die jüngst erschienene Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute urteilt nüchterner: „Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer robusten konjunkturellen Verfassung.“ Allerdings: „Aufschwung legt Pause ein!“

Ursache des im Jahr 2006 einsetzenden Aufschwungs waren ein konjunkturbedingter Anstieg der Investitionen in Maschinen und Gebäude sowie eine nochmalige Erhöhung der Exporte. Beide Komponenten sind jedoch nicht in der Lage, einen Aufschwung längerfristig auf Trab zu halten.

In 2008 soll eine steigende Binnennachfrage den Aufschwung auf niedrigerem Niveau stabilisieren. Gute Idee. Laut Gemeinschaftsdiagnose wird der private Konsum um fast zwei Prozent hochschnellen. Dazu müssen die Einkommen allerdings stark steigen: Im ersten Halbjahr 2008 um 3,1 Prozent! Dies setzt allerdings voraus, dass vor allem in der Tarifrunde im öffentlichen Dienst ein deutlicher Schluck aus der Pulle genommen wird. In den meisten anderen wichtigen Tarifbereichen liegen die Steigerungen unter 3,1 Prozent und sind bis weit in das Jahr 2008 hinein festgelegt.

Auf Unterstützung der Institute in der Tarifpolitik wird man lange warten können. Die bejammern ja selbst jegliche Minikorrektur an der Agenda, so wie die Verlängerungen beim Arbeitslosengeld I. Die Agenda habe doch gerade einen wichtigen „Beitrag“ für den Aufschwung geleistet. Nur: Wie

soll dieser aussehen, da es im Kern um die Erhöhung der Repression geht? Jeder fünfte Betrieb konnte eine erhöhte die Bereitschaft zu Zugeständnissen bei arbeitslosen Bewerbern feststellen. Hartz IV zwingt Arbeitslose in Dumpingjobs. Dies als Erfolg und Beitrag zum Wachstum zu verkaufen ist zynisch.

Für Bezieher von Arbeitslosengeld II gibt es keinen Schutz durch Zumutbarkeitsregeln mehr. Erwerbslose, die gut qualifiziert und bislang anständig bezahlt wurden, können gezwungen werden für 4,50 Euro in der Stunde irgendwo den Hof zu fegen. Oder sie müssen bei einem Leiharbeiter für 6,30 Euro die Stunde arbeiten. Um dann oftmals genau in das Unternehmen verliehen zu werden, von dem sie zuvor gekündigt worden sind, und wo sie elf Euro die Stunde verdient hatten.

Diese Entwicklung führt nicht nur zu Verschlechterungen bei den unmittelbar Betroffenen, vielmehr geraten die Lohnstrukturen in vielen Branchen weiter ins Rutschen. So wird Binnennachfrage nicht gestärkt. Deshalb und wegen der Menschenwürde brauchen wir wieder vernünftige Zumutbarkeitskriterien. Deshalb muss das Arbeitslosengeldes II auf mindestens 420 Euro angehoben werden. Und die Bedingungen für Leiharbeit müssen verschärft werden. Und wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn beginnend mit 7,50 Euro und in schnellen Schritten neun Euro. ■



☞ Michael Schlecht, ist Chefvolkswirt beim ver.di Bundesvorstand in Berlin.

Foto: ver.di



Foto: Reinhold Rünker

Mut zum eigenen Profil!

Interview mit Björn Böhning
nach dem Hamburger
SPD-Parteitag vom 26. - 28.10.2007

↳ Björn Böhning,
ist Jusos-Bundesvorsitzender.

↳ Das Gespräch führte
Reinhold Rünker.

spw: Kurt Beck hat ein überragendes Stimmergebnis erzielt. Bei den StellvertreterInnen lagen Nahles und Steinbrück gleichauf mit 75%, Steinmeier über 80%. Das lässt auf Geschlossenheit schließen. Wie schätzt Du die innerparteiliche Gemengelage ein?

„ **Björn Böhning:** Kurt Beck ist gestärkt aus dem Parteitag hervorgegangen. Bei den Wahlen hat die Parteilinke sehr geschlossen den Personalvorschlag von Kurt Beck unterstützt. Das kann man nicht von jedem Teil der Partei behaupten. Personell hat sich die Linke insgesamt mit ihren Personalvorstellungen durchgesetzt – leider bis auf Detlev Albers, der nicht erneut gewählt wurde. Von dieser Stelle aus: Lieber Detlev, vielen Dank für Deine Arbeit – gerade in der Programmkommission! Bei den inhaltlichen Fragen sehe ich die Linke derzeit gestärkt. Unsere programmatische Kritik der letzten Jahre trägt Früchte.

spw: Wie wird der Umgang mit der Agenda 2010 künftig sein?

„ **Björn Böhning:** Weder ein Zurück, noch eine Agenda pur kann die Lösung sein. Das Produkt Agenda 2010 ist ja mittlerweile auch schon vier Jahre alt. Ich halte die Debatten darum für überhöht und nicht zukunftsfähig. Wir brauchen

den Dreiklang: Gute Arbeit, neue Wertschöpfung und soziale Gerechtigkeit. Für letzteren Punkt steht die Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I. Damit hat die SPD ihren programmatischen Spielraum geöffnet. Das war wichtig, um wieder mehr Wählerschichten anzusprechen.

spw: Deutet der Beschluss zur Volksaktie eine neue Positionierung der Sozialdemokratie in Bezug auf Privatisierung öffentlicher Güter an?

„ **Björn Böhning:** Die Privatisierungswellen der 90er Jahre haben gerade bei den KommunalpolitikerInnen die Erkenntnis geprägt, dass viele Privatisierungsentscheidungen den Haushalt zwar kurzfristig entlastet haben, dafür die öffentliche Verantwortung immer weiter zurückgedrängt wurde. Demokratische Entscheidungsspielräume sind verloren gegangen und nicht selten durch betriebswirtschaftliche Entscheidungen von Unternehmen ersetzt worden. Das Hamburger Programm stellt vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen klar: Der Kernbereich öffentlicher Daseinsvorsorge muss in der Hand des Staates liegen, der Markt kann dies nicht kompensieren. Insofern fügt sich die Entscheidung zur Bahn in diese neue sozialdemokratische Logik ein. Ich bin froh, dass der Parteitag klipp und klar deutlich gemacht hat: Private Investoren dürfen keinen

Einfluss auf die Unternehmenspolitik der Deutschen Bahn erhalten. Das Mittel dazu ist die Volksaktie. Der Union wird es nicht gelingen, an diesem Beschluss vorbei zu kommen.

spw: Wie wird es friedenspolitisch in der SPD nach der Entscheidung zur Verlängerung des OEF-Mandats in Afghanistan weiter gehen?

„**Björn Böhning:** Wir befinden uns mitten in einer Grundsatzdebatte darüber, wie wir mit dem internationalen Engagement der Bundeswehr umgehen. Es muss klar sein: UN-mandatierte Einsätze, an der sich die Bundeswehr beteiligt, müssen in eine sicherheits- und entwicklungspolitische Strategie für die Krisenregion eingebettet werden. Zudem brauchen wir vor einem Einsatz klare Kriterien für den Ausstieg. Andernfalls passiert das Gleiche wie in Afghanistan bei OEF: Kettenmandatierungen ohne Perspektive auf einen Ausstieg, obwohl wir wissen, dass der Anti-Terrorereinsatz unter Führung der USA eher eskalierend denn befriedigend wirkt. Gleichzeitig dürfen wir das Feld der Diplomatie nicht aus den Augen verlieren. Ich habe die Sorge, dass gerade auch auf Seiten der Linken der Ruf nach militärischen Aktionen zum Schutze von Menschenrechten und Demokratie vorschnell laut wird. Dies war beispielsweise bei Birma der Fall.“

spw: Das Grundsatzprogramm wurde fast einstimmig beschlossen. Hat die SPD ihre Sprachlosigkeit überwunden?

„**Björn Böhning:** Ich denke ja. Andrea Nahles und Wolfgang Thierse haben ganze Arbeit geleistet. Das Programm ist deutlich ins Zentrum der Sozialdemokratie gerückt. Vom überholten, mittlerweile fast zehn Jahre alten Charakter des „Dritten Weges“ ist wenig übrig geblieben. So ist das Maß kollektiver Sicherung gegenüber der Eigenverantwortung wieder in das rechte Lot gekommen. Und die SPD hat ihre Geschichtsvergessenheit abgelegt und ihre Traditionen in die Zukunft fortentwickelt. So zeigt beispielsweise das Europa-Kapitel endlich einen Weg auf, wie unsere Vorstellung einer sozialen Demokratie in

Deutschland auch auf europäischer Ebene wirksam werden könnten. Das ist ein guter Beitrag für das Ende der Legitimationskrise der EU.

spw: Welche Konsequenzen muss die SPD jetzt in der Arbeit in der Großen Koalition ziehen?

„**Björn Böhning:** Die SPD muss die Union in den kommenden Jahren auf drei Feldern treiben: Wir müssen die Deutungshoheit über die Wirtschaftspolitik zurückerlangen, Stichwort Bündnis für Arbeit und Umwelt. Wir müssen Aufschwung für alle sicherstellen, Stichwort gute Arbeit und Mindestlohn. Und wir müssen soziale Gerechtigkeit ausstrahlen, Stichworte ALG I und Bekämpfung der Kinderarmut. Damit bringen wir die Union strategisch in Bedrängnis, die derzeit nämlich nur eine Stärke hat: Sie stellt die Kanzlerin, die sich in die Tagespolitik gar nicht mehr einmisch. Sie agiert wie eine Bademeisterin im Freibad: Sie sitzt auf einem Hochsitz und pfeift aus der Trillerpfeife erst, wenn es gar nicht mehr geht. Das wird der CDU noch auf die Füße fallen.“

spw: Du gibst Ende November den Juso-Vorsitz ab. Was werden Deine nächsten Aufgaben sein?

„**Björn Böhning:** Erst einmal waren die letzten dreieinhalb Jahre bei den Jusos schöne Jahre. Der Verband ist gut aufgestellt, der Parteitag in Hamburg hat gezeigt, dass unsere Positionen wieder Gehör finden. Ich selbst habe einen interessanten Job in der Berliner Senatskanzlei. Und außerdem bin ich auch mal über ein freies Wochenende froh, die waren in den letzten Jahren eher spärlich. Ansonsten will ich mich auf Seiten der Parteilinken stärker einbringen, denn auch dort brauchen wir programmatische Impulse. Ich will beispielsweise das Thema Integration/Migration vorantreiben, hier hat die SPD eine programmatische Leerstelle.“

spw: Vielen Dank für das Gespräch. ■



Foto: Christian Kiel

Aufstieg durch Bildung?

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Götz Godowski

und Oliver Kaczmarek



» Bildungspolitik wird in der politischen Debatte immer mehr auch von ökonomischen Überlegungen begleitet, wenn nicht gar bestimmt. In diesem Sinne ist die Diskussion ehrlich geworden, denn in es geht nicht um rot-grüne „Wohlfühlpädagogik“, Schulsystem und Schutzzräume, sondern es geht um die politische und ökonomische Entwicklung der Gesellschaft, denn hier werden die Weichen gestellt, ob der Zug marktwertig Richtung Separation und soziale Ungleichheit fährt, oder noch die einer freiheitlichen, solidarischen und gerechten Gesellschaft wechseln kann. Dies bedeutet allerdings Anstrengung, Mut und die Bereitschaft zu einer eingehenden und übergreifenden Analyse des Bildungssystems, dessen Kritik und Hinterfragung eigener Positionen.

In diesem Heft haben wir den Versuch unternommen eine erste Bestandsaufnahme der „neuen“ bildungspolitischen Debatte vorzulegen. Dabei sind IST-Zustände und weitere strategische Überlegungen darzustellen, aus denen sich die Richtung der anschließenden Diskussion und Entscheidungen ergeben müssen. Es sind zwei Säulen erkennbar: einerseits die pragmatische Umsetzung schulpolitischer Notwendigkeiten, die sich schlicht aus der demographischen Entwicklung und aus den Ergebnissen von PISA erwachsen, andererseits die Zielvorgaben, welche Entwicklung das Schulsystem gehen muss, um den Bedarf an technisch – naturwissenschaftlichen Nachwuchskräften zu erfüllen, dabei aber die Bildung als gesellschaftlich gestaltendes Moment nicht außer Acht lassen darf. Denn auch hier wartet der Neoliberalismus

allenthalben, um seinen ideologischen Amoklauf zu beenden. Als dritte noch zu diskutierende Säule ist die Repolitisierung von Schule und Unterricht zu untersuchen. Erste Ansätze gibt es schon, jedoch ist eine strategische Neujustierung der politischen Arbeit noch nicht sichtbar.

» Schule bildet einen seit den 80er Jahren eher vernachlässigten Aspekt, da die Bildungsdiskussion sich – unter Umständen unter dem Einfluss der biographischen Entwicklung der BildungspolitikernInnen – immer mehr von der Diskussion um Schule in Richtung Hochschule und lebenslanges Lernen verschob. Damit wurden die sozialen und ökonomischen Voraussetzungen und Ergebnisse einer fehlenden Diskussion umgangen. Das Terrain wurde unübersichtlich und konnte im Unkonkreten und Beliebigen verbleiben. Inzwischen dürfte sich das Thema Bildung jedoch als Arena für gesellschaftliche Auseinandersetzungen wieder etabliert haben. Bildungspolitik wird wieder diskutabel und mit der notwendigen Ernsthaftigkeit analysiert und nicht nur durch biographische Zufälligkeiten bestimmt.

Seit der verlorenen Landtagswahl in Schleswig-Holstein und der damit einhergehenden großen Koalition hat sich die Schullandschaft durch die Verabschiedung eines neuen Schulgesetzes grundlegend geändert. In seinem Artikel über die Genese und die Auswirkungen dieses neuen Gesetzes gibt der SPD Landtagsabgeordnete Hans Müller einige Hinweise und Einschätzungen über die

Einführung der Gemeinschaftsschulen, Regional- und Gemeinschaftsschulen und warum die CDU das mitmacht. Dabei wird deutlich, dass es sich zunächst um einen Kompromiss handelt, der hier zwischen SPD und CDU ausgehandelt wurde und sicherlich noch nicht das Ende der Diskussion darstellt. Durch die Einführung der Gemeinschaftsschule als eigenständige Schulform konnte man jedoch große Teile der konservativen Kommunalpolitik für ein integriertes Schulsystem gewinnen – jedoch um den Preis, das sich die Elitenbildung an den Gymnasien durch Einführung des 12-jährigen Abiturs, bei Beibehaltung des 13-jährigen Abiturs in den Gemeinschaftsschulen, weiter abschottet.

Als eine der ersten Antworten auf die PISA Studie mussten die Entscheidungen der Kultusministerkonferenz zum Thema Bildungsstandards scheitern. Tatsächlich stellen sich diese Bildungsstandards, die für den mittleren Bildungsabschluss schon vorliegen, für das Abitur demnächst die schon bestehenden „Einheitlichen Prüfungsanforderungen Abitur“ ablösen sollen, keine Reaktion dar, sondern sind Teil einer neoliberal ausgerichteten Bildungspolitik, deren Ergebnis, die Abschottung der Ober- und Mittelklasse, in PISA gerade festgestellt wurde. In ihrem Artikel über die nationalen Bildungsstandards weisen Torsten Felten und Marc Paysen den Zusammenhang von Standards und Separation nach und machen auf diese Strategie der neoliberalen Eliten aufmerksam.

In der gekürzten Einleitung zu seinem Buch „Der Markt, der Mensch, die Schule – Selektionsmaschine oder demokratische Lerninstitution?“ stellt Hans-Peter Waldrich die politische und historische Entwicklung der Bildungslandschaft seit den 70er Jahren dar und sie in den Zusammenhang zu den politischen Konflikten um Globalisierung, Sozialabbau und Entsolidarisierung.

In immer mehr Landesverbänden weicht die SPD nicht mehr vor der Schulstrukturdebatte zurück, sondern setzt sie in das Zentrum der landespolitischen Auseinandersetzung. Im Interview mit Rainer Domisch wird deutlich, dass die Schulstruktur eine selbstverständliche Voraussetzung für mehr Leistungsfähigkeit und Gerechtigkeit von Schule ist. Eine zentrale Erkenntnis aus seiner Arbeit im finnischen Schulwesen ist aber, dass sie flankiert werden muss durch eine neue Vorstellung vom Lernen in der Schule und mehr selbstständigen Entscheidungsmöglichkeiten für die einzelne Schule. Mit diesem Ansatz wird die SPD in Hessen gegen eine stockkonservative Bildungspolitik zur Landtagswahl antreten.

Einen Blick in die alltägliche Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern wirft Rolf Stock in seinem Artikel über die Einführung von Kopfnoten in Nordrhein-Westfalen. Dabei stehen Anpassungserfordernisse der unvoreingenommenen Entfaltung der Schülerinnen und Schüler entgegen. Es wird eine Scheinobjektivität von Verhaltensweisen hergestellt, die in Wahrheit den Anpassungen an ökonomische Zwänge geschuldet ist. Die langfristigen Folgen einer auf Privilegiensicherung angelegten Bildungspolitik stellt Oliver Kaczmarek in seinem Artikel über die Bildungsbeteiligung an den Universitäten und Fachhochschulen heraus. Auf der Grundlage der international vergleichenden Daten des aktuellen Bildungsberichts der OECD wird deutlich, dass das deutsche Bildungssystem nicht mehr in der Lage ist, die Erfordernisse einer fortschrittlichen Entwicklung zu erfüllen. Eine moderne Bildungspolitik müsse sich daher auf allen Ebenen auf mehr Beteiligung, mehr Abschlussmöglichkeiten und barrierefreie Zugänge zu allen Bildungseinrichtungen konzentrieren. ■

⇒ Götz Godowski, arbeitet als Lehrer und lebt in Lübeck. Er ist stellvertretender Vorsitzender von Proms Nord e.V.

⇒ Oliver Kaczmarek, ist Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Unna und Mitglied der spw-Redaktion. Er lebt in Kamen.

Soziale Lage, Schulerfolg und die Wirkung von Bildungsstandards

von Torsten Feltes und Marc Paysen



Foto: Christian Kiel

Der folgende Aufsatz gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil wird – in aller Kürze – dargestellt und erläutert, was PISA über den Zusammenhang von sozialer Lage und Schulerfolg aussagt und welcher Reformbedarf von vielen Schulkritikern für das deutsche Schulwesen aus diesen Befunden abgeleitet wird. Die Erörterung greift die These auf, gegenwärtig werde wieder eine verstärkte „Klassenbildung“ betrieben. Der zweite Teil befasst sich mit der Wirkung von Bildungsstandards hinsichtlich der Annahme, die Standards könnten einen Beitrag leisten, den Zusammenhang von sozialer Lage und Schulerfolg zu entkoppeln, also jene Wirkungsweise der Schule aufheben oder abschwächen, durch welche die soziale Lage der Eltern an deren Kindern reproduziert wird.

□ Soziale Lage und Schulerfolg

PISA und andere Schulleistungsuntersuchungen erfassen neben den unmittelbaren Leistungsdaten der Schülerinnen und Schüler auch Einflussfaktoren, von denen die Bildungsforscher voraussetzen, dass sie abhängige Variablen des Schulerfolgs sind. Zu diesen Einflussfaktoren gehören das Geschlecht, die erworbenen sozialen Kompetenzen, die familiären Lebensverhältnisse, der Bildungsstand der Eltern und die schulischen und familiären Lernumstände. Ein funktionaler Zusammenhang zwischen Lernerfolg und einem oder mehreren Einflussfaktoren wird als erwiesen angesehen, wenn die statistischen Daten eine Korrelation anzeigen, d. h. wenn

mit der Zunahme oder Abnahme der Messwerte eines Merkmals regelmäßig auch die Messwerte anderer Merkmale signifikant, also deutlich, zu- oder abnehmen. Eine solche statistische Abhängigkeit gilt der Bildungsforschung bereits als wissenschaftlicher Nachweis eines Zusammenhangs. Eine weitere Begründung, worin genau der Zusammenhang besteht, d. h. wie er funktioniert, erfolgt in der Regel nicht.

» Als ein entscheidender Einflussfaktor für den Schulerfolg gilt laut PISA die soziale Lage der Eltern. Dabei spielt auch die Frage nach dem Migrationshintergrund eine Rolle. Doch ist das gleichzeitige Auftreten von mangelndem Schulerfolg und prekären familiären Lebensverhältnissen auch bei Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshintergrund deutlich erkennbar. In diesem Befund sehen manche Schulkritiker den Beleg, dass die alte feudalistische Standesschule in versteckter Form weiterhin existiere oder im Zuge des Neoliberalismus wieder eingeführt worden sei. Die moderne bürgerliche Schule sollte sich jedoch von der Standesschule dadurch unterscheiden, dass in ihr nur die persönliche Leistung zählt, der Platz in der gesellschaftlichen Hierarchie ausschließlich nach Verdienst, Talent und Begabung vergeben wird und nicht nach ererbten, familiären Privilegien. Schülerinnen und Schüler, die aus einem wohlhabenden Elternhaus stammen und in der Schule erfolgreich sind, seien dies aufgrund von Vorteilen – so die Schlussfolgerung einiger Kritiker aus den PISA-Resultaten –, die den freien Wettbewerb der Talente behinderten. Dadurch, so deren Standpunkt, würde der Vorzug einer auf Chancengerechtigkeit beruhenden Wettbewerbschule aufgehoben; ein Vorzug, der darin bestehen soll, dass sich durch unverfälschte Leistungskonkurrenz das an sich Bessere durchsetzt. Eine moderne Schule in diesem Sinne bedeutet, dass die erworbenen Bildungsabschlüsse zwar Bedingung für die Begründung einer Hierarchie der Berufe und Einkommen sind, jedoch durch ein egalitäres Bildungssystem ein beständiger Wechsel von Generation zu Generation zwischen den gesellschaftlichen Klassen, Milieus und Schichten ermöglicht

würde, mithin eine beständige Durchlässigkeit der gesellschaftlichen Klassenstrukturen erreicht wäre. Da der Wechsel der sozialen Klassenzugehörigkeit allerdings durch die Schule erreicht werden soll, er also ein Generationenwechsel ist, bleibt der einzelne nach diesem Modell auf den einmal erreichten gesellschaftlichen Status dennoch ein Leben lang festgelegt.

» Gibt man sich mit einem solchen Modell gesellschaftlicher Freiheit und Gleichheit zufrieden, bleibt immer noch die Frage, ob dieses Modell mit den Prämissen einer Wettbewerbsschule, einer Schule der freien und gleichen Leistungskonkurrenz tatsächlich vereinbar ist. Was weiterführt zu der Frage, wie der Zusammenhang von sozialer Lage und Schulerfolg funktioniert. Was ist es, das sich als Konkurrenzvorteil der Kinder aus den höheren sozialen Klassen in der Schule bemerkbar macht? Eine übliche Antwort lautet: Das erreichte Bildungsniveau hinge davon ab, welche das schulische Lernen vorbereitende oder unterstützende Dienstleistungen Eltern ihren Kindern finanzieren können. Diese Antwort blendet jedoch aus, dass bereits allein durch die unterschiedlichen Bedingungen familiären Aufwachsens unterschiedliche Lernvoraussetzungen bei Schuleintritt bestehen. Erst daher gewinnt die Forderung nach einer kompensatorischen frühkindlichen Bildung oder vorschulischen Erziehung ihre Plausibilität. Dass nach Jahrzehnten der theoretischen Anerkennung dieses Umstands dennoch keine ernstzunehmenden praktischen Konsequenzen folgten, hat seinen Grund in der erwünschten Funktionsweise der Schule selbst. Für die real existierende Wettbewerbschule ergäbe sich nämlich ein Problem, wenn die sozial bedingten unterschiedlichen Lernvoraussetzungen bei Schuleintritt nicht beständen, weil dann nicht nur der Reproduktion der sozialen Lage der Eltern an deren Kindern mit Hilfe der Schule die Grundlage entzogen wäre, sondern der schulischen Leistungsauslese überhaupt. Die tatsächliche Problematik der Funktionsweise der Schule besteht eben darin, dass sie die unterschiedlichen

Lernvoraussetzungen der Schüler aus außerpädagogischen, letztlich ökonomischen Gründen für die Herstellung einer Leistungshierarchie und gegen das prinzipielle Bildungsinteresse der Mehrheit der Schüler verwendet. Wer daher die Resultate der Schule – „Risikoschüler“ und funktionale Analphabeten – nur deshalb als ein Problem begreift, weil mit diesen Resultaten die soziale Ausgangslage vieler Schülerinnen und Schüler festgeschrieben ist, das Versprechen der Schule, sozialen Aufstieg zu ermöglichen, nicht eingelöst wird, der stellt sich auf den Standpunkt, dass die Schule die Instanz sei oder zu sein habe, die über eine Stellung in der sozialen Hierarchie primär zu entscheiden hat und dafür – das ist der Widerspruch – notwendig die klassenbedingten Entwicklungsdifferenzen ausnutzen muss, die angeblich gerade überwunden werden sollen.

Wenn die Schule eine künftige soziale Lage vorbereitet, dann trifft sie eine Auswahl, auf welche Schülerinnen und Schüler umfangreichere Bildungsbemühungen verwandt werden und auf welche nicht. Je weniger ein Schüler in seiner bisherigen Schullaufbahn verstanden hat, desto früher wird er von weiteren Bildungsbemühungen ausgeschlossen. Das Mittel der Schule, diese Einteilung des Nachwuchses zu gewährleisten, ist die begrenzte, für alle Schüler gleichermaßen vorgegebene Lernzeit: Schulisches Lernen ist Lernen unter dem Diktat der Zeit. Je geläufiger den Schülerinnen und Schülern daher die Anforderungsinhalte der Schule aufgrund ihrer familiären Erfahrungen bereits sind, desto schneller können sie sich diese zu eigen machen. Die Kinder der oberen sozialen Klassen lernen am unmittelbaren Vorbild ihrer Eltern (und das ist in den frühen Lebensjahren auch heute noch entscheidend), worauf es in der Schule ankommt: eine klare, dialektfreie Aussprache, einen umfangreichen Wortschatz, die Wertschätzung der Schriftsprache als Erfahrungsmittel, meist sogar schon das Lesen und Schreiben im Vorschulalter. Ganz abgesehen davon, dass ein Aufwachsen frei von materieller Einschränkung einen sorgenfreien, ungezwungenen und erfahrungsreichen Umgang mit der Welt ermöglicht und schon daher die geistige Entwicklung

befördert. Weil beim Schuleintritt zwischen den Schülern der unterschiedlichen Herkunftsmilieus unterschiedliche Lernvoraussetzungen bestehen, können beim schulischen Lernen auch nur unterschiedliche Resultate entstehen – es sei denn, innerhalb der Schule würden die Verständnisvoraussetzungen bzgl. des jeweils neu anzueignenden Stoffs angeglichen. Das wiederum hieße jedoch, dass die Schülerinnen und Schüler mit den besseren Voraussetzungen während des Angleichens keine weiteren Fortschritte machten. Dies jedoch von ihnen als Tribut an die Chancengerechtigkeit zu verlangen, ist genauso absurd wie der Verzicht auf den Ausgleich von Verständnisvoraussetzungen, um eine schulische Leistungshierarchie zu erzeugen, die die soziale Hierarchie der Berufe und Einkommen vorbereitet.

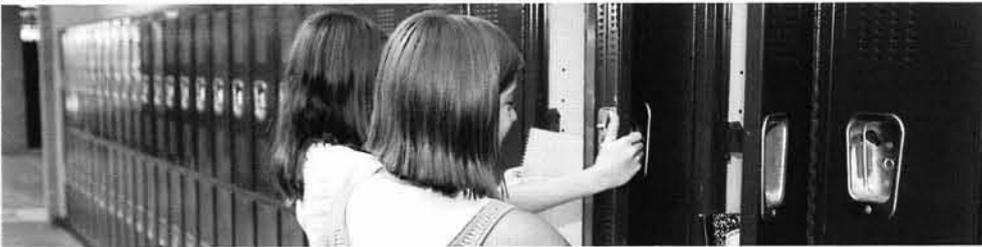
» So bleibt festzuhalten: Die Unterschiede im Schulerfolg hängen zwar von der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler ab; dieser Zusammenhang ist jedoch in einer Schule unvermeidbar, die auf dem Prinzip des Lernens für Noten unter dem Diktat der Zeit gründet. Durch ein strenges Regime nachholender Lernarbeit könnte die quasi natürliche, weil selbstverständliche Leistungsfähigkeit der Kinder aus den bessergestellten Familien vielleicht kompensiert werden. Je größer allerdings der Leistungsdruck wird, desto weniger lässt sich angleichen, weil der Lernsituation die Ungezwungenheit fehlt, sie eben Arbeit und nicht Muße ist. Bildungsstandards ändern an diesem grundsätzlichen Zustand des deutschen Bildungswesens gar nichts. Sie bedeuten jedoch – wie nachfolgend gezeigt – eine der hier nur kurz skizzierten lernfeindlichen Logik der Schule.

□ Bildungsstandards: Die Ausweitung des Konkurrenz- und Leistungsprinzips

Wenn Chancengleichheit als entscheidender Mangel des gegenwärtigen deutschen Schulwesens angesehen wird, dann erscheinen Bildungsstandards als ein vielversprechendes Reformprojekt, weil Chancengleichheit letztlich bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer sozialen Lage gleiche Lernresultate erreichen können sollen. Genau das versprechen Bildungsstandards. Mit ihnen soll es nicht mehr nur darum gehen, dass Schulen gemäß bestimmter Vorgaben arbeiten (Input), sondern darum, auch einheitliche Ergebnisse zu erreichen (Output). Dies wird als Wechsel von der Input- zur Output-Steuerung des Bildungswesens verstanden. Die mit der Einführung von Bildungsstandards verbundene Hoffnung auf Vereinheitlichung der Lernresultate ist jedoch trügerisch.

etablierten Instanzen der Qualitätskontrolle als Maßstab der Evaluation. An den mittels Bildungsstandards getesteten Schülerleistungen soll sich jedoch mehr ablesen lassen, als die jeweilige individuelle Leistungsfähigkeit einer Schülerin oder eines Schülers. Diese wird ja bereits durch die Lehrer getestet und bewertet. Die Schülerleistungen sollen Schulleistungen sein, d. h. an den Leistungen der Schülerinnen und Schüler sollen sich die Leistungen der Lehrer, der einzelnen Schule, der Schulen eines Bundeslandes oder der Bundesrepublik Deutschland insgesamt ablesen lassen. Die Einführung von Bildungsstandards bedeutet daher die Grundsteinlegung für ein neues System der Leistungskonkurrenz zwischen den Schulen. Darin und nur darin liegt der Sinn der Bildungsstandards.

Foto: www.fotolia.de © Lisa F. Young



» Bildungsstandards können nur sehr begrenzt als eine Art Bildungsreform verstanden werden, weil sie an der Funktionsweise der Schulen unmittelbar gar nichts ändern. Das Schulsystem bleibt weiterhin ein dreigliedriges (auch wenn in einigen Bundesländern Haupt- und Realschulen zu neuen Schultypen zusammengefasst werden), die Zertifizierung der Schülerleistungen bleibt weiterhin in den Händen der Lehrerinnen und Lehrer und folgt deren Maßstäben und die Lehrpläne werden zwar auf Kerncurricula oder Rahmenlehrpläne reduziert, bleiben jedoch die entscheidenden Vorgaben für die Auswahl der Unterrichtsinhalte. Bildungsstandards erlangen ihre Bedeutung auf anderem Wege. Sie dienen den zusätzlich neben den mehr oder weniger unveränderten Schulsystemen der Bundesländer

Diese Art der Bildungsreform besteht nicht darin, die Funktionsweise der Schulen durch bestimmte Maßnahmen unmittelbar zu beeinflussen, sondern allein durch den Leistungsdruck, den externe Instanzen auf die Schulen ausüben, soll eine Verbesserung ihrer Leistungsresultate erfolgen. Weil dieser Ansatz dem Marktmechanismus der Ökonomie entlehnt ist, kann die Einführung von Bildungsstandards als neoliberales Projekt verstanden werden: Ein blinder Experimentalismus, dem die Schülerinnen und Schüler gedankenlos ausgesetzt werden, soll das allgemeine Bildungsniveau angeblich heben. Tatsächlich ist das genaue Gegenteil der Fall. Der eingangs erörterte Zusammenhang von sozialer Lage und Schulerfolg wird durch die Ausweitung des Konkurrenz- und Leistungsprinzips verstärkt und eben nicht entkoppelt.

Der durch Testagenturen auf Bundes- oder Länderebene ins Werk zu setzende schulische Leistungswettbewerb verlangt nach einer neuen Form staatlicher Trägerschaft. Denn einerseits sollen die einzelnen Schulen für die Resultate der Leistungskonkurrenz direkt verantwortlich gemacht werden können, und andererseits den Schulen Entscheidungen überlassen bleiben, auf deren Grundlage sie ihren Vorteil in der allgemeinen Konkurrenz suchen müssen. Daher wird im Zusammenhang mit der Einführung von Bildungsstandards der Einzelschule mehr Autonomie gewährt. Diese Autonomie beschränkt sich jedoch darauf, dass die Schulen mit einem vorgegebenen Etat nach eigenem Duktus aber immer gemäß den Konkurrenzfordernissen verfahren dürfen. Da ist es dann auch naheliegend, wenn sich die Höhe dieses Etats nach ihrem Erfolg im Leistungswettbewerb bemisst. Würde dies nicht so sein, bestände ja die Möglichkeit der Leistungsverweigerung. Den Schulen muss es deshalb darauf ankommen, mit möglichst wenig Mitteln möglichst viel Wirkung zu erzielen. Auf diese Weise halten dann auch in den Schulen all jene Methoden der Kostensenkung und Effizienzsteigerung Einzug, die aus anderen, nach betriebswirtschaftlicher Manier organisierten Einrichtungen hinlänglich bekannt sind. Wobei der Leistungsdruck, der dann auf die Schulen ausgeübt wird, um ein vielfaches höher ist als der Konkurrenzdruck, der z. B. auf einer privaten Kindertagesstätte liegt. Der Leistungsdruck entsteht nämlich nicht dadurch, dass das Handeln der einen der bloßen

Überprüfung durch andere unterliegt, sondern dadurch, dass die Resultate eines Leistungsvergleichs ernsthafte Konsequenzen für die Beteiligten haben, d. h. ihre persönlichen, von der Berufsausübung abhängigen Interessen entweder befördert oder geschädigt werden. Dass bei einem Leistungsvergleich immer Gewinner und Verlierer entstehen, ist die stillschweigende Voraussetzung derer, die Leistungsvergleiche ins Werk setzen. Die gegenwärtig verlangte Leistungssteigerung in den Schulen soll allein durch einen ökonomisch vermittelten Konkurrenzdruck erreicht werden, der Gewinner hervorbringt, die ihre schulischen Gestaltungsmöglichkeiten immer zu Lasten der Verlierer erlangen – das ist der Sinn und Zweck der Konkurrenz.

Eine Entlastung für die Schulen in diesem Wettbewerb ergibt sich aber aus dem Umstand, dass Bildungsstandards erklärmaßen lediglich Basisfähigkeiten festlegen und überprüfen. Das heißt aber auch: Je weniger gestalterische Möglichkeiten eine Schule aufgrund ihres knappen Etats hat, desto stärker wird sie ihren Unterricht auf die Erfüllung der Standards konzentrieren müssen. Dies mindert wiederum ihre Attraktivität in der Konkurrenz um die besten Lehrer, Schüler und Eltern. Gerade Eltern, die wollen, dass aus ihrem Nachwuchs „etwas wird“, werden sich nach Schulen umsehen, die zusätzliche Unterrichtsangebote machen können. Denn für den Erfolg an weiterführenden Bildungseinrichtungen sind Kenntnisse unabdingbar, die über die Standards hinausgehen. Solche Zusatzangebote kennzeichnen dann die Gewinner des auf Basisfähigkeiten bezogenen Leistungswettbewerbs (bedeuten aber für die Schüler einen zusätzlichen Leistungsdruck). Eine solche Entwicklung ist in der Konzeption der Bildungsstandards unter dem Stichwort „Profilbildung der Einzelschule“ explizit vorgesehen. Etatzuwächse, die sich aus dem Konkurrenzserfolg ergeben, werden dann natürlich genau in diese Profilbildung investiert, um die Attraktivität der Schule weiter zu steigern. So nimmt der Abstand zwischen den Angeboten der Schulen zu statt ab. Eine intendierte Trennung in



Foto: Christian Kiel

Massen- und Eliteschulen, wie bereits aus der hochschulpolitischen Diskussion bekannt, zeichnet sich daher ab. Außerdem: Auf welcher Grundlage wird sich denn diese Trennung vollziehen? Natürlich auf keiner anderen als der durch PISA konstatierten. Die Schulen, an denen sich mehrheitlich jene Schüler befinden, welche von Hause aus über die besseren Leistungsvoraussetzungen verfügen, werden gerade dadurch in eindeutiger Weise zu Eliteschulen aufsteigen. Und diese Schulen, das ist bereits jetzt bekannt, befinden sich in Stadtteilen und Regionen, deren Wohnbevölkerung mehrheitlich den besagten bessergestellten sozialen Klassen angehört. Womit wir wieder beim Ausgangspunkt der Erörterung angekommen sind.

Was wären nun alternative Reformmaßnahmen, wenn Bildungsstandards kein Beitrag sind, universelle Bildung für alle zu befördern? Dazu abschließend nur soviel: Wenn die Schule eine Ausleseinstitution sein soll, Lebenschancen eröffnen oder verschließen soll, dann ist die Produktion von sogenannten „Risikoschülern“ unvermeidlich, und zwar desto mehr, je enger der Zusammenhang zwischen Bildungszertifikaten und beruflichem Erfolg ist. Diejenigen, die diese Funktion der Schule wollen, sollten sich dann aber über deren Resultate nicht beklagen, denn um das Wohl der Schülerinnen und Schüler geht es ihnen sowieso nicht. Alle jedoch, denen es um das Wohl der Schüler geht, müssten den Leistungsdruck von ihnen nehmen und ein individuelles, nur am Gegenstand orientiertes Lernen ermöglichen. Das hieße aber, die Kontrolle darüber, was die Schüler sich aneignen, aufzugeben bzw. ihnen selbst zu überlassen. Auf eine fachkundige Anleitung eines solchen freien Lernens muss und sollte dabei in keiner Weise verzichtet werden. ■

⇒ Torsten Feltes, Diplompädagoge, ist Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und lebt in Berlin.

⇒ Marc Paysen, Diplompädagoge, lebt und arbeitet in Flensburg.



Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie

Von Athen bis zur Europäischen Union
Hardcover, 404 Seiten, EUR 24,90

In seinem epochalen Überblick entwickelt Luciano Canfora einen Begriff von Demokratie, in dem d'rin ist, was d'rauf steht: Demokratie nicht als Fassade oligarchischer Macht, sondern als Gleichheit und Volksherrschaft. Kein Wunder, daß ihn jene nicht lieben, die sich heute in der demokratischsten aller Welten wähen! Das Buch entspreche nicht den Normen »westlicher Geschichtswissenschaft« - was immer das sein mag. Es mache die Großindustrie verantwortlich für Hitler, beschönige den Stalinismus und verunglimpfe die BRD unter Adenauer als revanchistisch und von alten Nazis durchsetzt. Kurzum: Einem deutschen Publikum nicht zuzumuten. So begründete ein großes Münchner Haus seine Weigerung, dieses Buch zu veröffentlichen. Nun liegt es trotzdem auch auf deutsch vor, und wer seinem eigenen Kopf vertrauen will, mag selbst beurteilen, was es mit derlei Nettigkeiten auf sich hat.

PapyRossa Verlag Luxemburger Str. 202
50937 Köln – Tel. (02 21) 44 85 45, Fax 44 43 05
mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de



Foto: www.photocase.de; © jomi

... sie bewegt sich doch!

Das neue Schulgesetz in Schleswig-Holstein

von Hans Müller ■ ■

Am 9. Juni 2007 veranstaltete das Projekt Moderner Sozialismus in Lübeck eine schulpolitische Veranstaltung unter dem Titel: "Klassenbildung? – Schottet sich die Bildung ab, oder kommt Bewegung ins Spiel". Ein Schwerpunkt dieser Veranstaltung war die Präsentation des neuen Schulgesetzes in Schleswig-Holstein und die Diskussion über dessen neuen Ansatz. Aus der Veranstaltung erwuchs dann der Wunsch zu folgendem Beitrag.

□ Auf dem Weg zu einem neuen Schulgesetz in Schleswig-Holstein

Der bildungspolitische Aufbruch der SPD Schleswig-Holstein fand anlässlich des Bildungsparteitages in Norderstedt am 7.3.2004 statt. Ute Erdsiek-Rawe, zuständige Bildungsministerin, und Klaus Möller, damaliger Vorsitzender der SPD SH, stellten auf dem Parteitag die Weichen für eine neue Schulpolitik im Land. (Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang auch die Arbeit des Bildungsforschers Ernst Rösler, der erst kürzlich in DIE ZEIT vom 4.10.07 darauf bedauernd hinwies, dass bereits Bildungsexperten 1968 vergeblich für eine Gemeinschaftsschule plädiert hätten.)

Die heftige Kritik der CDU blieb nicht aus. Bündnis 90/Die Grünen und SSW verfolgten vergleichbare Ziele. Im Wahlkampf 2005 war „das längere gemeinsame Lernen“ und die „Schule für alle“ wesentliches Thema. Wir Sozialdemokraten haben uns vorgenommen, in einem Zeitraum von

20 Jahren die Schule für alle zu erreichen. Uns kam es von Anfang darauf an, Schüler, Eltern und Lehrer aktiv an der Gestaltung zu beteiligen. Ziel ist nach wie vor, die Gemeinschaftsschule zur Schule für alle weiter zu entwickeln.

Die Wahl vom 20. Februar 2005 führte dazu, dass die CDU stärkste Partei wurde. Allerdings war sie nicht in der Lage, eine Regierung zu bilden. Wir Sozialdemokraten wollten mit Bündnis 90/Die Grünen unter Tolerierung durch den SSW eine Regierung bilden und das mit einer Stimme Mehrheit. Doch der 17. März 2005 stürzte die SPD – und nicht nur diese – in eine tiefe Krise, nachdem Heide Simonis auf üble Weise die Mehrheit verweigert wurde. Die angestrebte Koalition samt ihrer Inhalte war gescheitert, bevor sie überhaupt ihre Arbeit aufnehmen konnte. Jetzt kam es darauf an, in der sich bildenden großen Koalition unter der Führung von CDU-Ministerpräsident Peter Harry Carstensen das große Bildungsprojekt zu retten, das im längeren gemeinsamen Lernen und der Schule für alle besteht. Soviel kann vorab festgestellt werden: Wir Sozialdemokraten haben die wesentlichen Inhalte unserer bildungspolitischen Vorstellungen in der ständigen inhaltlichen Auseinandersetzung mit unserem Koalitionspartner von der CDU in etwas mehr als zwei Jahren konsequenter Arbeit im gemeinsamen Arbeitskreis, im Bildungsausschuss, im Koalitionsausschuss und letztlich im Landtag durchsetzen können. Somit ist Schleswig-Holstein das erste Land, das die Gemeinschaftsschule als Regelschule einführt. Andere Länder werden dem Beispiel folgen.

□ Das neue Schulgesetz war überfällig – warum?

Im Folgenden möchte ich wesentliche Voraussetzungen nennen:

□ Der Bevölkerungsrückgang: Die Geburtenzahlen gehen in Schleswig-Holstein seit einigen Jahren kontinuierlich zurück. Dementsprechend gibt es zunächst in den Grundschulen weniger und Schüler. Wir rechnen in den kommenden 15 Jahren schulartübergreifend mit einem Rück-

gang um bis zu 20%, an den Grund- und Hauptschulen sogar um bis zu 25%. Das bewirkt erhebliche Veränderungen in einer kurzen Zeit. Knapp die Hälfte aller Hauptschulen sind in ihrem Bestand gefährdet, weil sie nicht mehr die erforderlichen Schülerzahlen erreichen. In absehbarer Zeit werden auch für die Realschulen deutliche Rückgänge prognostiziert, deren Schülerzahlen bis 2020 voraussichtlich etwa um ein Viertel sinken werden.

- Mangelnde Förderung: Das bestehende Bildungssystem ist ungerecht und produziert zu viele Bildungsverlierer: Etwa 10 % aller SchülerInnen verlassen die Schule ohne Abschluss. Zu viele müssen eine Jahrgangsstufe wiederholen und verlieren dabei Zeit, aber entwickeln sich kaum weiter oder gar, entmutigt, zurück. Das schafft Schulabgänger, die sich auch im weiteren Leben danach oft keine Hoffnungen auf eine qualifizierte Ausbildung machen können.

» Es wird mehr aussortiert und weniger gefördert. Oft werden „schwierige Schüler“ einfach weitergereicht oder nach unten durchgereicht, anstatt im Sinne Alfred Adlers pädagogisch zu reagieren: „Ein Kind, das Schwierigkeiten macht, ist ein Kind, das Schwierigkeiten hat!“. In Schleswig-Holstein gehört die Nicht-Versetzung mit 3,1 % Klassenwiederholungen weitaus häufiger zum Repertoire als z.B. in Baden-Württemberg mit nur 1,9 % in Baden-Württemberg, das bei PISA zudem besser abgeschnitten hat als SH.

- Die soziale Auslese ist eine der größten und schon lang andauernde Ungerechtigkeit unseres Bildungssystems: Bildungsstand und soziale Herkunft der Eltern spielen nach wie vor eine größere Rolle für den Bildungserfolg als die Fähigkeiten des Kindes. Im bestehenden dreigliedrigen Schulsystem haben es Kinder mit Migrationshintergrund besonders schwer. Sie sind in der Gruppe der Bildungsverlierer überdurchschnittlich vertreten. Dabei handelt es sich um eine große Gruppe: 13 % aller Schleswig-Holsteiner haben einen Migrationshintergrund, bei den 0-25-Jährigen sind es bereits 20 %. In den Städten bzw. in einzelnen Stadtvierteln ist

die Quote deutlich höher. Die Diskussion um die Ungleichheit der Bildungschancen, die seit Ende der 60er Jahre verstärkt geführt wurde, hat nicht den durchschlagenden Erfolg gehabt. Im Gegenteil.

- Mangelnde Leistungsfähigkeit unseres Schulsystems: Unser Schulsystem ist nicht so leistungsfähig, wie es sein könnte. Das bestätigen die internationalen Leistungsvergleiche (TIMSS, IGLU, PISA). Derzeit liegen die Leistungen der 15-jährigen SchülerInnen in den Kompetenzbereichen Lesen und mathematische-naturwissenschaftliche Grundbildung unter dem OECD-Durchschnitt. Das ist für ein hoch entwickeltes Land nicht tragbar. Deshalb müssen wir im internationalen Vergleich deutlich besser werden, und zwar in allen Bildungsgängen. Es reicht nicht, wenn das Gymnasium relativ gute Ergebnisse erzielt, weil es sehr stark auf Selektion setzt. Denn gut ausgebildeter Nachwuchs ist gefragt, die Abiturquote und die Studierquote sollen in Zukunft deutlich steigen, wenn wir im internationalen Wettbewerb mithalten wollen.

□ Das neue Schulgesetz

Das neue Schulgesetz ist am 24. Januar 2007 im Landtag verabschiedet worden. Es regelt viele Sachverhalte neu. Das Förderprinzip, die neuen Schultypen Gemeinschaftsschule und Regionalschule, das Gymnasium nach 8 Schuljahren (G 8), die Profiloberstufe, das Regionale Berufsbildungszentrum, die Schulentwicklungsplanung und die Schülerbeförderung. Im Folgenden werde ich mich auf das umfassende Förderprinzip, das gemeinsame Lernen und auf die ersten Schritte zur Schule für alle konzentrieren.

□ Individuelle Förderung

Im § 5 des neuen Schulgesetzes ist das individuelle Fördern der SchülerInnen durchgängiges Prinzip aller schulischen Arbeit. Jede Schule entwickelt ein eigenes Förderkonzept (§ 63). Schule richtet sich nach den individuellen Möglichkeiten



der Schüler. Es geht um Ermutigung und nicht um Auslese oder Entmutigung. Es geht darum, dass SchülerInnen die nächste Stufe erreichen und nicht bei Problemen aussortiert werden. Die bestehenden Förderinstrumente werden erweitert (Regelung des Übergangs von den Kitas in die Schulen, Lernpläne, SPRINT, Verlässliche Grundschulen, Jede Stunde zählt, Schul-TÜV, Ganztagsangebote, individuelle Lernpläne usw.) Das erreichen wir ausdrücklich mit individueller Förderung und nutzen die Vorteile heterogener Lerngruppen bestehend aus Schülern mit unterschiedlichen Befähigungen. Klassenwiederholungen werden deutlich eingeschränkt, stattdessen gibt es die Möglichkeit der Nachprüfung, der Versetzung auf Probe und im Bildungsgang Hauptschule die Flexible Ausgangsphase (Schulen erhalten Unterstützung aus dem Förderfonds).

» Grundsätzlich soll jedes schulpflichtige Kind eingeschult werden. Einzige Ausnahme: Beurlaubung aus schwerwiegenden gesundheitlichen Gründen (§§ 22 und 15). Um Zurückstellungen, die sich in den vergangenen Jahren deutlich reduziert haben, zu vermeiden, gibt es für Kinder mit besonderem Förderbedarf Schuleingangsphasen über zwei bzw. drei Jahre, denn: in der Schule sind schulpflichtige Kinder in ihrer Entwicklung am besten gefördert. Durchlässigkeit bedeutet vor allem: Anschlussfähigkeit und Aufstiegsmöglichkeit in höhere Bildungsgänge (Regionalschule, Gemeinschaftsschule, Berufliche Schulen). Sprachkompetenz wird verstärkt: Durch verpflichtende Sprachintensivkurse (SPRINT), die alle Kinder mit Schwierigkeiten in der deutschen Sprache ein halbes Jahr vor Schulbeginn erhalten.

□ Längeres gemeinsames Lernen

Wir Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein streben eine Schule für alle in den nächsten 20 Jahren an. Feststellen können wir bereits jetzt, dass wir in etwas mehr als zwei Jahren Regierungsbezug dem längeren gemeinsamen Lernen einen ganz erheblichen Schritt näher gekommen

sind. Haupt- und Realschulen werden zum Schuljahr 2010/11 zu Regionalschulen zusammengefasst. Hauptschulen haben sich in der Vergangenheit in der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung profiliert. Diese Kompetenz bringen sie jetzt in die Regionalschule ein. In den Regionalschulen gibt es für die Jahrgänge 5 und 6 eine gemeinsame Orientierungsstufe. Ab Jahrgangsstufe 7 wird nach Leistungsentwicklung und angestrebtem Abschluss differenziert: Man kann an der Regionalschule entweder den Hauptschulabschluss oder den Realschulabschluss erwerben. Zwischen den beiden Bildungsgängen soll es soviel Durchlässigkeit wie möglich geben.

□ Lehrerfortbildung

Durch intensive Fortbildungsangebote werden Lehrkräfte dazu angeleitet, ihre SchülerInnen unterschiedlicher als bisher zu fördern, statt sie abzugeben. Ein umfassendes Begleitprogramm hat die Landesregierung für die gesamte Umsetzungsphase aufgelegt, welches verantwortlich vom IQSH verantwortlich organisiert und durchgeführt wird. Stichworte sind: „Führung und Veränderungsmanagement für Schulleitung und –aufsicht“, „Zielorientierte Organisationsentwicklung auf der Grundlage des Schulprogramms für die Kollegien“, „Individuelle Förderung im Unterricht für Fachkonferenzen und Teams“.

□ Auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule

Am 18.10.07 sagte der Journalist und Bildungsexperte Reinhard Kahl, nachdem er zuvor über die Atmosphäre als eine entscheidende Konstante in unterschiedlichen Schultypen gesprochen hatte: „Integrierte Schulsysteme sind weniger neurotisch, weil die SchülerInnen keine Angst vor Abstieg haben – es gibt Ex-Gymnasiasten, die noch als Erwachsene Alpträume haben, dass sie von der Schule fliegen. Richtig ist aber, dass die Reformen auch jetzt schon beginnen können und müssen.“

Um eine Gemeinschaftsschule zu errichten, muss der Schulträger einen entsprechenden Antrag stellen. Mindestgröße 300 SchülerInnen dauerhaft. Außerdem muss ein pädagogisches Konzept vorgelegt werden, in dem beschrieben wird

- in welchen Schritten welche Formen des längeren gemeinsamen Lernens realisiert werden sollen,
- wie die im Hinblick auf die unterschiedlichen Schulabschlüsse erforderliche innere und äußere Differenzierung erfolgen soll und
- welche Formen der Leistungsbeurteilung angewendet werden sollen.

Mit dem neuen Schulgesetz ist die Gemeinschaftsschule als weiterführende Schule rechtlich verankert. Die Gemeinschaftsschule ist für alle SchülerInnen offen und umfasst die sechs Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I. Der Unterricht soll weitestgehend gemeinsam stattfinden: Die SchülerInnen bleiben damit von Klasse 5 bis Klasse 10 in ihrer Lerngruppe. Ein Überspringen oder Wiederholen der Klasse ist nur in Ausnahmefällen möglich. Sie kann aber auch eine dreijährige gymnasiale Oberstufe führen und mit einer Grundschule organisatorisch verbunden sein. Das bedeutet, dass das Abitur an einer Gemeinschaftsschule nach 13 Schuljahren absolviert wird.

» Durch eine Differenzierung der Leistungsanforderungen im gemeinsamen Unterricht wird auf die individuellen Lernvoraussetzungen und SchülerInnen eingegangen – und Unter- oder Überforderung vermieden. Über die geeigneten Formen innerer und auch äußerer Fachleistungsdifferenzierung entscheidet die jeweilige Schule im Rahmen ihres pädagogischen Konzeptes. Es können auch klassen- und jahrgangsübergreifende Lerngruppen gebildet werden. Die Formen der Leistungsbeurteilung legt die Schule im Rahmen ihres pädagogischen Konzepts fest. Das längere gemeinsame Lernen wird also weiter entwickelt und ermöglicht. An sieben Standorten in Schleswig-Holstein haben zum August 2007 die ersten Gemeinschaftsschulen eröffnet. In dieser neuen Schulart werden die SchülerInnen von

Klasse 5 bis Klasse 10 unter einem Dach zum Hauptschulabschluss, zum Mittleren Abschluss oder zum Übergang auf die gymnasiale Oberstufe geführt. Insgesamt sind an den sieben Schulen 750 SchülerInnen in die fünften Klassen aufgenommen worden.

□ Gesamtschulen werden zu Gemeinschaftsschulen

Die landesweit 25 Gesamtschulen sollen sich bis zum Schuljahr 2010/11 ebenfalls zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln. Da sie die größten Erfahrungen mit Formen des längeren gemeinsamen Lernens haben, können sie die Schrittmacher der neuen Schulart sein.

□ Schlussbemerkung

Die Ziele sind definiert: Ein gerechteres, durchlässigeres, leistungsfähigeres und selbstständigeres Schulsystem, das möglichst alle Schülerinnen und SchülerInnen gut auf die Zukunft vorbereitet, das wohnortnah gute Angebote vorhält und im ganzen Land gleichwertige und hohe Bildungsqualität sichert. Jetzt geht es darum, es mit Leben zu füllen, damit SchülerInnen in der Schule erfolgreich lernen und gute Chancen haben. Das verlangt von allen Beteiligten eine hohe Bereitschaft, diese Chancen anzunehmen. Und für die Gesellschaft als Ganzes gilt: Schule kann nur gelingen, wenn endlich verstanden wird, dass jeder einzelne SchülerInnen wertvoll und wichtig ist, wenn Bildung, Leistung, Solidarität und Verantwortung wertgeschätzt werden, wenn Integration und Chancengleichheit das Recht und die Pflicht aller sind und die deklassierende Sortiererei endlich ein Ende hat. Individuelle Förderung ist festgeschrieben. Längere gemeinsames Lernen ist jetzt Gesetz. Die Schule für alle wird folgen. Es scheint so, als ob die Republik aufwacht, nicht nur im Norden. Es ist Zeit. ■

» Hans Müller, MdL (SPD) in Schleswig-Holstein, er ist stellvertretender Vorsitzender des Bildungsausschusses im Landtag SH und lebt in Lübeck.

Lehrerbildung in Finnland und Deutschland – ein zukunftssträchtiger Vergleich?

von Liisa Kukko-Leinius und Klaus Moegling



Foto: Christian Kiel

Die Lehrerbildung in Deutschland ist gekennzeichnet durch eine eher bildungsanarchistische Situation. Einerseits gibt es zentrale Steuerungsmechanismen, wie z.B. die HRK, den Wissenschaftsrat oder die KMK. Andererseits versuchen 16 Bundesländer jeweils Strukturformen für die Lehrerbildung separat voneinander zu entwickeln, so dass hier trotz des europäischen Drucks und des inzwischen fortgeschrittenen Bologna-Prozesses 16 verschiedene Modelle für die Lehrerbildung mit Anerkennungsproblemen in Bezug auf Ausbildungsleistungen und Abschlüssen existieren.

Wird in dem einen Bundesland auf die Konservierung bisheriger zweistufiger Strukturen in der 1. Phase (Universität bzw. Pädagogische Hochschule) und 2. Phase (Studienseminar) bestanden, ohne dass es zu BA/MA-Stufungen kommt, so wird das BA/MA-Modell in dem anderen Land bisher so entwickelt, dass das dortige Y-Modell der Lehrerbildung eine polivariante Orientierung und damit verbundene Schulpraxisferne möglichst lange garantiert. Hierzwischen gibt es zahlreiche Modell-

varianten: Rheinland-Pfalz modularisiert die Lehrerbildung, führt Bachelor und Master in einer von Anfang an auf den Lehrerberuf ausgerichteten Variante ein, verkürzt das Referendariat zugunsten von Praxisanteilen in der universitären Lehrerausbildungsphase. Auch Hamburg entwickelt ein eigenes Modell betont das Kerncurriculum und schafft Sozietäten, in denen Fachdidaktiker, Bildungswissenschaftler und Mitarbeiter der Studienseminare zusammenarbeiten. Schleswig-Holstein schafft hingegen die Studienseminare ab. In Brandenburg beginnt derzeit die Umwandlung der 1. Phase in Richtung auf ein BA/MA-Modell. In Hessen kann man sich noch nicht entscheiden, ob nach der Modularisierung der beiden Phasen eine ernsthafte phasenvernetzte Lehrerausbildung erfolgen soll. Fast alle Bundesländer verfügen über kein realisiertes lebenslanges Lehrerfort- und -weiterbildungssystem, das an den professionellen Phasen der Lehrerbildung orientiert ist. So fehlen vor allem Ressourcen kostende Berufseingangsphasen mit Supervisionsangeboten, gezielter Fortbildung und teamförmiger Unterstützung bei gleichzeitiger Stundenentlastung in den ersten Berufsjahren.

Die meisten Entwicklungen laufen unter dem Deckmantel des vom Bologna-Prozess angestrebten einheitlichen europäischen Hochschulraums, um die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen und Studienleistungen zu gewährleisten. Aber was passiert wirklich? Die Lehrerbildung in Deutschland wird heterogener als je zuvor, selbst die innerdeutsche Anerkennung von Hochschulabschlüssen wird durch diese Segmentierungstendenzen zunehmend komplizierter. Welche Perspektiven lassen sich nun hieraus für die Zukunft der Lehrerbildung ziehen? Sicherlich werden Koordinationsinstanzen wie HRK oder KMK in Zukunft zunehmend wichtiger werden, zumal die Integrationsfunktion des Bundes durch die Bund-Länder-Strukturreform insbesondere im Bildungsbereich geschwächt worden ist. Einerseits werden also die Integrationsversuche auf Bundesebene über HRK und KMK als Reaktion auf den vermutlich wachsenden europäischen Druck zunehmen, andererseits sind verstärkte Segregations-tendenzen auf Ebene der Bundesländer zu erwarten, die unterschiedliche Konsequenzen aus dem Bologna-Nachfolge-Prozess ziehen. Doch woran sollte man sich nun im Rahmen einer Neukonstruktion der deutschen Lehrerbildung orientieren? Im Rahmen dieses Beitrags wird exemplarisch das finnische Lehrerbildungssystem skizziert, um Anregungen für die deutsche Entwicklung im europäischen Kontext zu gewinnen.

□ Das finnische Lehrerbildungssystem – Anregungen für die Zukunft der deutschen Lehrerbildung?

In dem nicht-föderalen Finnland ist eine einheitliche Lehrerbildung unproblematisch. Auch die Umstellung auf das modularisierte Lehrstudium war einfach: Im Jahre 2005 wurden die bis dahin geforderten Studienwochen in eine nach Schulstufen differenzierte Anzahl von „credit points“ umgewandelt. Die finnische Lehrerbildung orientiert sich an den Schulstufen des einheitlichen Schulsystems.

Das finnische Unterrichtsprinzip: „Wir unterrichten Menschen, nicht Fächer“ widerspiegelt sich in der Lehrerbildung. Das Hauptfach im fünfjährigen Klassenlehrerstudium für die Unterstufe (Klassen 1-6) ist Pädagogik. Da der Klassenlehrer fast alle Fächer unterrichtet, ist das Studium „universell“. Zum Pädagogikstudium gehört ein einjähriges Unterrichtspraktikum an einer mit der Universität kooperierenden Schule. Die Mentoren an den Schulen erhalten eine Zusatzausbildung, sie kooperieren eng mit den Universitätslehrern und ihre Tätigkeit wird auch zusätzlich honoriert. Damit entfällt die 2. Phase der Lehrerbildung; nach der Abschlussprüfung ist der Studierende ein ‚fertiger‘ Lehrer. Für das Klassenlehrerstudium stimmt die Aussage: „Damit man die besten Schüler der Welt bekommt, muss man die besten Lehrer der Welt ausbilden“, so Matti Meri, Pädagogikprofessor in Helsinki. Da der Lehrerberuf sehr geachtet ist, bewerben sich jedes Jahr 10 Prozent aller Schulabgänger. Es werden jedoch nur ca. 100 ausgewählt, je nach dem momentanen Lehrerberuf. Kommentar von Meri: „Wer alles zu wissen glaubt, weiß nichts von der Erziehung. Wer die ganze Prüfung über nicht einmal lacht, den nehmen wir nicht. Wer zu viel redet, den nehmen wir nicht. Wir brauchen niemanden, der wunderbar Flöte spielt, wir brauchen Menschen, die sich fragen: Wie erreiche ich, dass die Kinder gerne Flöte spielen?“

Ein anderes Bild ergibt sich im Fachlehrerstudium. Dabei wurde an den Universitäten ein zweistufiges System – zuerst Kandidat und dann Magister – eingeführt, was dem BA/MA-Studium entspricht. Das Studium befähigt zum Unterrichten in den Klassen 7-9 (in Finnland Oberstufe genannt) und 10-12 („lukio“, übersetzbar etwa mit Studienstufe). Der zukünftige Fachlehrer studiert ein Haupt- bzw. Nebenfach, in denen die geforderte Anzahl an ‚credits‘ erreicht werden muss. Während oder nach dem Fachstudium muss ein Pädagogikstudium absolviert werden, dazu wird nur der zugelassen, der einen selektiven Eignungstest besteht.



Die schlechte Bezahlung der finnischen Lehrer führt häufig dazu, dass sich die Studenten während des Studiums umorientieren. Der Staat versucht in der Folge den Lehrermangel in einigen Fächern, besonders in Englisch und in mathematischen Fächern, dadurch zu vermeiden, dass er denjenigen, die sich verpflichten, für immer Lehrer zu bleiben, das Studium mit einem Stipendium finanziert.

□ Was kann von Finnland für die Zukunft der deutschen Lehrerausbildung gelernt werden – was nicht?

Das finnische System bringt auch neue Probleme. Schon die Auslegung, dass „nur die Besten in Finnland Lehrer werden“, ist fragwürdig. Da nur die Bewerber mit den besten Schul- und Abiturzeugnissen zur schriftlichen Prüfung eingeladen werden, werden bereits eine Reihe Bewerber ausgesiebt, die eventuell gute Pädagogen wären. Die Lehrgewerkschaft OAJ fragt daher auch, „warum die pädagogische Eignung z.B. für Mathematiklehrer gemessen werden muss, wenn noch nicht einmal alle Studienplätze besetzt werden können?“ Auch die viel gelobte finnische Lehrerfortbildung, die für alle verpflichtend ist, ist nicht immer so wie sie sein sollte. Die Gemeinden verwenden die vom Staat erhaltenen Gelder für die Lehrerfortbildung gerne für andere Zwecke, so die OAJ. Das wird auch vom Unterrichtsministerium bestätigt: So kann man zusammenfassend folgern: Vorbildlich ist die positive Wertschätzung des Lehrerberufs in Finnland und das auf Förderung der Schüler ausgerichtete professionelle Ethos in der Lehrerausbildung. Die hohe Wertschätzung des Klassenlehrers, der Pädagogik in dessen Ausbildung, die in das Studium integrierte einjährige Praxisphase sowie die Zusatzausbildung für Mentoren und deren zusätzliche Honorierung sind positiv zu bewerten. Ebenso ist die straffe praxisintegrierende Studienzeit bei gleichzeitigem hohem professionellem Erfolg sicherlich kein Nachteil, sondern setzt finanzielle Ressourcen z. B. für eine pädagogisch sinnvolle Hochschullehrer-Studenten-Relation frei. Problematisch ist die relativ geringe Bezahlung der Lehrer,



Foto: Christian Kiel

die Notwendigkeit zu vorwiegend privater Fortbildungsfinanzierung und die hohe Bedeutung der schulischen Abgangsnoten für den Zugang zur Lehrerbildung.

» Für die zukünftige Lehrerbildung in Deutschland lässt sich vor allem lernen, wie wichtig die Wertschätzung des Lehrerberufs und die Herausbildung des professionellen Fördergedankens und wie eine Theorie-Praxis-integrierte einphasige Lehrerausbildung sinnvoll zu gestalten ist. Unbefriedigend gelöst zu sein scheint die unzureichende Kontrolle über die kommunalen Fortbildungsträger sowie die zur hohen Wertschätzung in einem Gegensatz stehenden Lehrergehälter. Hingegen ist eine Umstrukturierung der Lehrerbildung in Richtung BA/ MA aus der Sicht der finnischen Bildungsplaner nicht kontraproduktiv zu einer praxisnahen und schülerorientierten Lehrerbildung, die zumindest mitverantwortlich für das international überdurchschnittliche Niveau der Schüler in Finnland sein dürfte. ■

☞ Liisa Kukko-Leinius, Lehrerin, Geschäftsführerin der GEW Kassel.
☞ Prof. Dr. Klaus Moegling, FB Erziehungswissenschaften, Universität Marburg, Studienseminar für Gymnasien in Kassel.

Privilegiansicherung blockiert den Fortschritt

Anmerkungen zum OECD-Bildungsbericht 2007 „Bildung auf einen Blick“

von Oliver Kaczmarek



Die Verleihung der Nobelpreise für Physik und Chemie in diesem Jahr an zwei deutsche Forscher war eine für viele Bildungspolitiker wohlthuende Überraschung. Noch wenige Tage zuvor nämlich war die Bildungspolitik erneut durch eine international vergleichende Studie gedemütigt worden. Deutschland im unteren Drittel bei der Zahl der Studienanfänger und bei den Absolventen, obwohl die demografiebedingten Veränderungen der Studienanfängerzahlen noch nicht vollständig ihre Wirkung entfaltet haben – das sind nur zwei Botschaften aus dem diesjährigen Bildungsbericht der OECD „Bildung auf einen Blick“, der Kenndaten der Bildungsstatistiken der Industrienationen miteinander vergleicht.

Angesichts dieses scheinbaren Widerspruches beeilte sich die Bundesbildungsministerin nach der Bekanntgabe der Preisträger des Nobelpreises die Qualität des Spitzenforschungslandes Deutschland zu betonen. Etwas gröber ging da der Präsident des deutschen Lehrerverbandes Josef Schmid vor, der forderte, der OECD müsse man das Geld für ihre Propaganda sperren, denn Deutschland würde immer wieder zu Unrecht nach unten geschrieben.

Im Blickpunkt der Berichterstattung über den Bildungsbericht standen die Daten des sog. Tertiärbereichs, also der Fachhochschulen (außer Verwaltungshochschulen) und Universitäten sowie Fachschulen und Schulen des Gesundheitswesens. Auf die Fragen, wie viele Menschen ein Studium aufgenommen haben, wie viele dieses abgeschlossen haben und wie sich die Bildungsbeteiligung im Tertiärbereich

entwickelt hat, soll daher auch in hier im Besonderen eingegangen werden. Dem Tertiärbereich wird insbesondere im Hinblick auf die ökonomischen Zukunftsperspektiven der Industrienationen eine Schlüsselposition zugewiesen.

Ein wichtiger Indikator für das Ausmaß der Bildungsbeteiligung ist die Zahl der Studienanfänger. Im Untersuchungsjahr 2005 nahmen in Deutschland 36% eines Altersjahrgangs ein Studium an den Fachhochschulen oder Universitäten auf. Im OECD-Durchschnitt lag der Wert bei 54%. Niedrigere Studienanfängerquoten als Deutschland weisen lediglich Belgien (33%), Mexiko (30%) und die Türkei (27%) auf. Wir erinnern uns: genau diese Länder waren bei der PISA-Untersuchung, die den Leistungsstand von 15jährigen Schülerinnen und Schülern untersucht hatte, dadurch verbunden, dass sie den größten Abstand zwischen den Leistungsstärksten und -schwächsten Schülerinnen und Schülern und die höchste Korrelation von sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufwiesen. In anderen Ländern wie Finnland, Schweden, Australien oder Neuseeland nehmen hingegen sogar zwei Drittel eines Altersjahrgangs ein Hochschulstudium auf.

Noch deutlicher wird der wachsende Rückstand des deutschen Bildungssystems im internationalen Vergleich, wenn man den zeitlichen Verlauf betrachtet. Die Studienanfängerquote stieg in Deutschland von 2000 bis 2005 von 30% auf 36%. Im OECD-Mittel war die Dynamik mit einer Steigerung von 47% auf 54% jedoch noch höher.





Foto: Christian Kiel

Deutlich niedriger als die Studienanfängerquoten liegt die Zahl der Absolventen. 20% eines Altersjahrgangs erreichen in Deutschland einen Hochschulabschluss. Gegenüber dem Wert von 2000 (18%) ist dies eine leichte Steigerung. Allerdings gibt es auch hier einen deutlichen Rückstand zu den OECD-Staaten, die im Mittel 36% eines Altersjahrgangs zu einem Hochschulabschluss führen. Fakt ist, dass ein zu großer Anteil der Studienanfänger nicht das Abschlussziel erreicht. In der deutschen Hochschuldiskussion wird dieses häufig darauf verkürzt, dass die Kenntnisse und Fähigkeiten der Studienanfänger nicht ausreichend seien. Anders gewendet muss jedoch auch die Frage gestellt werden, warum es die deutschen Hochschulen nicht schaffen, bei international zum Teil deutlich längeren Studienzeiten, Studierende so zu fördern, dass sie das Abschlussziel erreichen. Es stellt sich angesichts der internationalen Zahlen immer deutlicher die Frage nach der Qualität der Lehre. Dieser Aspekt betrifft zwar nicht so sehr die Nobelpreisträger jedoch umso mehr die Breite der Studierendenschaft und damit auch die ökonomischen Perspektiven.

» Gern wird von den Kritikern an dieser Stelle auch eingewandt, dass man die Studienanfänger und -abschlussquote nicht international vergleichen könne, da es in Deutschland üblich sei, dass manche Qualifikation, für die man in anderen Ländern ein Studium aufnehmen müsse, im dualen System vermittelt würden. Dies ist auch formal richtig, aber im Prinzip zu kurz gesprungen. Denn einmal mit einem Studienabschluss ausgestattet, gibt es weitaus mehr Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten und überdies ein höheres Einkommen. Im OECD-Mittel liegt das Einkommen der Absolventen eines tertiären Bildungsgangs gegenüber Erwerbstätigen mit beruflicher Ausbildung um 51% höher.

Vergleicht man die Zahlen der erfolgreichen Absolventen eines Hochschulstudiums über mehrere Alterskohorten hinweg, so zeigt sich, dass Deutschland hier konstante Quoten erzielt. Unter den 25- bis 64-jährigen haben in Deutschland 15% einen Hochschulabschluss (OECD-Mittel: 19%). Diese Quote ist über alle Altersgruppen insgesamt konstant. Vergleichbare Bildungssysteme haben hier eine deutlich höhere Dynamik zu verzeichnen. So haben in Frankreich unter den 25- bis 34-jährigen 39% einen Abschluss im Tertiärbereich. Die 45- bis 54-jährigen dagegen nur zu 18%. Mit anderen Worten: in Frankreich werden mehr junge Menschen zu Abschlüssen im Tertiärbereich geführt als zu den Zeiten der jetzt vergleichsweise Älteren, während es in Deutschland hier insgesamt kaum Fortschritte gibt.

In der mangelnden Dynamik und Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems sind bereits heute einige negative Langfristwirkungen angelegt. Dies belegen beispielsweise die Absolventenzahlen natur- und ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge. Der Anteil von Absolventen dieser Fächergruppen an allen Absolventen erreicht in Deutschland mit 33% den zweithöchsten Wert aller Vergleichsnationen. In den USA beträgt dieser Wert beispielsweise nur 17%. Allerdings gehört Deutschland in diesem Bereich auch zu einer kleinen Gruppe von Staaten, in denen die Quote der Absolventen unter den 55- bis 64-jährigen

größer ist als der Wert unter den 25- bis 34-jährigen. Das hat zur Folge, dass in Deutschland für den vorhandenen Bedarf an Arbeitskräften mit diesen Abschlüssen in der nachrückenden Generation nicht genügend junge Menschen ausgebildet werden. Ganz zu schweigen von den wachsenden Bedarfen einer nachhaltigen Wachstumsentwicklung zum Beispiel durch eine ökologische Industriepolitik.

Die Betrachtung des Tertiärbereichs macht deutlich, dass im deutschen Bildungssystem bereits Langzeitentwicklungen angelegt sind, die selbst mit kurzfristigen Bildungsreformen nur schwer in den Griff zu bekommen wären. Und deshalb stehen auch die in diesem spw-Schwerpunkt behandelten Komplexe der frühen Förderung oder des gerechten Schulwesens in einem direkten Zusammenhang mit dem hier behandelten Komplex. Denn fast allen Staaten, die heute als Bildungsmusterstaaten gelten, ist gemein, dass sie erkannt haben, dass frühe Förderung ab dem Kleinkindalter und der chancengleiche Zugang zur höheren Bildung durch den Abbau der sozialen und vermeintlichen Leistungsselektion die Schlüssel für die bessere Leistungsfähigkeit des gesamten Bildungssystem sind.

Das Auflegen von Programmen, die das Interesse junger Menschen an den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Themen erhöhen sollen, ist natürlich begrüßenswert und zeigt auch erste Erfolge. Gern werden an dieser Stelle der Modellversuch SINUS („Steigerung der Effizienz des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts“) oder der bundesweite Berufsorientierungstag für Mädchen zwischen 10 und 15 Jahre Girls' Day genannt, deren Erfolge unbestritten sind. Aber es wäre naiv zu glauben, diese Kleinschrittigkeit würde automatisch zu einer Problemlösung führen.

Kultusministerkonferenz und Bundesbildungsministerium irren, wenn sie in der Zusammenfassung des OECD-Bildungsberichts 2007 schreiben: „Insgesamt belegt der Bericht, dass wir auf dem richtigen Weg sind, unser Ziel aber noch nicht ganz erreicht haben.“ Zum einen ist Deutschland nicht auf dem richtigen Weg, weil der Abstand zu den Vergleichsnationen wächst, statt sich zu verringern, und zum anderen belegt der Bericht zusammen mit den Erkenntnissen der PISA-Studie, dass es um den chancengleichen Zugang zu höherer Bildung geht. Studie um Studie zeigt, dass die künstliche Selektion im gegliederten Schulsystem ein nicht mehr zu rechtefertigendes Problem des Bildungssystems ist. Die damit verbundene Sicherung von Statusprivilegien im gegliederten System wird zum Problem volkswirtschaftlicher Entwicklung.



Foto: Christian Kiel

Der chancengleiche Zugang zu Bildung über das Schulsystem muss allerdings wirksam erweitert werden durch Möglichkeiten für Absolventen eines beruflichen Bildungsgangs, Hochschulen möglichst barrierefrei besuchen zu können. Die Möglichkeiten, auch ohne Abitur, ein Hochschulstudium aufnehmen zu können, sollten für die Absolventen des dualen Systems deutlich erhöht werden. Denn zum einen entwertet dieses das Abitur nicht, das auch zukünftig den allgemeinen und barrierefreien Zugang zu allen Studiengängen garantiert. Zum anderen ist es auch aus Erwägungen eines gerechten Zugangs kaum vertretbar, ▶

dass ein Abiturient zwar jedes Fach studieren darf, ein Absolvent eines beruflichen Bildungsgangs, dessen hohe Qualität international von niemandem angezweifelt wird, mit seiner berufspraktischen Erfahrung sich nicht in einen verwandten Studiengang einschreiben darf. Eine weitere Flexibilisierung des Angebots von Studienabschlüssen könnte den chancengleichen Zugang noch wirksam ergänzen.

» Mit „Bildung auf einen Blick 2007“ hat die OECD erneut ein detailliertes und seriös aufbereitetes Kompendium internationaler Bildungsdaten geliefert, das umfangreich die Defizite des deutschen Bildungssystems offen legt und zugleich Anhaltspunkte dafür liefert, wie andere Staaten die Leistungsfähigkeit ihrer Bildungssysteme gesteigert haben. Diese Erkenntnisse sind bisweilen unangenehm, für die, die über die Bildungspolitik vor allem eine Politik der Sicherung von Statusprivilegien betreiben. Spätestens aber mit den Gefahren für Fortschritt und Wachstum werden den konservativen Bildungspolitikern immer mehr Argumente aus der Hand genommen und die substanziellen Reformnotwendigkeiten des Bildungssystem unabweisbarer. ■

☞ Oliver Kaczmarek, ist spw-Redaktionsmitglied und Vorsitzender im SPD-Unterbezirk Unna. Er lebt in Kamen.

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

**PROKLA 147 (Hrsg.)
Internationalisierung des Staates**

2007 - 176 S.
€ 12,00
ISBN
978-3-89691-346-3



Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft

**Benno Teschke
Mythos 1648**
Klassen, Geopolitik und die Entstehung des europäischen Staatensystems
2007 - 307 S. - € 39,90
ISBN 978-3-89691-122-3



NEU
Band 22

**Heide Gerstenberger
Die subjektlose Gewalt**
Theorie und Entstehung der bürgerlichen Staatsgewalt
2. Auflage 2006 - 665 S. - € 40,00
ISBN 978-3-89691-116-2



Band 1



Hafenweg 26a
D - 48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0
Fax: 0251 39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de
www.dampfbootverlag.de

Die verkehrte Schule in der verkehrten Gesellschaft

von Hans-Peter Waldrich



Foto: Christian Kiel

» Als Anfang der siebziger Jahre der Kulturkritiker Ivan Illich die Abschaffung der Schule forderte, weil er sie als Herrschaftsinstrument, als Konditionierungsanstalt und als Gefängnis betrachtete, stieß er in der Öffentlichkeit auf breite Resonanz. Zur gleichen Zeit hatte auch der französische Philosoph Michel Foucault die Schulen als Teil der großen Einsperrung beschrieben, mit der die abendländische Zivilisation seit der Neuzeit ihre unproduktiven und missliebigen Elemente bedachte, um sie entweder in den Produktionsprozess einzugliedern oder wenigstens davon abzuhalten, diesen zu stören.

Als nun die »Entschulungsdebatte« losbrach und der nahezu unvermeidliche Bedingungs Zusammenhang zwischen dem Schulwesen und den Herrschaftsverhältnissen historisch unterschiedlicher Gesellschaftsformen deutlich wurde, stellte sich die Frage, ob denn Schule überhaupt etwas anderes sein könne als eine Stätte, an der Kinder und Jugendliche so weit verbogen und zugerichtet werden, bis sie in das enge Getriebe einer wenig am Glück des Einzelnen interessierten Erwachsenenwelt hineinpassen. Doch, was sollte an die Stelle der abgeschafften Schule treten?

Weniger radikal als die Forderung, die Zwangsanstalten der Schulen aufzulösen, erschien es daher, die fundamentale Veränderung des Schulwesens zu propagieren. Die pädagogischen Institutionen sollten gründlich reformiert und umgestaltet werden. Ihr Ziel sollte nun nicht mehr die rigide Sozialisation nach der Maßgabe der für die jeweiligen Eliten nützlichen Arbeitsbedingungen

sein. An die Stelle der Herrschaft über Individuen sollte deren Emanzipation treten. So wanderten Begriffe wie Befreiung, Überwindung der Klassengesellschaft, emanzipatorische Erziehung in die Schulbücher und sogar in die Richtlinien und Lehrpläne. Kinder und Jugendliche sollten ihre Position und die ihnen zugemutete Rolle in der kapitalistischen Gesellschaft erkennen und lernen, wie man sich im Sinne von Freiheit und Selbstrealisation gegen solche Zwangszuweisungen wehrt. Im Hintergrund stand der Gedanke einer kollektiv vorangetriebenen Veränderung, die den auch im Deutschen Grundgesetz impliziten Emanzipationsanspruch und die Freiheit aller im Rahmen einer gerechten Gesellschaft einlöst. Wer sich an den Streit um die Hessischen Rahmenrichtlinien zu erinnern vermag, hat damit ein gutes Beispiel.

» Solcherlei Debatten sind heute kaum mehr vorstellbar. Ein neuer Illich könnte seine Thesen ins Internet stellen, – die großen Verlage und die auflagenstarken Zeitungen, die Rundfunk- und Fernsehanstalten würden davon keine Notiz nehmen. Nicht etwa, weil solche Überlegungen bereits widerlegt sind oder man sich daran gedanklich oder politisch abgearbeitet hat, sondern schlicht, weil sie im gegenwärtigen ideologischen Einheitsgetöse absolut verschoben klingen. Was hat sich geändert?

Es ist kaum möglich, darauf eine einfache Antwort zu geben. Wo die gesellschaftliche Wahrheit liegt und was überhaupt wert ist, behandelt und in Betracht gezogen zu werden, ist ganz offensicht-



lich der Mode unterworfen, wobei danach zu fragen wäre, wer den Trend der jeweiligen Moden bestimmt. So ist beispielsweise auch ein anderes großes Thema der siebziger Jahre, nämlich die Frage nach den Grenzen des Wachstums, wie auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Nun wird im Gegenteil Wachstum, speziell Wirtschaftswachstum, als selbstverständliches Haupt- und Generalziel aller politischen und gesellschaftlichen Bemühungen und vermittelt auch als der Sinn privater Anstrengungen herausgestellt. Der notwendige Bedingungs- und Zusammenhang zwischen dem Wachstumsdogma und der kapitalistischen Ökonomie wird öffentlich dabei nicht einmal eines Seitenblickes gewürdigt.

Was das öffentliche Bewusstsein anlangt, so hat also eine Art ideologischer Salto mortale stattgefunden. Wer glaubte, wir seien seit den siebziger Jahren ein Stück weiter gekommen, sieht sich düpiert. Uralte Thesen und Ideologien werden aus der Mottenkiste geholt und als überaus neu präsentiert. Dementsprechend scheint es heute, als seien kritische Ansätze grundsätzlich nicht mehr der Rede wert. Überhaupt gilt Fundamentalkritik an den generellen Strukturen und Basiskonstanten der kapitalistischen Ökonomie als gänzlich unmodern. Eine Zeit des bedingungslosen »Realismus« ist angebrochen. Wer so elementar wie damals Ivan Illich ansetzt, wird darauf verwiesen, dass er die »Realität« verkenne. Man findet sich ab, man arrangiert sich. Gesellschaftliche Tatbestände werden wie Naturphänomene angesehen, an denen nun einmal nicht zu rütteln ist. Sehr rasch endet die Diskussion um politisch und gesellschaftlich Machbares bei dem einen und einzigen Schluss einer jeden Debatte: bei der Globalisierung. Und jeder weiß, was daraus folgt, was auf der Tagesordnung steht, was angesagt ist, was politisch getan werden muss. Wie konditioniert redet man vom »Sparen«, von so genannten »Reformen«, fordert die Senkung von Löhnen und Sozialleistungen usw. Zunächst also die angeblich unveränderbaren Fakten, dann das Wenige, was eventuell noch möglich wäre.

Trotz dieser merkwürdig konservativen Haltung soll aber alles und jedes erneuert, »reformiert« werden. Ausgerechnet in einer Zeit, in der eigentlich nichts mehr zu gehen scheint (kein Sozialstaat, keine Mitbestimmung, keine öffentliche Förderung kultureller Einrichtungen etc.), jagt in der Politik eine Reform die nächste, so als müsste jeder Stein, der heute noch auf dem anderen liegt, morgen schon wieder gekippt werden. Und so tönt es natürlich überall, die wichtigste aller Reformen sei die des Bildungswesens. Ohne Bildung keine Zukunft! Bildung wird wieder ernst genommen. Aber natürlich ist die Zielrichtung des heutigen Rufs nach Reformen in Schul- und Hochschulwesen Lichtjahre entfernt vom Tenor der älteren Debatte. Es geht – wie überall heute – um »Effizienz« und hinter der Effizienz natürlich um Wirtschaftswachstum.



Foto: Christian Kiel

Eine gänzlich andere Debatte also als diejenige der siebziger Jahre! Wie bei allen Reformen dreht sich auch hier alles um die Idee des gesteigerten »Outputs«. Wollte Illich die Freiheit des Individuums, will man jetzt messbare Ergebnisse, in letzter Konsequenz Rendite. Was den Einzelnen betrifft, so will man nicht seine Emanzipation, sondern seine »Flexibilität« und damit seine Anpassung. Zwar zielt man auch heute auf eine Art Kreativität bei den späteren Arbeitnehmern, aber es ist die Kreativität cleverer Marketingleute. »Evaluationen« haben zu beweisen, dass ein Nutzen dabei herauspringt. Bildung soll ein berechenbares Plus garantieren und dies (ganz betriebswirtschaftlich gedacht) in Geldeinheiten.

□ Was also geschieht wirklich in unseren Schulen im Zeitalter der Globalisierung?

- Wozu sollen Schulen taugen?
- Was soll geschehen?

Jede Antwort hängt davon ab, in welchem Ausmaß man sich an das »realistische« Paradigma des Augenblicks bindet. Dieses Paradigma schließt eine Vielzahl möglicher Antworten von vornherein aus. Es bescheidet sich mit dem, was auf der Hand zu liegen scheint, weil man es überall hört und es jeder sagt.

» So muss man schon einige Schritte zurücktreten, um überhaupt zu erkennen, was Thema ist. Eine kritische Betrachtung muss den Mut zum Abstand haben. Aber auch der Kritiker, der sich nicht an modische Voraussetzungen bindet, darf es sich nicht allzu leicht machen. Da die wichtigsten Argumente gegen das kapitalistisch funktionalisierte Schulwesen schon vorliegen, könnte er die breite und fundierte Schulkritik der letzten Jahrzehnte einfach referieren. Denn die Grundfunktion der Schulen im Kapitalismus ändert sich durch die Globalisierung nicht. Das ist ja gerade der Skandal: Globalisierung wird den Menschen als fundamental neu, als Chance, ja geradezu als positive Utopie verkauft. Aber sie steigert (im Interesse der Kapitaleliten betrieben) nur die schon bekannten Mechanismen: Herrschaft von oben und rigide Anpassung von unten sind ihre herausragenden Momente! Daher ist es einerseits wichtig, die zentralen Argumente der Schulkritik lebendig zu erhalten und zu sehen, was an wesentlichen Modifikationen hinzugekommen ist.

Ist Schulkritik aber andererseits zugleich eine Art Globalisierungskritik, kann mehr getan werden. Generell ist Globalisierungskritik schlecht beraten, wenn sie nicht zugleich die denkbaren Möglichkeiten aufzeigt, wie der gesellschaftliche und politische Wandel im Sinne eines wirklichen Fortschritts gesteuert werden könnte. Globalisierung als sich weltweit vernetzender Kommunikationsprozess ist gewiss ein hinzunehmendes Schicksal und im ersten Ansatz auch gar kein negatives. Aber die Formen dieser Vernetzung auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet scheinen wie einzementiert in die Vorgaben der Finanz- und Kapitaleliten. In deren Interesse wird der neoklassische Ansatz in der Ökonomie zum Fetisch erhoben. Und Politik erweist sich als eine ohnmächtige Veranstaltung flankierender Maßnahmen. Globalisierungskritik sollte daher zunächst darauf zielen, den Spielraum des Politischen offen zu halten. Demokratie ist immer noch möglich. Auch wenn die Eliten dies bestreiten, existieren Handlungsalternativen.

Was bedeutet eine solche Sicht für eine Analyse des gegenwärtigen Schulwesens? Sie enthält dreierlei Konsequenzen: Sie muss erstens zeigen, was Schule ihrem Wesen nach innerhalb von herrschaftsdominierten kapitalistischen Gesellschaften nun einmal ist. Hierzu bedarf sie der konkreten Untersuchung des schulischen Alltags. Darüber hinaus muss Schulkritik zweitens gerade den gegenwärtigen Wandel zu fassen suchen. Welche Aufgaben werden den Schulen im Rahmen der Globalisierung zugemutet? Was ist daran alt und was neu? Und last, not least stellt sich drittens die Frage: Liegen in den Umbrüchen der Gegenwart vielleicht auch Chancen und Entwicklungspotenziale, wenn auch möglicherweise in eine ganz andere Richtung deutend, als es der fast wie aus einem Munde vorgetragenen Einheitsmeinung heute entspricht? ■

↳ Dr. phil. Hans-Peter Waldrich, u.a. Lehrbeauftragter Universität Karlsruhe, ist in der Lernförderung tätig und lebt in Freiburg.

Literatur

■ Hans-Peter Waldrich, *Der Markt, der Mensch, die Schule-Selektionsmaschine oder demokratische Lerninstitution?*, PapyRossa Verlag, Köln, 2007, 14,80€.

Kopfnoten – ein tragfähiger Baustein in einer modernen Schule?

von Rolf Stock



Foto: Christian Kiel

□ Vorbemerkung

Dass sich nach den Ergebnissen der PISA-Studie die schulische Landschaft würde verändern müssen, stand für alle politisch Verantwortlichen außer Frage. So verfolgt man nun seitens der CDU/FDP-Regierung in NRW das Ziel und gibt das Versprechen ab, nicht nur eine moderne, sondern auch eine bessere Schule zu schaffen. Aber hebt man den ideologischen Schleier der schönen Lippenbekenntnisse, blickt man gleich in das praktische Auge der Ökonomie. In Anlehnung an die Wirtschaft wird der programmatische Weg zur modernen Schule von dem Grundsatz geleitet: Mehr Erfolg mit gleich bleibenden oder eher weniger Ressourcen. Dies scheint das Erkenntnis leitende Interesse zu sein, das Denken und Wollen bestimmt. Wozu das führt, ist bei den Lehrern spürbar: Schleichende Lohnabsenkung bei intern zu erhöhender Arbeitszeit, gleich bleibende Klassenstärken etc., insgesamt zu halbherzigen Reformen. In den Blickpunkt soll nun ein Baustein für eine moderne Schule gerückt werden, der ab dem Schuljahr 2007/8 den Weg dahin markieren wird: Die sogenannten „Kopfnoten“, also die Benotung des Arbeits- und Sozialverhaltens von Schülern und ihre Ausweisung auf allen Zeugnissen, insbesondere auf den Abschlusszeugnissen in vier Notenstufen.

Schon die vom Kultusministerium in NRW herausgegebenen Handreichungen und die darin enthaltenen Indikatoren zur Notenfindung im Arbeits- und Sozialverhalten verdeutlichen auf den ersten Blick, dass kaum ein durchschnittlicher Mensch, kein Politiker und auch kein Manager dieses „Raster“ hoher „Idealsetzungen“ in vollem Umfang erfüllen könnte. Heranwachsende sollen also von vornherein Verhaltensdispositionen erfüllen, für die die Gesellschaft selbst keine realen Vorbilder zur Verfügung stellt? Der Lehrer, der sich anmaßt, hiefür Noten zu geben, gehört in den Bereich des Göttlichen. Welche Hybris!

□ Nun produzieren wir also Arbeitslose unter Vorbilddiktionen, die kaum jemand erfüllt?

Der Zusammenhang von Verhalten und Lernerfolg ist unbestritten. Und angesichts der immer weiter zunehmenden Verhaltensproblematik einer durch die soziokulturellen Veränderungen geprägten Schülerschaft nimmt die Verpflichtung der Lehrer und der Schule zu, die Erziehungsarbeit neben dem fachlichen Lernen zu intensivieren. Da für diese aufgrund der Vielschichtigkeit von persönlichen Erfahrungen, Meinungen und Ansichten noch kein Konsens gefunden wurde, bleibt vieles in der Selbstverantwortung des Einzelnen, was unterschiedliche Reaktionsweisen hervorruft.

So wird die Einführung der Kopfnoten einerseits begrüßt, vor allem, wie zu vermuten bleibt, als ein Instrumentarium der Disziplinierung, andererseits erinnert man sich an die Kopfnoten auf früheren Zeugnissen und sieht in ihrer Wiedereinführung nichts anderes als einen Griff in die „pädagogische Mottenkiste“.

□ Thesen

Und in der Tat: was auf den ersten Blick Entlastung zu verschaffen scheint, wird auf den zweiten Blick für den verantwortungsbewussten Pädagogen zu einer erheblichen Belastung. Und dies nicht nur, weil plötzlich zwei „neue Fächer“ Notengebung erforderlich machen, sondern weil sich erhebliche Probleme in der Durchführung, in der Sache selbst und in ihren Auswirkungen zeigen. Hierzu einige Thesen:

1. Das Verfahren zur Festlegung der Noten ist in sich höchst problematisch, weil für eine Verhaltensbeurteilung kaum notenträchtige Kriterien zu finden sind.

Zwar ist es für den Lehrer leicht zu sagen, wann das Arbeits- und Sozialverhalten eines Schülers unbefriedigend ist, aber es wird kaum einen Abstufungsbereich für andere Notenstufen geben, der dem einzelnen Schüler gerecht wird (Wann ist Teamfähigkeit gut, wann befriedigend?) Stellt man fest, dass Lehrer im Schnitt 120 Individuen zu beurteilen haben, so wird die Beurteilung sich eher nach dem jeweiligen Beziehungsmustern von Anti- und Sympathieverteilung als Kriterium leiten lassen.

2. Kommunikation oder eine Auseinandersetzung über diese Muster selbst wird es eher aufgrund der quantitativen Bewältigung nicht geben.

Unabhängig von der Problematik der Benotung von Verhalten ist festzustellen, dass der unreflektierte Verfahrensweg sich so als eine weitere

Baustelle in der schulischen Praxis zeigt, die irgendwie bearbeitet werden muss. So werden Lehrer unter diesen Umständen in den Noten gebenden Konferenzen schon aufgrund der zu bewältigenden Masse von Personen eher Notengebung „abnicken“. Dass sich eine Negativbeurteilung eines Schülers durch Mehrheitsbeobachtung schneller findet, lässt sich leicht nachvollziehen, ist sogar plausibel, aber keineswegs gerechtfertigt.

3. Die Erteilung einer Note für Verhalten entrechtet die Persönlichkeitsentwicklung eines Heranwachsenden, weil sie ihn auf ein positivistisches Merkmal reduziert. Die Person wird zur Note und damit stigmatisiert.

Gerade bei einem heranwachsenden Menschen stimmen Denken/Wissen und Handeln oft nicht überein und die Erfüllung von Forderungen passt nicht immer zu den Vorstellungen der Erwachsenen. Darüber muss aber kommuniziert werden. Nicht Notensetzung ist hier erforderlich, sondern mit Rücksicht auf den Entwicklungsprozess eines Heranwachsenden mit unterschiedlicher Sozialisation ausschließlich Kommunikation.

» In Klassenarbeiten wird benotet, was mehr oder weniger gut als vorausgehender Unterrichtsinhalt erlernt wurde. Die Änderung von Verhaltensdispositionen ist im Unterricht kaum vorhanden, nur bedingt steuerbar und bewusst zu machen. Dafür müssten an anderer Stelle Kompetenz, Zeit und Raum zu Verfügung stehen. Warum eine Note für etwas, das zu erlernen ich noch keine Chance hatte? Vorab sollte also das Ziel sein, Verhalten zu benennen und zu beschreiben.

Kommt es aber zur Kopfnotenerteilung auf dem Zeugnis, wird der Schüler vielleicht gerade noch während seiner Schullaufbahn eine Möglichkeit zur Fehlerkorrektur haben, obwohl auch hier schon eine entsprechende Notengebung ihn bei jedem Übergang in eine Jahrgangsstufe stigmatisieren wird. ▶

Bei einer entsprechenden Notengebung auf dem Abschlusszeugnis hingegen wird es eine Fehlerkorrektur seiner Persönlichkeitsbeurteilung im Verhalten nicht mehr geben können. Was auf diesen Zeugnissen notiert ist, die bei jedem Bewerbungsverfahren vorzulegen sind, wird den Schüler immer in ein Beurteilungsraster pressen und ihn zeitlebens nicht loslassen. Selbst ein „gut“ im Arbeits- und Sozialverhalten wird sich gegenüber einem „sehr gut“ wie ein Makel ausnehmen. Welcher verantwortungsbewusste Erzieher will das verantworten? Sollte eine Notensetzung notwendig sein, ist dann nicht deren Inflation schon vorprogrammiert?

4. Kopfnotenerteilung führt zu einem unkritisch-adaptiven Verhalten und führt eher zur „Charaktermaske“ als zu authentischer Persönlichkeit.

Abgesehen von einer ungerechten Chancenverteilung auf dem Arbeitsmarkt angesichts der oben aufgeführten Problematiken wird dem Schüler eine Adaption aufgezwungen, die dem Heranwachsenden die Möglichkeit der Reibung und Auseinandersetzung nimmt. So wird er bemüht sein, sich nicht als „unbequem“ zu präsentieren und nur innerlich revoltieren. Eine solche unkontrollierbare „innere Revolte“ könnte sich in fataler Weise woanders „entladen“.

Mit den demokratischen und in in jedem Curriculum apostrophierten Bildungszielen hat eine solche Ausprägung der Persönlichkeit nichts gemein.

□ Fazit

Die Kopfnotengebung erweist sich nicht als zielführend für eine moderne Schule, da sie insgesamt den pädagogischen und psychologischen Erkenntnissen nicht entspricht. Sie entpuppt sich als ein unzulängliches und unzulässiges Machtmittel und Instrumentarium zu einer Disziplinierung von Schülern, dem man eher das Prädikat „Beurteilungsmobbing“ geben muss.

Demgegenüber kann nicht verzichtet werden auf Kommunikation mit den zur Erziehung Anvertrauten. Gerade im Bereich der Persönlichkeitsbildung muss auf eine beratende Begleitung gesetzt werden, für die moderne Schule Zeit und Raum zur Verfügung stellen sollte. Dies umso mehr in einer Zeit, in der Erziehungsarbeit nicht weniger wichtig ist als fachliches Lernen.

Es muss als ein Recht des Schülers angesehen werden, seine Persönlichkeit in einem relativ freien, aber begleiteten Selbstfindungsprozess zu entfalten. Individuelle Förderung ist im Schulgesetz als ein Recht festgeschrieben. Um dieses Recht zu realisieren, gilt es, auch das Verhalten des Schülers zu fördern, nicht durch frühzeitige und ungerechte Stigmatisierung, sondern mithilfe einer positiven und vertrauensvollen Persönlichkeitsbindung.

Nicht um Verfahrensvorschrift zur Durchführung von Kopfnotenerteilung geht es also. Erforderlich sind erzieherische Leitlinien und eine Beratungskultur.

Verhalten kann ich nur beschreibend dokumentieren. Ob und wie man dies positiv wie negativ öffentlich dokumentiert, muss im besonderen Einzelfall entschieden werden. Was dann inhaltlich ausgewiesen wird, kann nur mit der Offenlegung von Entscheidungskriterien und Entscheidungsprozessen einhergehen.

Es geht darum, dass Lehrer durch Fortbildung und Ausbildung für die Rolle des begleitenden Beraters kompetent gemacht werden (z. B. Prinzipien des Coachings, neurolinguistische Programmierung). Dies setzt aber im Denken auch voraus, dass sich Investitionen in Schule nicht nach rein wirtschaftlichen Prozentwerten messen lassen dürfen. ■

☞ Rolf Stock, arbeitet als Studiendirektor und lebt in Hamm.

Kein Kind wird zurück gelassen!

Interview mit Rainer Domisch ■ ■



Foto: Christian Kiel

spw: Die PISA-Studien und andere Vergleiche unseres Bildungssystems haben in Deutschland für eine heftige Diskussion über die Zukunft von Schule und Bildung gesorgt. Wie nehmen Sie aus der „finnischen Perspektive“ so eine Diskussion wahr, in der ideologische Gegensätze frontal aufeinander prallen?

Rainer Domisch: Für meine finnischen Kolleginnen und Kollegen, die in den 70er Jahren mit der Schulreform zu tun hatten, sind Gespräche mit Besuchern aus Deutschland wie eine Zeitreise zurück in die 70er Jahre. Denn in Finnland wurde damals auch heftig über die Schulreform hin zu einer gemeinsamen Schule für unterschiedliche Lerner gestritten. Heute besteht über das Schulsystem in Finnland gesellschaftlicher Konsens.

□ Mehr in die frühe Bildung investieren

spw: In keinem anderen vergleichbaren Land hängt der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft eines Kindes ab wie in Deutschland. Worin liegen die Ursachen?

Rainer Domisch: In erster Linie liegt dies an der mangelnden frühen Förderung und der viel zu frühen Aufteilung der Kinder in die einzelnen Schularten. Kindern mit ungünstigeren Lernausgangslagen wird kaum eine Chance gegeben, sich zu entwickeln. Die dafür nötigen Förderinstrumente, die individuell bei jedem einzelnen Kind ansetzen, fehlen. Das müssen wir dringend ändern.

spw: Müssten wir dann nicht viel mehr Geld für die Förderung der Kleinen einsetzen?

Rainer Domisch: Ja, wir müssen die frühe Bildung deutlich stärken. Das wird auch eine Ausweitung der zur Verfügung gestellten Ressourcen zur Folge haben.

spw: In Finnland gibt es den bildungspolitischen Grundsatz „Kein Kind wird zurückgelassen“. Was bedeutet das und was können wir davon für das deutsche Bildungswesen übernehmen?

Rainer Domisch: Das ist aus meiner Sicht der Schlüssel zum Erfolg Finnland. Denn dies bedeutet, dass jedes Kind in seiner Entwicklung individuell gefördert wird. Die Kinder werden nicht – wie hier – durch drei Schablonen gedrückt und kommen dann mit oder auch nicht. Sondern jedes Kind kann sich nach seinen eigenen Bedingungen und Anlagen entwickeln und hat ein Grundrecht auf Förderung. Das könnte man in Hessen entsprechend umsetzen.

□ Schulstruktur darf Bildungserfolg nicht hemmen

spw: Bei der Frage, in welchen Strukturen Schülerinnen und Schüler lernen sollen, wird oft vernachlässigt, dass sich Wissen heute in einer unglaublichen Geschwindigkeit verändert. Wie sollen die Schülerinnen und Schüler da den Überblick behalten? Was sind die entscheidenden Inhalte und Kompetenzen, die jeder Mensch heute erlernen sollte?



Rainer Domisch: Sie haben Recht. Strukturen dürfen wir nicht überbewerten, aber sie unterstützen oder hemmen Bildungserfolg. Deswegen sind sie ja auch nicht ganz unwichtig. Und natürlich kommt es auf die Inhalte an und wie sie vermittelt werden. Dabei dürfen wir nicht versuchen, die Kinder wie Flaschen abzufüllen, um das neue Wissen auch noch in die Kinder rein zu bekommen. Kinder müssen lernen, sich das Wissen nach Bedarf zu erschließen. Neben der Wissensvermittlung müssen die Bereiche Lernen lernen und der Bezug zum lebenslangen Lernen berücksichtigt werden.

spw: In Deutschland sind die Schulen einem dichten Regelwerk und einer intervenierenden Schulaufsicht ausgesetzt. Welches Konzept von Staatlichkeit und Steuerung wäre dagegen für erfolgreiche Schulen notwendig? Ist es sinnvoll, die Kommunen hier stärker einzubeziehen?

Rainer Domisch: Natürlich ist es immer sinnvoll, die schulische und kommunale Ebene vor Ort so weit wie möglich in die Entscheidung und Verantwortung einzubeziehen und weg zu kommen von einer Top-Down Kultur. Ich würde den Kommunen deutlich mehr Möglichkeiten geben bis hin zu einer Kommunalisierung der Schulen auf der Ebene der Schulträger. Außerdem brauchen die Schulen endlich wieder Ruhe und auch die Freiheiten, um sich auf ihre Schülerinnen und Schüler einzustellen. Außerdem stelle ich mir eine demokratische Schule vor, in der Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schülerinnen und Schüler partnerschaftlich die Entscheidungen treffen. In Finnland haben wir sehr gute Erfahrungen damit gemacht, möglichst viele einzubinden

□ Schule und Lernen haben eine hohe Wertschätzung verdient

spw: Bildungsreformen werden zunächst vor Ort, in den Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen gemacht. Wie sollten Lehrerinnen und Lehrer ihre Rolle zukünftig interpretieren und was muss die

Gesellschaft leisten, um die Arbeit in den Schulen besser zu unterstützen?

Rainer Domisch: Grundsätzlich muss Schule und Lernen eine hohe Wertschätzung in der Gesellschaft haben und der Lehrerberuf ebenso. Engagement von Lehrerinnen und Lehrern muss aber auch im System Niederschlag finden, also in Fördersystemen, in der Fortbildung, in der Elternarbeit und darf nicht Zeichen von Einzelkämpfern sein, die sich unter Umständen aufreiben. Grundsätzlich muss auch ein Paradigmenwechsel stattfinden, der dem Lernprozess und den Lernergebnissen mehr Beachtung schenkt neben dem Unterrichten.

spw: In Hessen setzt die SPD auf das Konzept für das „Haus der Bildung“. Wie sieht dieses aus?

Rainer Domisch: Sehr gut, aber Details würden hier zu weit führen. Deswegen in Stichworten: Stärkung der frühen Bildung, Einführungen einer flexiblen Schuleingangsstufe in der Grundschule, Verstärkung der Angebote des längeren gemeinsamen Lernens bis Klasse 10 in echten Ganztagschulen, weit reichende Selbstverantwortung für die Schulen, Qualitätssicherung und -entwicklung als staatliche Aufgabe, mehr Bildungschancen für alle.

spw: Wie lange werden wir brauchen, um eine bessere und gerechtere Schule zu etablieren? Mit welchen Widerständen müssen wir rechnen?

Rainer Domisch: Die Umsetzung der Bildungsreform wird eine Weile dauern, vielleicht 10 bis 15 Jahre. Schließlich setzen wir auf die Freiwilligkeit vor Ort und nicht auf Zwang. In der nächsten Wahlperiode möchte ich erreichen, dass für jedes Kind wohnortnah eines unserer Häuser der Bildung steht. Ich bin mir sicher, dass diese Schulen durch ihre erfolgreiche Arbeit für sich sprechen werden und die Entwicklung von unten Fahrt aufnehmen wird.

spw: Gibt es Rückschlüsse aus Finnland, in welcher gesellschaftlichen Situation das Klima für grundlegende bildungspolitische Reformen besonders günstig ist?

Rainer Domisch: Selbst wenn das so wäre, ließe sich das nicht einfach auf Deutschland und Hessen übertragen. Dennoch habe ich den Eindruck, dass sich die Erkenntnis immer mehr reift, dass wir mit einem schlichten „Weiter so“ auf der falschen Spur wären. Ich glaube, die gesellschaftliche Stimmung für eine Bildungsreform, die auf Chancengleichheit und bessere Förderung aller Kinder zielt, ist recht gut.

spw: Die SPD wird die nächste Landtagswahl in Hessen gewinnen und Sie werden der neue Kultusminister. Was werden Sie zuerst tun?

Rainer Domisch: Ich werde all die Schulen, die sich auf den Weg machen wollen, nach Kräften unterstützen. Und ich werde in ganz vielen Gespräch und Besuchen von Schulen vor Ort für unsere Vorstellungen werben. Aber ich werde den Schulen keine Zwänge auferlegen, die sie in ihrer Arbeit behindern. Im Gegenteil: Die Schulpolitik kann Richtungen geben, aber die Wege müssen Schulen vor allem in eigener Verantwortung mit der entsprechenden Unterstützung gehen.

spw: Lieber Rainer Domisch, vielen Dank für das Gespräch. ■

☞ Rainer Domisch, arbeitet in leitender Funktion bei der obersten finnischen Schulbehörde und ist u.a. für Fortbildung, Schulentwicklung und die Beziehungen zu den deutschsprachigen Ländern verantwortlich. In Hessen soll er im Falle eines SPD-Wahlsieges Kultusminister werden.

☞ Das Interview führte unser Redaktionsmitglied Oliver Kaczmarek.

Neuaufgabe der Spiele-Praxismappe erschienen!

Die bewährte und sehr beliebte Praxismappe wurde komplett neu überarbeitet und mit neuem Design versehen. Fast 200 Spiele – mit vielen Variationsmöglichkeiten - sind auf 290 Seiten in übersichtlicher Struktur dargestellt und um einen aktualisierten Theorieteil ergänzt.

Viele neue Spiele!
 Kennenlernspiele
 Rollenspiele
 Integrierte Spiele
 Bewegungsspiele
 Gruppenanwaltschaftsspiele
 Spiele zur Gruppenarbeit
 Interkulturelle Spiele



Hiermit bestelle(n) ich/wir

_____ Praxismappe(n) zum Preis von 13,- € plus Versandkosten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ / Wohnort: _____

Tel.: _____

Infos & Bestellung:
 Bundesjugendwerk der AWO
 e-mail: info@bundesjugendwerk.de
 Tel.: 0700/jugendwerk oder
 0700/584363937



Literaturschau | von Götz Godowski



Die bildungspolitische Debatte wird schon seit längerer Zeit in der spw geführt. Dabei ging es in erster Linie um die gesellschaftliche Funktion häufig auch um die innere Struktur, mehr jedoch um die Rolle der Schulpflicht Erwachsenen. Den bildungspolitischen spw-Diskurs zusammengefasst haben zuletzt Ulf Banscheraus und Oliver Kaczmarek in spw 136. Zu diesem Diskurs gehören auch die Beiträge von Peter Schuster in spw 149: Thesen zur Berufsbildung, Steffen Reiche in spw 148: Bildungsgerechtigkeit statt elitärer Geldgeschenke und Ernst Dieter Rossmann in spw 147: Die Platzeck Linie. Alle Texte stehen auf www.spw.de im Verzeichnis „Bildungsdebatte“ zum Download zur Verfügung.

Die Hauptlinie der Diskussion hat sich heute hin zu einer Debatte um die Lernvoraussetzungen verschoben. In vielen neueren Publikationen steht die Bildung als Instrument der Gerechtigkeitsmaximierung in der Diskussion. Hier sind es vor allem die seit dem „PISA-Schock“ und Rütli Schule neu entdeckten politischen Vorgaben, die der Schule gemacht werden könnten. Bildung lässt sich gestalten, allerdings sind hier die politischen Richtungsentscheidungen nicht immer die, die soziale Gerechtigkeit herstellen: Privatisierung, Abschottung und Elitenförderung stehen im Gegensatz zu den neueren Diskussionen um Gemeinschaftsschule, Breitenförderung und Integration. Die neuere Literatur beschäftigt sich vor allem damit, zuletzt: Torsten Feltes, Marc Paysen: Nationale Bildungsstandards – Von der Bildungszur Leistungspolitik, VSA Verlag, Hamburg 2005, Hans-Peter Waldrich: Der Markt, der Mensch, die Schule – Selektionsmaschine oder demokratische Lerninstitution?, Papyrossa Verlag, Köln 2007, Karl Lauterbach: Die Zweiklassengesellschaft, Rowohlt Verlag, Berlin 2007

Als ökonomische Diskussionslinie eignet sich zum Anfang das kontroverse Büchlein von Christoph Ehmann: Bildungsfinanzierung und soziale Gerechtigkeit, Bertelsmann, Bielefeld 2003. Zum Verständnis und zur Einordnung der „Rütli-Diskussion“ in der bundesrepublikanischen Feuilleton-Publizistik, die das Versagen von Schule eindeutig den Lehrkräften, Eltern und SchülerInnen in die Schuhe schiebt, sei das Bändchen der ehemaligen Schulleiterin empfohlen: Brigitte Pick: Kopfschüsse – Wer PISA nicht versteht wird mit Rütli bestraft, VSA Verlag, Hamburg 2006

Zuletzt ist sicherlich auch noch wichtig, dass die in den 80er Jahren aufkeimende – man hat den Eindruck heute ein wenig in Vergessenheit geratene – Diskussion um die Jugendphase als eigenständige Lebensphase weiterverfolgt, denn Bildungspolitik ist immer auch eine Antwort auf Entwicklungen, sie ist dementsprechend auch angewiesen auf andere Politikfelder und gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu schauen. Als Anregung, ohne für die dargestellten Thesen zu werben, seien empfohlen:

Klaus Hurrelmann et. alt.: Jugend 2006 – Die 15. Shell Jugendstudie, FiTaBu, Frankfurt a.M. 2007, Wilfried Ferchhoff: Jugend und Jugendkulturen im 21. Jahrhundert. Lebensformen und Lebensstile, VS Verlag, Köln 2007 sowie Dirk Villányi et alt.: Globale Jugend und Jugendkulturen – Aufwachsen im Zeitalter der Globalisierung.

Die Juso-Debatte der ausgehenden 1990er Jahre dokumentiert die 1999 im VSA-Verlag erschienene Aufsatzsammlung „Bildungsoffensive“, hrsg. von Sebastian Jobelius, Reinhold Rünker und Konstantin Vössing. ■



Foto: Christian Kiel

Kinderspiel Kapitalismus: Vorausseilende Besorgnis

von Gesa Rünker



„Mama, der Steven hat Arschloch zu mir gesagt.“ Der empörte Kurzbericht meines dreijährigen Sohnes Christian trifft mich unvorbereitet. Es ist früh am Morgen, kurz vor acht, ich habe die Klinke in der Hand und will zum Zug, ich muss heute pünktlich bei der Arbeit sein. Meine Antwort ist ein Reflex: „Arschloch darfst du dir nicht gefallen lassen. Wehr dich!“ rufe ich nachdrücklich. „Gute Idee“, sagt mein Sohn. Ich betätige die Klinke und bin draußen.

Die Lokführer streiken nicht, der Zug ist pünktlich. Im warmen Abteil sitzend komme ich zur Ruhe und mache mir Gedanken. Da haben wir's: Kaum sind die Söhne im Kindergarten, geht die Flucherei auch schon los. „Arschloch“, wahrscheinlich wird es bald härter, und dann werden wir Eltern umfänglich aufklären müssen. Aber – was will ich eigentlich? Ich fluche ja selbst inflationär und merke es kaum noch. Das muss anders werden, nehme ich mir vor.

Schließlich sollen die Kinder sprachlich nicht vollkommen verrohen. „Fehlende sprachliche Sensibilität senkt bei Kindern die Gewaltschwelle“, so ähnlich hab ich das irgendwo gelesen. Wie groß mag – bei kleinen Jungen – der Schritt vom Kraftausdruck zur Gewaltanwendung sein? Und dann auch noch mein dummer Rat, er soll sich wehren. Das war völlig falsch, so undifferenziert. Mir fehlt auch die Zeit, um zu differenzieren. Ich bin zu berufstätig, als Mutter. Das muss sich ändern. Nur – wie?

» Irgendwie geht das alles nicht! Es ist schwierig für eine berufstätige Mutter, ihre Kinder so zu erziehen, dass sie erfolgreich, leistungsbereit, kreativ und – gewaltfrei sind. „Gewaltfrei“ ist das Wichtigste, scheint es mir an diesem Morgen, das andere ist liberaler Kram – aber auch notwendig. Es bleibt schwierig... Nur, was macht Christian jetzt gerade? Wehrt er sich?

„Kann ich helfen?“ fragt mich der Zugchef bei der Ausweiskontrolle. Ich verneine mit finsterem Blick, sehe vor dem geistigen Auge eine blutige Nase, ein schwellendes Horn mitten auf Christians Stirn, höre den Krankenwagen – Steven war stärker. Wahrscheinlich hat der es gelernt, der Vater, der ihn vom Kindergarten holt, wirkt durchaus schlagkräftig.

» Mein Tag ist gelaufen. Ich beginne unnötigen Streit mit einem Kollegen, der sein Baby ausschließlich vegetarisch füttert. Ich verärgere meinen Chef mit meiner undifferenzierten Kritik ausgerechnet am Leitartikel der differenzierten Süddeutschen. Ich zucke zusammen, wenn das Telefon schrillt. Doch aus dem Kindergarten kommen keine schlechten Nachrichten.

Und als ich abends nach Hause komme, ist Christian heiter. „Wie war es im Kindergarten?“ frage ich möglichst ruhig. „Gut“ sagt er, „das war ein schöner Tag.“

„Hat Steven wieder Arschloch zu dir gesagt?“ „Mama, Arschloch sollst du nicht sagen. Und Steven ist mein Freund.“ ■

☞ Gesa Rünker, arbeitet als Journalistin beim Hörfunk und lebt in Leichlingen.

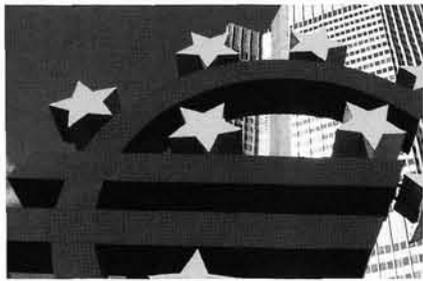


Foto: Christian Kiel

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Der Kölner Prozess

von Arne Heise



Bis zur Revision des Maastrichter Vertrags auf dem Amsterdamer Gipfel im Jahr 1997 konnte dem europäischen Integrationsprozess vorgehalten werden, er stelle zu einseitig auf die Sicherung der Preisstabilität der neuen Währung in der Europäische Währungsunion (EWU) ab.

» Auf verschiedenen Gipfeltreffen seit Amsterdam sind nun genauere Inhalte einer europäischen Beschäftigungspolitik herauskristallisiert worden. Auf dem Luxemburger Sondergipfel 1997 wurde eine Koordination der Arbeitsmarktpolitik („Luxemburger Prozess“) beschlossen, deren wesentlichen Inhalte (Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, des Unternehmergeistes, der Anpassungsfähigkeit und der Chancengleichheit) die Allokationsfähigkeit des Arbeitsmarktes in den Vordergrund stellt. Der 1998 beschlossene ‚Cardiff Prozess‘ umfasst die Reform der europäischen Güter- und Finanzmärkte und setzt im Wesentlichen auf eine verstärkte Privatisierung öffentlicher Güterbereitstellung (Post, Telekom, Energie, Wasserversorgung) und Liberalisierung einstmals geschützter Märkte.

Der ‚Kölner Prozess‘ schließlich ist von anderem Charakter, da er makroökonomisch orientiert ist und nachfragetheoretisch argumentiert. Es geht um die Koordination der makroökonomischen Politikbereiche Geld-, Finanz- und Lohnpolitik zur Schaffung eines für Wachstum und Beschäftigung günstigen Policy mix. Insbesondere der zeitgeschichtliche Hintergrund lässt vermuten, weshalb der Kölner Prozess bereits als ‚eurokeynesianische Strategie‘ bezeichnet wurde: (1) Mit dem Stabilitäts-

und Wachstumspakt von 1997 wurde die finanzpolitischen Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages insbesondere von der deutschen Bundesregierung unter Helmut Kohl in die EWU hinein verlängert und verschärft und eine angebotspolitische Orientierung festgeschrieben. (2) Mit dem Regierungswechsel in mehreren EU-Mitgliedsländern, insbesondere in Deutschland im Herbst 1998, stellte sich kurzzeitig ein Stimmungswechsel ein, der dem angebotspolitisch und mikroökonomisch ausgerichteten Kurs der europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik eine neue Orientierung geben wollte. Die deutsche Bundesregierung unter Finanzminister Oskar Lafontaine nutze dieses ‚window of opportunity‘, indem es Vorarbeiten der beschäftigungspolitisch besonders engagierten österreichischen Bundesregierung aufgriff und auf dem Kölner EU-Gipfel 1999 den makroökonomischen Dialog institutionalisierte und die drei Politikprozesse zu einem ‚Beschäftigungspakt‘ vereinten.

□ 1. Makro-Dialog als Form der kooperativen Wirtschaftspolitik

Bereits im Weißbuch ‚Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung‘ von 1994 hatte die EU-Kommission herausgearbeitet, dass eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungssituation in der EU nur durch eine Abstimmung der Geldpolitik, der Finanzpolitik und der Lohnpolitik zu erreichen ist. Aufgrund von Wirkungsinterdependenzen zwischen den Politikbereichen können die einzelnen Akteure – die Europäische Zentralbank (EZB), die europäischen Finanzminister (Ecofin-Rat) und

die europäischen Tarifparteien – ihre Zielgrößen – Preisstabilität, hoher Beschäftigungsstand, hohe Einkommen – nicht unabhängig voneinander erreichen. Eine eindeutige Zielzuweisung und lineare Politikverfolgung ist deshalb nicht möglich, es müssten notwendigerweise Zielkonflikte entstehen. Eine Verhaltensabstimmung führt deshalb nicht nur zu einem gesamtwirtschaftlich überlegenen Ergebnis, sondern ermöglicht es auch den einzelnen Akteuren, ihre Ziele (und damit ihren Nutzen) besser zu verfolgen. Dennoch gelingt eine solche Kooperation nicht ohne institutionelle Ausgestaltung, denn ohne vertragliche Beziehungen – die im Falle des Makro-Dialogs allerdings unmöglich sind – befinden sich die Akteure in der sogenannten Kooperationsfalle: sie müssen befürchten, bei gutmütigem Verhalten (Kooperation) von den anderen Akteuren zu deren Vorteil ausgenutzt zu werden. Mit dem Kölner Prozess sind diese Zusammenhänge offiziell anerkannt und erstmals die unabhängige EZB in ein EU-weites Koordinierungsverfahren einbezogen worden.

□ 2. Aussichten des Kölner Prozesses

Der Kölner Prozess teilt sich in eine ‚politische‘ und eine ‚technische‘ Ebene. Auf technischer Ebene tauschen sich Experten der beteiligten Akteure – also der EZB, des Wirtschafts- und des Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsausschusses, der makroökonomische Gruppe der EU-Sozialpartner unter Anleitung der EU-Kommission – halbjährlich über die konjunkturelle Entwicklung und die Wirkungsweise der Wirtschaftspolitik in der EURO-Zone aus. Auf der politischen Ebene treffen sich die politischen Vertreter der beteiligten Akteure ebenfalls zwei Mal pro Jahr in einem Forum, in dem Strategien verhaltensabstimmender und vertrauensbildender Maßnahmen besprochen werden können. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass diese Zusammenkünfte über den Austausch weitgehend bekannter Informationen und Standpunkte bisher nicht hinausgegangen sind – ein wachstumsförderlicher Policy mix (das erklärte Ziel des Kölner Prozesses) hat sich zumindest bislang nicht eingestellt.

» Dieses enttäuschende Ergebnis, dass mit der weitgehenden Ignoranz des Kölner Prozesses in der europäischen Öffentlichkeit in Einklang steht, hat mehrere Ursachen: (1) Nach dem Rücktritt des deutschen Finanzminister Oskar Lafontaine hat sich das ‚window of opportunity‘ für eine makroökonomisch ausgerichtete Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik wieder geschlossen. (2) Die Rahmenbedingungen des EU-Makrodialogs (Unantastbarkeit der Unabhängigkeit der Akteure, Dominanz der Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Gültigkeit des Subsidiaritätsprinzips) konterkarieren die wirtschaftspolitische Ausrichtung des Makrodialogs und (3) die institutionelle Ausgestaltung ist nicht in der Lage, die ‚Kooperationsfalle‘ zu überwinden, in der sich die Akteure befinden. Insbesondere fehlen einem effektiven EU-Makrodialog bislang die EU-weit handlungsfähigen Akteure (lediglich die Geldpolitik ist ja in der EWU europäisiert, nicht so aber die Finanz- oder Tarifpolitik) oder eine Unterfütterung des EU-Makrodialogs mit nationalen Makrodialogen auf der Ebene der jeweiligen Mitgliedsstaaten.

Foto: Christian Kiel



Bestenfalls verbleibt der Kölner Prozess damit eine leere Hülle ohne Inhalt, schlechtestenfalls könnte er als ein Verfahren missbraucht werden, um die Sozialpartner auf den Kurs einer ‚moderaten Lohnpolitik‘ einzuschwören, wenn sich die EZB aufgrund ihrer Unabhängigkeit und der Ecofin-Rat aufgrund des Stabilitäts- und Wachstumspaktes für verhandlungsunfähig erklären. ■

☞ Dr. Arne Heise, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Unsere Richtung: links!

Die Jusos vor dem Bundeskongress

23.- 25. November in Wolfsburg

von Franziska Drohsel



Foto: Christian Kiel

□ Soziale Widersprüche nehmen zu

Deutschland 2007: Trotz Konjunkturaufschwungs nimmt die soziale Polarisierung innerhalb der Gesellschaft zu. Die Schere zwischen arm und reich klafft immer weiter auseinander. Die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten für Menschen aus sozial schwächeren Bevölkerungsschichten nehmen immer weiter ab. Es ist die zentrale Aufgabe, einer sozialistischen Linken, diesen Trends entgegenzuwirken.

Die etablierte Politik hat in den letzten Jahren im neoliberalen Duktus suggeriert, eine individualisierende Politik löse die wichtigen Probleme der Zeit. Dieser Ansatz ist vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen offensichtlich gescheitert. Mittlerweile ist selbst das letzte neoliberale Versprechen, wenn es nur der Wirtschaft gut gehe, ginge es allen besser, widerlegt. Die Wirtschaft brummt und ganze Bevölkerungsgruppen sind von Wachstum und Wohlstand ausgeschlossen. Antworten auf die sozialen Probleme der Gegenwart müssen auf zwei Ebenen ansetzen.

Zum einen geht es darum, ganz konkret dafür zu arbeiten, die soziale Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft zu ermöglichen. Instrumente dazu gibt es viele. Im Bereich Bildung sind die Stichworte frühkindliche Bildung, Aufhebung des

dreigliedrigen Schulsystems, Gewährleistung von ausreichend und qualitativ hochwertigen Ausbildungsplätzen sowie ein kostenfreies Studium zu nennen. Im Politikfeld Arbeit müssen Arbeitszeitverkürzung, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und der öffentliche Beschäftigungssektor, der eine langfristige und damit echte berufliche Perspektive bietet, Leitmarken linkssozialistischen Handelns sein. Im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, dessen Relevanz gerade in Zeiten sozialer Polarisierung kaum hoch genug einzustufen ist, muss dem neoliberalen Privatisierungswahn endlich ein Ende bereitet werden. Eine menschenwürdige Existenzsicherung für all jene, die zeitweilig oder länger an den Anforderungen der Leistungsgesellschaft „gescheitert“ sind, darf nicht aufgegeben, sondern muss ausgebaut werden. Und nicht zuletzt müssen wir auch wieder die reale Umverteilung von oben nach unten in das Zentrum unserer Politik setzen. Ohne eine solche kann soziale Ungleichheit im Kapitalismus nicht bekämpft werden.

Zum anderen geht es darum, auch fundamentale Antworten auf die gegenwärtigen Verwerfungen des Kapitalismus zu finden. Zwar ist es richtig und notwendig, im Rahmen einer neuen Regulierung eine solidarische Antwort auf soziale Schieflagen des Kapitalismus zu finden. Gleichzeitig kann die Perspektive einer sozialistischen Linken niemals nur auf eine „erfolgreiche Teilnahme“ aller am kapitalistischen Produktionsprozess

beschränkt sein, sondern muss die Systemfrage immer mitdenken. In diesem Spannungsfeld bewegen sich die zentralen Herausforderungen für die Jusos in den nächsten Jahren. Eine Formulierung jungsozialistischer Programmatik muss deshalb immer diese beiden zentralen Ebenen mitdenken, will sie dem Anspruch eines eigenständigen feministischen und sozialistischen Richtungsverbandes gerecht werden.

□ Die Jusos und die SPD

Die Agenda-Jahre werfen noch immer lange Schatten. Viele Mitglieder sind enttäuscht oder haben sich von der SPD abgewandt. Dies hat auch die Jusos nicht verschont. Trotz großen Engagements in den Wahlkämpfen und in der SPD ist die Regierungspolitik der SPD selten so ausgefallen, wie vom Großteil des Verbandes gewünscht. Auf diese Frustrationserfahrungen müssen politische Antworten gefunden werden. Neben dem innerparteilichen Engagement müssen wir in Zukunft verstärkt mit der gesellschaftlichen Linken, den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen politischen Druck entfalten. Fortschrittliche Politik braucht gesellschaftlichen Druck von links. Das bedeutet, dass der innerparteiliche Kampf um Mehrheiten durch gemeinsam mit den sozialen Bewegungen und einer kritischen Öffentlichkeit organisierten Druck flankiert werden muss. Nur so werden wir die Basis für eine Umsetzung progressiver Politik schaffen.

Die inhaltliche Entwicklung der SPD in den nächsten Jahren ist umkämpft. Es ist offen, ob sich eine Politik des „Weiter so“ mit einem neoliberal angestrichenen Dritten Weg oder eine Linie, die sozialdemokratische Grundpositionen auf die heutigen Gegebenheiten übersetzt, durchsetzen wird. Wie die Debatte um das Grundgesetzprogramm und dabei insbesondere die vielen Diskussionen in den Untergliederungen gezeigt hat, ist die Position der Basis bei dieser Frage klar. Die Mehrheit der Anträge hat den Bremer Entwurf von links kritisiert. Auf Dauer können die Verant-

wortungsträgerinnen und Verantwortungsträger der Partei keine Politik gegen die eigene Basis machen. Dabei ist das Eingehen auf die Vielzahl der Änderungsanträge ein positives Beispiel, bei dem das Votum der Basis Berücksichtigung gefunden hat und an dem deutlich geworden ist, dass sich die SPD-Führung nicht dauerhaft dem Druck der Basis entziehen kann. Das muss sich aber auch im Regierungshandeln niederschlagen.

Wir Jusos werden uns in den nächsten Jahren vor allem in zweierlei Hinsicht in die Diskussion um die Zukunft der Partei einbringen.

1. Wir wollen, dass die SPD linke Volkspartei bleibt. Dazu gehört, dass die SPD politische Antworten auf die Probleme der Gegenwart findet und diese dann auch in Regierungshandeln umsetzt. Hierfür muss anerkannt werden, dass wir nicht in einer Gesellschaft der Sachzwänge leben, sondern in einer kapitalistisch strukturierten Gesellschaft, die von Interessensgegensätzen durchzogen ist. Soziale Gerechtigkeit durchzusetzen, heißt vor allem auch Interessenskämpfe durchzustehen. Ansatzpunkt für eine zeitgemäße sozialdemokratische Politik ist, soziale Ungleichheit nicht zu akzeptieren, sondern für mehr soziale Teilhabe und mehr Chancengleichheit zu kämpfen.

2. Wir wollen, dass es mit der SPD ein fortschrittliches Projekt auf Bundesebene gibt. Koalitionsdebatten zum jetzigen Zeitpunkt sind allerdings völlig verfehlt. Zunächst muss es darum gehen, mit den Kräften der gesellschaftlichen Linken in eine Diskussion über linke Zukunftsprojekte in den Austausch zu treten. Darauf folgend muss die gesellschaftliche Mehrheitsfähigkeit dieser organisiert werden. Eine Abschottung und allein populistische Abgrenzung von der Linkspartei hilft dabei nicht weiter. Die SPD muss sich der inhaltlichen Auseinandersetzung über Gemeinsamkeiten und Differenzen mit allen reformerischen Kräften stellen. Der vorschnelle Ausschluss einer Partei bringt uns dabei nicht weiter, sondern kettet die SPD unnötig an die konservativen und liberalen Kräfte der Republik.

□ Öffnung des Verbandes: Doppelstrategie 2.0

Wir haben als Jusos in den letzten Jahren viel mit und um die Partei gekämpft. Wir haben engagiert Wahlkämpfe geführt und haben auf Parteitagen für unsere Positionen geworben. Wir standen hinter Info-Ständen und saßen auf Ortsvereinsitzungen. Dennoch sah die Regierungspolitik der SPD in vielerlei Hinsicht nicht so aus, wie wir uns das gewünscht hätten. Daraus müssen wir als Verband politische Konsequenzen ziehen.

Seit der Linkswende ist das Konzept der Doppelstrategie Bestandteil unseres politischen Anspruches und unserer Arbeit. Ansatz dabei ist, nicht nur in der SPD sondern auch in gesellschaftlichen Bewegungen für progressive Veränderungen zu kämpfen. Daraus folgt nicht nur die Aufgabe, kritische Parteijugend zu sein, sondern sich auch unabhängig von der SPD als politische, linke Kraft zu verorten, die eigene politische Überzeugungen auch jenseits des Partei-Mainstreams formuliert und für diese eintritt.



Foto: Christian Kiel

» In den Jahren der Regierungsbeteiligung der SPD ist vor allem eines deutlich geworden: Eine Regierungsbeteiligung der SPD führt nicht zwangsläufig zur Umsetzung emanzipatorischer Politik. Vielmehr muss neben der Erlangung politischer Macht auch gesellschaftlicher Druck von links organisiert werden. An der Mobilisierung dieses gesellschaftlichen Drucks wollen wir Jusos in den nächsten Jahren verstärkt arbeiten. Hierfür ist die Erneuerung und Intensivierung der Doppelstrategie auf allen Ebenen des Verbandes notwendig.

Dies heißt zu allererst, dass wir uns in den Diskussionen und Debatten der außerparlamentarischen Linken beteiligen und der sozialen Bewegungen wieder stärker verankern müssen. Die Auseinandersetzung über die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus und den daraus folgenden politischen Strategien werden dabei eine besondere Rolle einnehmen.

□ Programmatische Diskussion

Mit einigen inhaltlichen Anliegen, zu nennen sind hier vor allem die Gemeinschaftsschule oder das Konzept der Arbeitsversicherung, ist es uns gelungen, die Programmatik der SPD in unserem Sinne zu beeinflussen. Jetzt muss es darum gehen, in die Auseinandersetzungen über die zentralen inhaltlichen Anliegen für die kommenden Wahlausainandersetzungen zu treten. Hierfür wollen wir im Rahmen der Doppelstrategie 2.0 die Diskussion mit linken Jugendlichen, Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen beginnen.

Klar ist dabei für uns, dass bestimmte Themenbereiche eine zentrale Rolle spielen müssen. Dazu zählt z.B. der Bereich der Guten Arbeit und Ausbildung. Arbeit ist nach wie vor der zentrale Bezugsrahmen für den Großteil der Menschen. Dabei ist das zentrale Problem nicht das Fehlen gesellschaftlicher Arbeit, sondern deren ungerechte Verteilung. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir Wege finden, die eine menschenwürdige Gestaltung der Arbeitswelt ermöglichen.

» Der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge wird auch in Zukunft für den Jusos-Bundesverband eine bedeutende Rolle einnehmen. Dabei geht es um die Frage, welche Aufgaben vom Staat erbracht werden müssen und auf welche Art und Weise dies erfolgen kann. Entscheidend ist dabei für uns, dass der Staat Chancengleichheit organisieren muss. Das Konzept der öffentlichen Daseinsvorsorge ist ein Instrument, allen Menschen den gleichen Zugang zu bestimmten Gütern zu ermöglichen.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist von jeher eine der zentralen Aufgaben der Jusos. Der öffentliche Umgang mit Rechtsextremismus beschränkt sich meist auf eine Beschäftigung mit den Symptomen. Es ist an der Zeit, eine an den Ursachen ansetzende, politische Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zu entwickeln und konsequent umzusetzen. Auf der Ebene der Prävention kommt es darauf an, Aufklärungsarbeit zu leisten und deutlich zu machen, dass jedwede rassistische, antisemitische und nationalistische Äußerung aktiv bekämpft werden muss. Auf der Ebene der Förderung muss antifaschistische Arbeit langfristig unterstützt und finanziell abgesichert werden. Die Jusos werden dabei allen Versuchen einer Kriminalisierung antifaschistischer Initiativen offensiv entgegen treten. Außerdem sind die vorhandenen Instrumente der Repression gegenüber rechtsradikalen Organisationen und AktivistInnen konsequent zu nutzen.

Internationale Solidarität soll auch weiterhin einen Schwerpunkt jungsozialistischer Arbeit darstellen. Die Diskussion über die Zukunft Europas, Decent Work, die Beschäftigung mit Entwicklungen in Lateinamerika, den Diktaturen in Asien, die Frage nach einer Regulation der globalen Finanzmärkte und die Unterstützung des Willy-Brandt-Zentrums in Jerusalem sind dabei einige wichtige Anliegen in den nächsten Jahren.

□ Generationenaufbau von links

Die Mitglieder der Jusos werden immer jünger und die Fluktuation immer größer. Gleichzeitig kommen die aktiven Mitglieder immer früher in verantwortliche Positionen – sei es bei den Jusos und der Partei oder auf kommunaler Ebene. Dies führt dazu, dass die politische Bildungsarbeit eine noch größere Bedeutung erfährt. Neben der Arbeit vor Ort ist darüber hinaus eine Verständigung über die strategisch-programmatischen Positionen sowie die Grundlagen jungsozialistischer Politik notwendig. Besonders muss darauf geachtet

werden, dass wir junge Frauen für unsere politische Arbeit interessieren und sie dabei unterstützt werden, Verantwortung zu übernehmen.

□ Wie weiter

Der Bundeskongress steht in Kürze an. Aus linker Sicht kann man nur hoffen, dass er all denjenigen, welche die Jusos entpolitisieren und zur Jubeltruppe der Partei machen wollen, eine deutliche Abfuhr erteilen wird. Wenn eines klar sein muss, dann dieses: Auch im Jahre 2007 bleiben die Jusos, was sie seit der Linkswende sind und offensiv verteidigt haben: eigenständiger sozialistischer und feministischer Richtungsverband und kritische Parteijugend. ■

☞ Franziska Drohsel, ist Juso-Landesvorsitzende in Berlin und kandidiert in Wolfsburg für die Nachfolge von Björn Böhning als Juso-Bundesvorsitzende.

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

52

Ungleichheit, Ausgrenzung und soziale Gerechtigkeit

Globale Ungleichheit; Neue Klassengesellschaft, soziale Spaltung, Prekarität, Geschlechterfrage; Neue Unterschicht, Klasse der Lohnabhängigen, Streiks und soziale Kämpfe; Frauen und Pflegearbeit; Schulische Selektion, Lebenslanges Lernen; Agrotreibstoff gegen Ernährungssouveränität

E. Altvater, K. Dörre, I. Lenz, R. Levy, D. Oesch, W. Eberle / H. Schächli, V. Pedrina / H. Hartmann, G. Notz, E. Hug, I. Langemeyer, R. Sonderegger

Grundeinkommen / Mindestlohn

A. Gorz: Seid realistisch – verlangt das Unmögliche
M.R. Krätke: Grundeinkommen – Sozialstaatsersatz
A. Rieger / H. Baumann: Mindestlohnpolitik
A. Sirmoglu / P. Strecken: Kapitalistische Utopie?
W. Vontobel: Rettet die Marktwirtschaft!

236 Seiten, € 16.– (Abonnement € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8031 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch



Foto: Christian Kiel

Kinderarmut bekämpfen

**Gemeinsame Aufgabe von Bund,
Ländern und Kommunen!**

von Gabriele Hiller-Ohm ■ ■

Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II hat viele Menschen aus der „versteckten Armut“ geholt, die Statistiken transparenter gemacht und somit einen ungeschminkten Blick auf die Armut und Armutsgefährdung in Deutschland erleichtert. Deutlich geworden ist dabei vor allem auch das für eine reiche Gesellschaft wie Deutschland erschreckende Ausmaß von Kinderarmut, die sich insbesondere in extrem unterschiedlichen Lebenschancen von Kindern ausdrückt. Notwendig ist deshalb eine wirksame politische Strategie gegen Kinderarmut, die alle politischen Ebenen mit einbezieht!

□ Aktuelle Situation

Legt man die offiziellen Definitionen an, so sind in Deutschland mehr als zwei Millionen Kinder arm oder armutsgefährdet. Auch wenn die statistischen Angaben natürlich nichts über die individuellen Lagen der Kinder aussagen, so ist doch davon auszugehen, dass es den meisten dieser Kinder an elementaren materiellen und soziokulturellen Dingen mangelt.

Für eines der reichsten Länder der Erde ist dieses Ausmaß an Kinderarmut eine beschämende Tatsache. In Deutschland wurde in den letzten Jahren sehr viel über sinkende Geburtenraten debattiert, der konkreten Lebenssituation von Armut betroffener Kinder wurde hingegen nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Zersplitterung der Verantwortlichkeiten mit ihren finanziellen Auswirkungen auf die verschiedenen politischen Ebenen. So ist der Bund beispielsweise für die Festlegung des Existenzminimums zuständig, die Länder bestimmen über die bildungspolitischen Rahmenbedingungen und die Kommunen organisieren die Kinderbetreuung. Es fehlen Transparenz, klare Strukturen und eine Gesamtstrategie zur Überwindung von Kinderarmut. Solange es nicht gelingt, einheitliche Standards in Deutschland festzulegen, werden die Lebenschancen unserer Kinder in Abhängigkeit ihrer sozialen Herkunft weiter auseinanderdriften.

□ Bündnis gegen Kinderarmut

Wir brauchen deshalb ein gesamtstaatliches „Bündnis gegen Kinderarmut“. Ausgangspunkt muss immer das Wohl des Kindes sein. Leider wird dieser wichtige Leitsatz nicht selten im Gerangel um Zuständigkeiten oder aus finanziellen Gründen aus den Augen verloren. Bund, Länder und Gemeinden müssen sich im Rahmen dieses Bündnisses auf gleichwertige Standards einigen, die dann für alle Kinder in Deutschland, unabhängig vom jeweiligen Bundesland, in dem sie leben, gelten und umgesetzt werden.

□ Mehr Teilhabe durch bessere Bildung, Betreuung und Familienförderung

Eine qualitativ hochwertige Bildungspolitik, die Kinder möglichst früh fördert und soziale Unterschiede aufzubrechen versucht statt sie zu verschärfen, ist eine notwendige Voraussetzung für wirksame Armutsprävention. Der unter der rot-grünen Bundesregierung eingeleitete Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und die Förderung von Ganztagsangeboten sind wichtige Bausteine für mehr Chancengleichheit. Gleiches gilt für den von der SPD in der Großen Koalition durchgesetzten Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab dem Jahr 2013.

» Mehr, besser, wirksamer – hieran sollte sich der Ausbau von Kinderbetreuungs- und Bildungsangeboten orientieren. Betreuungs- und Bildungseinrichtungen müssen qualitativmäßig nicht nur an die Herausforderungen einer globalisierten Gesellschaft angepasst werden, sie müssen auch als wichtiges Element eines Frühwarnsystems gegen Kindesmisshandlung und –verwahrlosung gestärkt werden. Ganz wichtig ist, dass Dienstleistungs- und Beratungsangebote für Eltern und Kinder ausgebaut und miteinander vernetzt werden, damit sie präventiv wirken und die Lebenschancen der Kinder verbessern können.

□ Dazu gehört unter anderem

□ Der Ausbau von Eltern-Kind-Zentren: Kindertageseinrichtungen müssen ihren Bildungs- und Betreuungsauftrag erweitern, indem sie als Anlaufstelle auch ein umfangreiches Beratungs- und Hilfsangebot für Eltern bereithalten. Der Ausbau von Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren sollte nachhaltig gefördert werden, damit ein flächendeckendes und ortsnahe Beratungsnetzwerk entstehen kann. Hierzu ist es unerlässlich, den Qualifikationsanspruch an Erzieherinnen und Erzieher zu erhöhen und mehr Mittel in ihre Aus- und Weiterbildung zu investieren.

- Gesundes Essen in Schule und Kindertagesstätte: Kinder, die bereits hungrig ihren Tag beginnen, sind leider traurige Realität. Mangelnde und falsche Ernährung behindert dabei nicht nur die konzentrierte Teilnahme am Unterricht, sondern stellt vor allem eine Gefährdung für die gesundheitliche Entwicklung der Kinder dar. Auch hier sind alle politischen Ebenen gemeinsam in der Pflicht.
- Kostenlose Schulbücher und Teilnahme an Schul- und Bildungsveranstaltungen: Die Gewährung gleicher Bildungschancen setzt einen freien Zugang zu Lernmitteln, Bildungsmaterialien und -angeboten voraus. Zusammen mit Ländern und Gemeinden sollte der Bund ein Modell entwickeln, das den notwendigen Bedarf für eine gerechte Teilhabe und Förderung abdeckt.

□ Aktive Beschäftigungspolitik und Einführung eines Mindestlohns

Bessere Bildung und Betreuung von Anfang an ist ein wichtiger Bestandteil zur Bekämpfung von Kinderarmut. Da arme Kinder in der Regel Kinder armer Eltern sind, muss aber auch die Lebenssituation der Eltern nachhaltig verbessert werden. Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, schlechten Arbeitsbedingungen und unfairer Entlohnung ist Voraussetzung, um den Teufelkreis „vererbter“ Armut zu durchbrechen.

» Kinderarmut lässt sich überproportional in Familien nachweisen, in denen ein Partner zum Familieneinkommen nicht beitragen kann oder allein erziehend für das Einkommen sorgen muss. Beides betrifft überwiegend Frauen. Deshalb muss die Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen mit den dazugehörigen Rahmenbedingungen konsequent verfolgt werden. Neben dem Ausbau der Ganztagsbetreuung und der Einführung des Elterngeldes sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eltern- und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und insolvenz-sichere Langfrist-arbeitszeitkonten notwendig.

Über das Instrument aktiver Beschäftigungspolitik hinaus brauchen wir eine Absicherung derjenigen, die arm trotz Arbeit sind. Rund eine Million arbeitende Menschen in Deutschland sind aktuell auf aufstockende Sozialleistungen angewiesen – die Hälfte von ihnen trotz Vollzeitarbeit. Das beste Mittel, um dieser wachsenden Gruppe der ‚working poor‘ zu begegnen, ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.

□ Weiterentwicklung der Sozialen Grundsicherung

Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und der Schaffung der Grundsicherung für Arbeitssuchende sind viele Hilfsbedürftige erstmals in den Sozialleistungsbezug und damit in die öffentliche Statistik hineingekommen. Der quantitative Anstieg der Sozialleistungsbezieher hat auch die massive Betroffenheit der Kinder ans Licht der Öffentlichkeit gebracht.

Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik orientiert sich jetzt an den Prämissen des Förderns und Forderns. Das hat vor allem arbeitsfähigen Menschen, die vor den Reformen Sozialhilfe bezogen haben, neue Chancen auf Teilhabe eröffnet. Hiervon profitieren auch deren Kinder.

» Doch die Reformen weisen auch Schwachstellen auf, die benannt und beseitigt werden müssen. Neben geförderter Beschäftigung für Langzeitarbeitslose sowie Fragen der Qualifizierung und Weiterbildung, die ein wichtiger Bestandteil moderner Arbeitsmarktpolitik sind, gibt es leistungsrechtliche Stellschrauben, die insbesondere im Hinblick auf die Vermeidung von Kinderarmut weiter verbessert werden sollten:

- Die Art und Weise der Regelsatzbestimmung sowie der jährlichen Leistungsanpassung sollte überdacht werden. Derzeit finden alle fünf Jahre Einkommens- und Verbrauchsstichproben statt, um den Grundbedarf zu ermitteln. Zwischen diesen Stichproben wird der Wert an die Entwicklung des Rentenwertes gekoppelt. Diese Anpassung sollte überdacht werden, da zum Beispiel seit der letzten Stichprobenerhebung 2003 die Ausgaben für Gesundheit stark gestiegen sind und auch die Mehrwertsteuer erhöht wurde, während die Renten mehr oder weniger stagnierten. Gerade für diejenigen Menschen, die vom Existenzminimum leben müssen, sind diese – nach der Erhebung entstandenen – Mehrkosten schwer zu tragen. Der Abstand von fünf Jahren zwischen zwei Regelsatzerhebungen erscheint deshalb zu lang, um den sich schnell wandelnden gesellschaftlichen Realitäten gerecht zu werden. Die jährliche Anpassung des Regelsatzes zwischen zwei Verbrauchsstichproben muss deshalb an den Verbraucherpreisindex gekoppelt werden.
- Im Hinblick auf die besondere Situation von Kindern ist über die Einführung eines eigenen „Kinderregelsatzes“ nachzudenken. Dabei könnte die Erstellung einer nach Alter differenzierten Regelsatztablelle das Ziel sein.
- Analog zum Sozialgesetzbuch XII (Sozialhilfe für Nichterwerbsfähige) ist eine Öffnungsklausel für Härtefälle in das Sozialgesetzbuch II (Arbeitslosengeld II) aufzunehmen. Mit einer solchen Klausel soll denjenigen, die mit den aktuell 347 Euro plus Wohn- und Heizkosten nicht hinkommen, ermöglicht werden, in Härtefällen Beihilfen zu bekommen. Derzeit sind im

Foto: Christian Kiel



Arbeitslosengeld II lediglich zurückzahlungs-
pflichtige Darlehen vorgesehen und selbst die-
se werden zum Teil nur restriktiv vergeben.

□ Gemeinsam gegen Kinderarmut

Der Ausbau der Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Beschäftigungsförderung und eine weiterentwickelte Grundsicherung sind der Dreiklang, der vorbeugt, dass Kinder in Armut fallen oder ihnen hilft, aus diesem Schicksal zu entkommen. Es gibt in Deutschland sicherlich viele gute Ansätze und Beispiele, wie Lebensbedingungen und Chancen von Kindern verbessert werden können. Einige Bundesländer und Kommunen bieten bereits kostenlose Verpflegung in Schulen oder den kostenfreien Zugang zu Kindertagesstätten an. Der Bund fördert den Ausbau von Ganztagschulen und Krippen. Doch solange dies beliebig ist und es Bund, Ländern, Städten und Gemeinden überlassen bleibt, was und wie viel sie für Kinder investieren, wird die Schere der ungleichen Verteilung von Lebenschancen in Deutschland weiter auseinander gehen.

» Aufgabe des Bundes ist es, als Koordinator im föderalen System für gleichwertige Lebensstandards Sorge zu tragen. Er sollte sich also an die Spitze eines Bündnisses gegen Kinderarmut stellen und die Länder in die Pflicht nehmen. Wenn es der Kultusministerkonferenz seit vielen Jahren auch gegen harte Widerstände aus der Wirtschaft gelingt, sich auf eine Ferientzeitregelung zu einigen, so muss es doch wohl auch möglich sein, dass sich eine Sozialministerkonferenz auf einheitliche Standards für unsere Kinder und deren Durchsetzung zur Überwindung von Kinderarmut in Deutschland verständigt. ■



Den »Sozialismus« jeden Monat neu:
das gibt es nur bei uns! Dazu jeden zweiten
Monat ein Supplement inklusive.
Abo: 11 Hefte + 6 Supplementen für 62,- €/Jahr
(für Arbeitslose und Studenten: 44,- €);
zum Kennenlernen: 3 Hefte zum Probeabo-
Preis von 10,- €
Zum Reinschnuppern: Unsere Homepage
www.Sozialismus.de

Bestellen:
Redaktion Sozialismus,
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-20, info@sozialismus.de

LINKE?

Bei uns schon
seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21
Forum demokratische Linke
Die Linke in der SPD

www.forum-dl21.de

↳ Gabriele Hiller-Ohm, MdB, SPD-Mitglied im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales, sie lebt in Lübeck.

Nicht den Kakao, durch den man gezogen wird, auch noch trinken!

Anmerkungen zum Artikel „Betriebliche Altersvorsorge stärken“

von Gabriele Hiller-Ohm (spw 158) | von Jörg Deml



» In ihrem Beitrag bezeichnet Gabriele Hiller-Ohm die vom Bundeskabinett beschlossene Fortführung der sozialversicherungsfreien Entgeltumwandlung, die gegenwärtig im Rahmen der parlamentarischen Beratung des „Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung der betrieblichen Altersversorgung“ diskutiert wird, als notwendige Maßnahme, um so den Verbreitungsgrad von Betriebsrenten zu erhöhen. Nun soll hier weder die sozialdemokratische Beschlusslage, wonach die Ergänzung der Alterseinkünfte der gesetzlichen Rentenversicherung durch betriebliche und private Vorsorge sozialpolitisch notwendig sei, kritisiert, noch die Überlegenheit der betrieblichen gegenüber der privaten Vorsorge in Zweifel gezogen werden. Es ist allerdings mehr als Skepsis angebracht, ob dieses Instrument tatsächlich das am besten geeignete ist, um das angestrebte Ziel zu erreichen.

Worum handelt es sich bei der Entgeltumwandlung? Seit der Rentenreform 2001 können ArbeitnehmerInnen Teile des Bruttoentgeltes bis zu einem Wert von 4% der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze (BBG) sozialversicherungs- und steuerfrei zum Aufbau eines Anspruchs in der betrieblichen Altersversorgung verwenden, sofern der jeweils geltende Tarifvertrag dies ihnen erlaubt; in 2007 ist dies bei einer BBG von 63.000 EUR also ein Betrag von max. 2.520 EUR. Der Vorteil für die Beschäftigten liegt dabei zuerst einmal klar auf der Hand: Das Nettoeinkommen reduziert sich aufgrund der wegfallenden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in einem geringeren Umfang, während zusätzliche Anwartschaften auf eine Betriebsrente entstehen.

» Aufgrund der Mindereinnahmen der Sozialversicherungen war die Sozialabgabenfreiheit damals aber nur bis zum 31. Dezember 2008 gültig beschlossen worden. Dabei sind die Mindereinnahmen der Sozialversicherungen in ihrer Auswirkung auf die einzelnen Zweige sehr unterschiedlich: Dauerhaft nachteilig ist die Entgeltumwandlung für die Kranken- und Pflegeversicherung, da hier das Sachleistungsprinzip besteht, d.h., es werden im Bedarfsfall für die Versicherten Leistungen gewährt wird, und zwar unabhängig davon, in welcher Höhe sie vorher Beiträge entrichtet haben; auch in der Arbeitslosenversicherung führt die Entgeltumwandlung zu einem tendenziell höherem Beitragssatz. Demgegenüber werden die Mindereinnahmen in der Rentenversicherung bereits kurzfristig weitgehend kompensiert, da durch den geringeren Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Entgelte die Rentenanpassung geringer ausfällt; langfristig reduzieren sich zudem die Ausgaben der RV, da durch die Entgeltumwandlung geringere Anwartschaften erworben werden.

Genau dies macht die Sozialversicherungsfreiheit in ihren sozialpolitischen Wirkungen problematisch: Aufgrund der geringeren Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung als Folge der Entgeltumwandlung treten die Ansprüche aus Betriebsrenten nicht hinzu, sondern ersetzen die Leistungen der Rentenversicherung – die solidarische Sicherung wird so geschwächt. Berechnungen aus der Rentenversicherung belegen sogar, dass selbst bei einer angenommenen höheren Rendite der betrieblichen Vorsorge gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung die Gesamtversorgung



Foto: www.fotolia.de, © holz marketing

bei Versicherten ab dem vollendeten 40. Lebensjahr geringer ausfällt, da ihre reduzierten Rentenanwartschaften durch die zusätzlichen betrieblichen Anwartschaften nicht kompensiert werden, da auf diese im vollen Umfang Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zu entrichten sind.

Durch die geringeren Rentenanpassungen finanzieren auch diejenigen die Entgeltumwandlung, die sie selber gar nicht in Anspruch nehmen; dies sind nicht nur diejenigen, die es nicht wollen, es nicht dürfen (aufgrund von Tarifvorbehalten) oder es sich nicht finanziell erlauben können, sondern auch die aktuellen RentnerInnen! Von neo-liberalen Apologeten des Kapitaldeckungsverfahrens wie Börsch-Supan und Raffelhüschen wird in ihren Expertisen zur Entgeltumwandlung ‚vergessen‘, dass die Rentenversicherung nicht nur Alters-, sondern auch Erwerbsminderungsrenten zahlt: Auch diese werden von den geringeren Rentenanpassungen berührt, ohne dass hier eine Kompensation durch eine Erwerbsminderungsrente eines betrieblichen Versorgungssystems zwingend gegeben ist – die Absicherung des Erwerbsminderungsrisikos ist dort nämlich nicht vorgeschrieben.

» Von der Sozialversicherungsfreiheit profitieren nicht nur die Versicherten, sondern auch die Arbeitgeber, da auch deren Sozialversicherungsbeiträge auf den umgewandelten Lohnbestandteil entfallen. Ob die so ersparten Beträge dann in die betriebliche Altersversorgung eingebracht werden, hängt von den tarifvertraglichen Regelungen ab; gelingt dies nicht, ziehen sich die Unternehmen aus der Finanzierung sozialer Sicherung weiter zurück.

» All diese Argumente sprechen für die Befristung, so dass auch der zuständige Bundesminister Müntefering feststellte: „Es ist kein Geheimnis: Ich bin kein Anhänger der Beitragsfreiheit über 2008 hinaus.“ (zitiert nach Handelsblatt vom 7.5.'07). Wenn sich seitdem auch keine neuen sachlichen Argumente für die Entfristung ergeben haben, so wurde der politische Handlungsspielraum zweifellos dadurch eingeschränkt, dass den Arbeitgebern und Anbieter betrieblicher Altersversorgung auch die Gewerkschaften (insbesondere die IG BCE und die IGM), bei denen sich die Tarifpolitiker gegenüber den Sozialpolitikern durchgesetzt hatten, beisprangen. Begründet wurde die Forderung nach einer Fortführung der Sozialversicherungsfreiheit mit den Wettbewerbsnachteilen von Betriebsrenten gegenüber privater Vorsorge, da auf letztere keine Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zu entrichten sind. Eine sozialpolitisch korrekte Lösung hätte nun aber darin bestanden, diese in der Tat falsche Regelung zu korrigieren, indem auch auf Betriebsrenten – wie bei der gesetzlichen Rente – nur der halbe Beitragssatz zu entrichten ist.

» Zudem brachten die CDU-regierten Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Thüringen im Mai einen Antrag in den Bundesrat ein, wonach die Beitragsfreiheit zumindest in der Rentenversicherung beibehalten werden sollte. Angesichts der weiteren sozial- und arbeitsmarktpolitischen Diskussionen (Rente 67, Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, etc) ist es nachvollziehbar, dass die Auseinandersetzung um die Entgeltumwandlung politisch kaum zu gewinnen war – allerdings sollte man den Kakao, durch den man gezogen wird, nicht auch noch trinken. ■

☞ Jörg Deml, arbeitet als wissenschaftlicher Referent in Berlin.

Wir brauchen mehr Ehrlichkeit in Sprache und Inhalt!

Diskussionsbeitrag

der DL 21 in Dortmund zu:

„Aufschwung für alle –

Zukunft für alle.“ (spw 157) ■ ■

» Aus dem „Diskussionspapier der Parlamentarischen Linken“ erfahren wir, wie die Berliner Szene der linken SPD-Abgeordneten politisch denkt. Damit aus dem „Diskussionspapier“ auch wirklich eine Diskussion folgen kann, wollen wir aus Sicht des Dortmunder Forum DL21 darstellen, wie wir politisch denken. Auch wenn wir vieles wie die PL sehen, sehen wir einiges auch anders:

1.

Mit dem Glaubensbekenntnis: „Die Anstrengungen sozialdemokratischer Reformpolitik in der rot-grünen Bundesregierung und der Großen Koalition zahlen sich aus“ – habt ihr Euch zwar „Auf die Höhe des Zeitgeistes“ begeben. (Platzeck/Steinmeier/Steinbrück, Berlin 2007). Doch da der großen Mehrheit der Bevölkerung der Glaube an diese Botschaft fehlt, wirken die ständigen Wiederholungen der verabredeten Floskel „das ist unser Aufschwung“, auf das Wählerpotenzial der SPD nur kontraproduktiv. Wenn CDU/CSU in den Umfragen um bis zu 15% vor der SPD liegen, dann auch deshalb, weil ihre Politiker so klug sind und nicht mehr von Prof. Kirchhof aus Heidelberg, ihren Wahlkampfhit von 2005, sprechen. Statt stolz zu sein auf eine Politik, die der SPD die massivsten Mitglieder- und Wählerverluste ihrer Geschichte gebracht hat, sollte sich die SPD-Linke dem Urteil des SPD-Vorsitzenden anschließen: „Ich kann nicht stolz darauf sein, wenn Menschen beispielsweise keine Rentenerhöhung bekommen, länger arbeiten müssen oder lange keine Nettolohnerhöhungen mehr hatten.“ „Die Zeit der großen Zumutungen muss erst einmal vorbei sein.“ (FR 10.9.07)

2.

Um wieder glaubwürdiger zu werden und Wähler und Mitglieder zurück zu gewinnen, muss die Sprache der Politiker wieder ehrlicher und realistischer werden, frei von Verfälschungen der Wirklichkeit und von Selbsttäuschungen oder Selbstbetrug. Eindeutig „Selbstbetrug“ ist die Aussage im Diskussionspapier: „Alle wissen es: In der Großen Koalition liegen die gesellschaftspolitischen Leitbilder und Konzepte weit auseinander.“ Das mögen zwar ALLE in der Parlamentarischen Linken wissen. Aber in der Normalbevölkerung wissen das keineswegs ALLE, nicht einmal eine knappe Mehrheit. Eine deutliche Mehrheit von 56% war schon 2006 der Meinung: „Egal welche Partei man wählt, ändern tut sich doch nichts.“ (FES-Studie).

3.

Zu den Ursachen für die Vertrauenskrise der Politik, für schwindende Glaubwürdigkeit der Politiker, gehören die beschönigenden Verharmlosungen



Foto: Christian Kiel

der hässlichen Wirklichkeit in der Politikersprache. „Gerade Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte profitieren noch nicht in dem Ausmaß von dem Aufschwung, wie es wünschenswert wäre.“ Dieser Satz enthält die Tatsachenbehauptung, auch Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte profitieren vom Aufschwung, und er drückt den Wunsch und auch das Versprechen aus: Wir wünschen, dass Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte noch mehr als bislang vom Aufschwung profitieren. Doch dieser Wunsch und das Versprechen wirken unglaubwürdig, weil sie verbunden sind mit der eindeutigen Falschaussage: Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte profitieren schon vom Aufschwung, nur noch nicht genug. Im Gegensatz zu dieser Aussage wissen alle: Sie profitieren überhaupt nicht vom Aufschwung. Ihre niedrigen Realeinkommen sinken sogar weiter, während die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen weiter steigen.

4. Ebenso beschönigend und verharmlosend ist die Formulierung: „Die Steigerung der Gewinne der Unternehmen und die Steigerung der Löhne ihrer Mitarbeiter entwickeln sich immer stärker auseinander.“ Faktisch ist aber die Lohnquote nicht deshalb so gravierend gesunken, weil die Gewinne schneller gestiegen sind als die Löhne, sondern weil die Reallöhne in den letzten zwei Jahrzehnten fast überhaupt nicht gestiegen sind oder für die neue Schicht der working poor sogar drastisch gesunken sind. Es ist ein Trugschluss der Politiker zu glauben, sie könnten der Politikverdrossenheit entgegenwirken und die Menschen wieder ermutigen, wenn sie die tatsächlichen Probleme verharmlosen und die hässliche Wirklichkeit schönreden. Nur wer zunächst offen eingesteht, dass in unserer Gesellschaft Ungleichheit und Ungerechtigkeit zugenommen haben, und noch zunehmen, dem wird man glauben, dass er etwas für mehr Gerechtigkeit tun möchte.

5. Beim Lob für die „Einführung des Elterngeldes“ vergisst das Diskussionspapier einen kleinen Schönheitsfehler: „Besserverdienende Eltern“ können

zwar ein Elterngeld bis zu 25.000 Euro erhalten, was ihnen ja neidlos zu gönnen ist. Aber muss diese „soziale Wohltat“ damit gegenfinanziert werden, dass man durch Verkürzung der Bezugsdauer für die Ärmsten der Armen, das Elterngeld von bisher insgesamt 7.200 Euro auf 3.600 Euro reduziert?

6. Die Forderungen zum Thema „Existenzsicherung gewährleisten“ sind weit zurückhaltender und unverbindlicher formuliert als die konkreten Vorschläge der CDU-Linken und des SPD-Vorsitzenden, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose wieder zu verlängern. Die 82% der Bevölkerung, die diese Vorschläge unterstützen, denken durchaus nicht „populistisch“ und finanzpolitisch verantwortungslos, wenn man bedenkt, dass die rund 800 Mio. Euro Mehrkosten wirklich nur „Peanuts“ sind im Vergleich zu den Steuergeschenken in Höhe von mehreren hundert Mrd. Euro an die Reichen und Superreichen.

7. Ein Beispiel für die verschwommene und verquastete Politikersprache, die die Normalbürger nicht erreicht, sind die Formulierungen zum Thema „Flexibel und sicher in die Rente“. Durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ist ganz sicher nicht „bei vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Eindruck entstanden, dass damit vielleicht eine finanzmathematisch richtige Antwort auf die demographische Entwicklung in unserer Gesellschaft gegeben worden ist“. Dieser „Eindruck“ mag zwar, „sprachtechnisch“, bei einigen Gesellschaftswissenschaftlern entstanden sein, die nichts von der Gesellschaft und den in ihr lebenden Menschen wissen. Bei normalen und real existierenden Arbeitnehmern dagegen ist nur „der Eindruck entstanden“, dass es sich dabei schlicht um eine weitere Ungerechtigkeit und Rentenkürzung handelt. ■

↳ DL21 Dortmund, ist ein Diskussionskreis mit mehr als 30 Jahren Geschichte, hervorgegangen aus der ursprünglichen Parteilinken in Dortmund. Zum heutigen Einladekreis gehört auch Marco Bülow als MdB. Ca. 25 Genossinnen und Genossen beteiligen sich regelmäßig an der Diskussion. Die Treffen finden alle 6 Wochen statt. Inzwischen beteiligen sich auch Personen außerhalb von Dortmund.

Personen & Positionen

□ Wahlen zum SPD-Parteivorstand

Bei den Wahlen zum SPD-Parteivorstand kandidierten wieder einige spw-HerausgeberInnen und konnten gute Ergebnisse erzielen: Andrea Nahles wurde mit 74,8% zur stellvertretenden SPD-Vorsitzenden gewählt. Bei den BeisitzerInnen wurden unsere HerausgeberInnen Niels Annen (328 Stimmen, 1. Wahlgang) und Florian Pronold (274 Stimmen, 2. Wahlgang) gewählt. Björn Böhning, Redaktionsmitglied und Juso-Vorsitzender, wurde im ersten Wahlgang mit 263 Stimmen in den SPD-Parteivorstand gewählt.

► Infos: www.spd.de



Foto: Michael Contes

□ Neuer Internet-Auftritt des Forum DL21

Pünktlich zum SPD-Bundesparteitag hat das Forum DL21 seinen Internet-Auftritt aktualisiert. Das Layout ist klarer und großzügiger geworden. Neu ist u.a. die Möglichkeit, online dem Forum DL21 beizutreten. Von dieser Möglichkeit haben innerhalb weniger Tage zahlreiche Neumitglieder Gebrauch gemacht.

► Infos: www.forum-dl21.de

□ spw und DL21 auf dem Bundesparteitag – Viel Rauch um SPD-Linke



Foto: www.fotolia.de, © Katrin Zahnd

Drei Tage neben der Raucherlounge den gemeinsamen Stand von spw und D21 betreuen? Die Enttäuschung war den Ausstellern beim Aufbau am Donnerstag ins Gesicht geschrieben. Doch schon am zweiten Tag war die Skepsis Zufriedenheit gewichen. Wenn auch hörbar heiser geworden, so war das nicht allein dem Tabakrauch geschuldet, sondern den zahlreichen Gesprächen, die seit Freitagmittag am Stand geführt wurden. „Wir sind bisher sehr zufrieden mit der Resonanz“, erklärt DL21-Geschäftsführer Reinhold Rünker. „Die positive Mitgliederentwicklung – seit Ende Juni über 100 neue Mitglieder – setzt sich hier während des Parteitages ungebrochen fort.“

spw war nicht nur mit auf dem gemeinsamen Info-Stand vertreten, sondern präsentierte während des Parteitages auch drei Sonderausgaben, die nun auch im Internet zum Download zur Verfügung stehen.

► Infos: www.spw.de

□ spw zieht wieder nach Berlin

Gegründet wurde die Zeitschrift spw 1978 in Berlin, wo der Verlag auch zunächst seinen Verlagssitz nahm. Nach einigen innerberliner Umzügen siedelte die spw Verlag/Redaktion GmbH 1989 zunächst nach Köln und einige Jahre später nach Dortmund, wo spw seit 2000 seinen Sitz in der Westfälischen Straße 173 hat.

Zum 01.12.2007 geht spw wieder nach Berlin und eröffnet in der Müllerstraße 163 gemeinsam mit dem Forum DL21 e.V. ein Büro im Kurt-Schumacher-Haus des SPD-Landesverbandes Berlin. Von diesem Berliner Büro aus wird künftig das Veranstaltungs- und Redaktionsmanagement organisiert. Die Buchhaltung und Adressverwaltung verbleibt beim Dortmunder Kooperationspartner, der Curt Ebert GmbH & Co. KG.

► Infos: www.spw.de

□ Björn Böhning gibt Juso-Vorsitz ab

Björn Böhning gibt auf dem Juso-Bundesvorsitz auf dem ordentlichen Juso-Bundeskongress am 23.-25. November 2007 in Wolfsburg ab. Im Frühjahr 2004 war Björn Böhning als Nachfolger von Niels Annen zum Juso-Bundesvorsitzenden gewählt worden und erlebte in seiner Amtszeit drei SPD-Vorsitzende.



☞ Björn Böhning, Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung, war Mitglied der SPD-Programmkommission und lebt in Berlin.

Foto: Jusos in der SPD

„Die letzten dreieinhalb Jahre bei den Jusos waren schöne Jahre. Der Verband ist gut aufgestellt, der Parteitag in Hamburg hat gezeigt, dass unsere Positionen wieder Gehör finden,“ erklärt er im spw-Interview auf S. 11. Neben seiner beruflichen Tätigkeit als Leiter der Abteilung „Politische Grundsatz- und Planungsangelegenheiten“ in der Senatskanzlei des Landes Berlin will er sich künftig stärker in die Arbeit der SPD-Linken einbringen und sich programmatisch mit dem Themenkomplex Migration/Integration beschäftigen.



☞ Franziska Drohsel, ist Juso-Landesvorsitzende in Berlin und kandidiert in Wolfsburg für die Nachfolge von Björn Böhning als Juso-Bundesvorsitzende.

Foto: www.berlin.spd.de

Als derzeit einzige Kandidatin bewirbt sich die Berliner Landesvorsitzende Franziska Drohsel für den Juso-Bundesvorsitz. Ihre programmatischen Überlegungen für die Jusos stellt sie auf S. 44 dar. Zuletzt veröffentlichte sie zusammen mit Jan Böning in spw 157 zur Doppelstrategie der Jusos und mit Cordula Drautz und Katie Baldschuhn in spw 155 zur Frauenpolitik in der SPD-Programmdebatte.

5 Fragen an ... Florence Guesnet



☞ Florence Guesnet, aktuelles Bild aus 2007.

☞ Das Interview führte Alexandra Kramm.

» Florence Guesnet, Jahrgang 1964, studierte Wirtschaftswissenschaften in Wuppertal. Sie begann ihr politisches Engagement als Schülervertreterin, wo sie unter anderem zur Landeschülersprecherin Nordrhein-Westfalen gewählt wurde. Später war sie außerdem Landesvorsitzende beim SHB und Mitglied im Frauenreferat der Uni. Bei den Jusos war sie im Unterbezirksvorstand sowie in diversen anderen Funktionen.

» Nach verschiedenen Leitungsfunktionen in Marktforschung und Marketing und vielen Jahren im Ausland ist sie heute beruflich als Leiterin Geschäfts- und Markenführung in der Holding eines deutschen, mittelständischen Familienunternehmens tätig. Sie ist mit Oliver Brosch-Guesnet verheiratet und lebt mit den drei Kindern in Minden.



☞ Florence Guesnet, Melle 1992.

spw: Was war für Dich der wichtigste Meilenstein in Deinem politischen Leben?

» **Florence Guesnet:** Die ersten politischen Schritte in der Friedensbewegung der 80er Jahre, Engagement in der örtlichen Friedensinitiative, die Politisierung in und mit der Schülervertretung, Unterschriftensammlungen in der Fußgängerzone und die Demonstrationen auf dem Bonner Hofgarten waren prägende Aktivitäten und teilweise tief beeindruckende Ereignisse. Ich glaube, dass diese politische Erfahrung mir auch heute noch eine starke Überzeugung der Bewegbarkeit der Menschen ermöglicht, aus der sich immer wieder Chancen ergeben können und aus der ich Hoffnung schöpfe.

spw: Was verbindest Du heute mit Deiner Juso-Zeit?

» **Florence Guesnet:** Eitelkeiten, Gehabe, Missgunst, Arroganz, Selbstherrlichkeit, Wichtigtuerei und mangelnde Politikfähigkeit. Naivität, Überzeugung, intellektuelle Neugier, Engagement, Opferbereitschaft, Solidarität, Freundschaft und die gemeinsame Sehnsucht nach einer gesellschaftlichen Alternative. Irgendwo auf diesem Kontinuum waren wir alle. Und sonst verbinde ich mit dieser Zeit einige wunderbare Menschen, die mir bis heute ganz einzigartig nahe stehen.

spw: Welche Erfahrungen und Fähigkeiten hast Du aus der Juso-Zeit in Dein heutiges Leben mitgebracht?

” **Florence Guesnet:** Eine gewisse organisatorisch-menschliche Klugheit habe ich mir erworben, die hilft in den unterschiedlichsten Zusammenhängen und Situationen. Wir haben ja auch unter großem (subjektiven?) Druck sehr viel gearbeitet und geleistet, richtig was auf die Beine gestellt. Ich muss mir in meinem Beruf immer wieder „etwas vornehmen“, kreativ sein, neue Ideen finden und durchsetzen – und ich habe in meiner politischen Arbeit wirklich gelernt, wie das geht und habe dem viel meines beruflichen Erfolges und persönlichen Lebensglücks zu verdanken.

spw: Wie bekommst Du die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hin?

” **Florence Guesnet:** Indem der Mann, den ich liebe, und der Vater meiner Kinder ist, die letzten 14 Jahre auf seine Berufstätigkeit verzichtet hat. Indem ich einen anspruchsvollen Beruf ausübe, wodurch ein Einkommen

reicht. Indem ich immer Arbeit und Familie örtlich beieinander hatte. Und mit einem Familien- und Freundeskreis, der uns in unserer Lebensgestaltung immer positiv unterstützt hat.

spw: Du bist mit Deinem Job weit rumgekommen und dann nach Deutschland zurückgekommen. Was gefällt Dir hier?

” **Florence Guesnet:** Dass man 30 Jahre-Rückschauen versteht, jedes Titelbild der Polit-Magazine interpretieren kann, versteht, wie die Zivilgesellschaft funktioniert. Dass Freunde und Familie in der gleichen Bezugswelt unterwegs sind, man sich schnell verständigen kann, und eigentlich nie überlegen muss, ob man die richtigen Vokabeln findet und einen korrekten Satzbau hinkommt. Auf das politische Deutschland hatten wir uns bei unserer Rückkehr auch sehr gefreut, das ist aber inzwischen einer großen Frustration über die Reformschwierigkeiten, über den Populismus „Der Linken“ und über die zunehmenden sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft gewichen.

spw: Florence, vielen Dank für das Gespräch. ■

■ Demonstration im Bonner Hofgarten gegen den NATO-Doppelbeschluss

Der Hofgarten ist eigentlich nur ein Park in der Innenstadt von Bonn, direkt neben der Universität. In den 80er-Jahren wurde er zum Sinnbild des massenhaften friedlichen Protests. Dort fanden zahlreiche Demonstrationen der Friedensbewegung statt. Besonders herausragend waren die Veranstaltungen am 10.10.1981 und 22. Oktober 1983, als Hunderttausende im Hofgarten für Frieden und Abrüstung und gegen den NATO-Doppelbeschluss demonstrierten. Ganze Schulklassen waren dabei, auch viele Ältere, die den Zweiten Weltkrieg noch erlebt haben.

Christen, Grüne, Pazifisten, Sozialisten und Gewerkschafter demonstrieren friedlich nebeneinander gegen das Wettrüsten. Denn mit dem NATO-Doppelbeschluss wollte Bundeskanzler Helmut Schmidt und die Nato das Übergewicht der Sowjetunion im Bereich der Mittelstreckenraketen ausgleichen. Trotz vieler eindrucksvoller Proteste hielten die Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am NATO-Doppelbeschluss fest.

[Alexandra Kramm]

spw

» Meinungsstark!

» Links!

» In der Sozialdemokratie!



Prämienpaket 1:

Kapital-Verbrechen
Werner Biermann / Arno Klönne
208 Seiten 14,80 €

„Eiszeit“ in Deutschland
Jürgen Meier
186 Seiten 14,90 €



Prämienpaket 2:

Stadt und Gouvernementalität
Boris Michel
156 Seiten 14,90 €

**G Strich – Kleine Geschichte
des Kapitalismus**
Georg Fülberth
316 Seiten 19,80 €



Prämienpaket 3:

**Menschen machen
Innovationen**
Karl-Heinz Brandt /
Lothar Schröder (Hrsg.)
264 Seiten 14,80 €

Nationale Bildungsstandards
Torsten Feltes / Marc Paysen
204 Seiten 14,80 €

» Jetzt abonnieren – per Fax: 0231 / 40 24 16 oder Post!

Ich möchte ein **spw**-Probeheft!

Ich abonniere **spw** für mindestens
zwölf Monate ab Heft:

Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand;
37,00 € bei Bankeinzug)

Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)

Ich wähle das **spw**-Prämienpaket:

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____

Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum, Unterschrift _____

Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-
Newsletter informiert werden.

E-Mail _____